



---

NEUDRUCK

## **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (29.) Verkehrsausschuss (23.)**

### **Gemeinsame Sitzung (öffentlich)**

13. Februar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:10 Uhr

13:45 Uhr bis 15:35 Uhr

15:45 Uhr bis 18:00 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)  
Anke Fuchs-Dreisbach (CDU) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte:**

**Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den  
Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können** 5

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/3811

**Lebenswert, innovativ und klimafreundlich: Zukunftsfähige Entwicklung  
des Rheinischen Reviers strategisch gestalten** 5

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/4104

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (29.)  
Verkehrsausschuss (23.)  
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

13.02.2019

**Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen** 5

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4117

Entschließungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/4609

**Neue Flächen für Wohnraum-, Gewerbe- und Industrieentwicklung im Rheinischen Revier ausweisen** 5

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4118

**Mit Sonderverkehrswegeplan den Strukturwandel im Rheinischen Revier unterstützen** 5

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4292

**Das Rheinische Revier hat alle Chancen und verdient jede Unterstützung – Strukturwandel mit den Akteuren vor Ort zum Erfolg bringen** 6

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/4446

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Block I – Strategische Ausrichtung eines gelingenden Strukturwandels</b>   | <b>6</b>  |
| <b>Teil 1 - Energiewirtschaftliche und industriepolitische Rahmenbedingungen, Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, strategische Ansätze der Zukunftsfelder Energie und Industrie sowie Beschäftigung, Arbeitsplätze und Qualifizierung</b> | <b>6</b>  |
| <b>Block II – Strategische Ausrichtung eines gelingenden Strukturwandels</b>  | <b>37</b> |
| <b>Teil 2 - Raum und Infrastruktur, Innovation, Bildung, Ressourcen, digitale Wirtschaft, Infrastruktur, Flächenverfügbarkeit, Förderkulisse, Planungs- und Genehmigungsprozesse</b>  | <b>37</b> |
| <b>Block III - Strukturwandel im Konkreten, Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, Projekte der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur, Kraftwerksstandorte, Rekultivierungsfragen sowie weitere interessante Projekte, die in den Stellungnahmen aufgeführt worden sind.</b>         | <b>68</b> |



**Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/3811

**Lebenswert, innovativ und klimafreundlich: Zukunftsfähige Entwicklung des Rheinischen Reviers strategisch gestalten**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/4104

**Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4117

Entschließungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/4609

**Neue Flächen für Wohnraum-, Gewerbe- und Industrieentwicklung im Rheinischen Revier ausweisen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4118

**Mit Sonderverkehrswegeplan den Strukturwandel im Rheinischen Revier unterstützen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4292

**Das Rheinische Revier hat alle Chancen und verdient jede Unterstützung – Strukturwandel mit den Akteuren vor Ort zum Erfolg bringen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/4446

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

**Vorsitzender Georg Fortmeier:** Meine Damen und Herren, wie in der Einladung angekündigt, wird die heutige Anhörung in drei Blöcke gegliedert.

**Block I – Strategische Ausrichtung eines gelingenden Strukturwandels****Teil 1 - Energiewirtschaftliche und industriepolitische Rahmenbedingungen, Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, strategische Ansätze der Zukunftsfelder Energie und Industrie sowie Beschäftigung, Arbeitsplätze und Qualifizierung**

Die Fraktionen erhalten in der Reihenfolge der Fraktionsstärke das Wort. Wir haben uns darauf verständigt, dass jeder Fragesteller sich auf zwei Fragen an jeweils zwei Sachverständige beschränken sollte. Als erster Fragesteller erhält von der CDU-Fraktion der Abgeordnete Rehbaum das Wort.

**Henning Rehbaum (CDU):** Ich möchte Herrn Landrat Petrauschke und Herrn Dr. Brinitzer, den Vertreter der IHK Mittlerer Niederrhein, fragen: Wie bewerten Sie die Empfehlungen der WSB-Kommission vor dem Hintergrund von Wettbewerbsfähigkeit/Bezahlbarkeit und Beschäftigung am Industriestandort Nordrhein-Westfalen?

Eine Frage an Herrn Vetten von SME und Herrn Dr. Kulik von RWE: Was bedeutet der Beschluss der Kommission für den Strommarkt in Deutschland bzw. wie wird er sich auf die Versorgungssicherheit auswirken? Welche Chancen sehen Sie für das Energierevier der Zukunft in Nordrhein-Westfalen?

**Frank Sundermann (SPD):** Ich möchte als Erstes die Frage an DGB und IG BCE richten, wie sie den WSB-Bericht, das Ergebnis dieser Kommission aus der Sicht der Beschäftigten einschätzen.

Eine zweite Frage möchte ich an den Vertreter der IG BCE und den Vertreter von RWE stellen, wie sie die energiepolitischen Weichenstellungen in diesem Kommissionsbericht einschätzen, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Fragestellung Versorgungssicherheit und Preisstabilität oder auch Preisentwicklung, wie sie die Revisionspunkte einschätzen und welche Anforderungen sie an die Landesregierung haben, wie sich diese auf die Revisionspunkte vorzubereiten hat.

**Dietmar Brockes (FDP):** Ich möchte in der ersten Fragerunde, da die Kommission aus dem energiewirtschaftlichen Dreieck die Umweltverträglichkeit in den Mittelpunkt gestellt hat, die Frage in Richtung Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit stellen. Die Frage geht an den Vertreter der IHK Mittlerer Niederrhein, Herrn Dr. Brinitzer, an den Vertreter des BDEW, Herrn Kapferer, und an den Vertreter der DEBRIV, Herrn Eyll-Vetter.

Ich hätte gern gewusst, wie Sie das Thema Versorgungssicherheit einschätzen, wenn die Vorgaben der Kommission entsprechend umgesetzt werden. Wir haben bereits heute die Situation, dass systemrelevante Unternehmen zeitweise aus dem Strombezug herausgenommen werden, um für Versorgungssicherheit zu sorgen. Wie sehen Sie diesbezüglich die weitere Entwicklung? Welche Bedeutung haben für Sie die Checkpoints? Was muss getan werden, damit diese wirklich zum Tragen kommen? Gerade auch für die energieintensive Industrie – da gibt es ja eine Studie mehrerer IHKs –, aber auch für den normalen Mittelstand und die Verbraucherinnen und Verbraucher, wie schätzen Sie insoweit die Bezahlbarkeit der Energieversorgung in der Zukunft ein?

**Wibke Brems (GRÜNE):** Meine erste Frage geht an Dr. Matthes, an Herrn Priggen und an Frau Weber vom DGB Nordrhein-Westfalen. Wir lesen zum einen im Kommissionsbericht, aber auch in vielen Stellungnahmen zu der heutigen Anhörung sowie in Aussagen der Landesregierung Bekenntnisse zum Ausbau der erneuerbaren Energien, jedenfalls auf dem Papier. Eine konkrete Frage an Sie ist: Was muss aus Ihrer Sicht die Landesregierung konkret tun, damit dies nicht bloße Bekenntnisse bleiben und der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine Wertschöpfung vor Ort in der Region gelingen kann?

Meine zweite Frage geht an Herrn Dr. Matthes. Wir haben hier, aber auch in einigen anderen Stellungnahmen schon etwas zu Befürchtungen gehört, was die negativen Auswirkungen auf die energieintensive Industrie angeht, vor allen Dingen bezüglich der Versorgungssicherheit und der Preise. In Ihrer Stellungnahme sprechen Sie davon, dass Sie von sinkenden Großhandelspreisen beim Strom ausgehen. Daher würde ich Sie darum bitten zu erklären, was aus Ihrer Sicht auf politischer Ebene getan werden muss, damit die energieintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen den Kohleausstieg gut begleiten kann.

Die letzte Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Dr. Matthes. Dazu muss ich kurz ausführen. Sie legen in Ihrer Stellungnahme dar, dass bis 2022 im Rheinischen Revier 3 GW Braunkohle abgeschaltet werden. Wir haben einen Bericht der Landesregierung bekommen, in dem sie davon ausgeht, dass im Rheinischen Revier 2,4 GW netto abgeschaltet werden. Es sind auch an anderen Stellen Diskrepanzen bei der Interpretation der Kommissionsergebnisse aufgetreten. RWE geht beispielsweise davon aus, dass bis zum Jahr 2030 mehr Kraftwerke laufen werden; konkret schreibt man hier von zwei 600-MW-Blöcken im Rheinischen Revier neben den drei BoAs. Weil Sie auch Mitglied der Kommission waren und in Ihrer Stellungnahme einige Dinge dargestellt haben, möchte ich von Ihnen wissen, wie Sie diese Diskrepanzen erklären und ob Sie

einen Ansatz haben zu erklären, warum die Landesregierung diese konkrete Größenordnung für das Rheinische Revier nennt.

**Vorsitzender Georg Fortmeier:** Die in dem Tableau ausgewiesene Vertreterin des DGB, Frau Anja Weber, ist erkrankt. Sie wird durch Herrn Achim Vanselow vertreten.

Mein zweiter Hinweis: So wie es die Kollegen Brems gerade gemacht hat, haben wir es nicht vereinbart. Wenn gleich drei oder vier Fragen jeweils an mehrere Sachverständige gerichtet werden, wird die Antwortrunde sehr lang. – Jetzt hat für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Loose das Wort.

**Christian Loose (AfD):** Ich habe zwei Themenblöcke. Der erste Themenblock betrifft die Versorgungssicherheit. Dazu habe ich eine Frage an Herrn Mock und Herrn Eyll-Vetter. Herr Mock, die Hydro Aluminium ist dadurch bekannt geworden, dass sie einen Brandbrief an die Bundesnetzagentur geschrieben und sich über die zahlreichen Versorgungszusammenbrüche im letzten Jahr beklagt hat. Man sprach wohl von 78 Versorgungszusammenbrüchen.

Wie – diese Frage geht auch an Herrn Eyll-Vetter – sehen Sie die Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleistet, wenn noch mehr konventionelle Kraftwerke aus dem Netz gehen und der Netzausbau nicht vorankommt? Wir wissen seit 15 Jahren, dass wir 7.500 km Netzausbau brauchen; bisher wurden aber nur etwa 1.000 km gebaut.

Der zweite Themenkomplex betrifft die CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Dazu würde ich gern den Vertreter der IHK, Herrn Dr. Brinitzer, und Herrn Eyll-Vetter fragen. Herr Eyll-Vetter hat in seiner schriftlichen Stellungnahme angesprochen, dass die Herausnahme von Braunkohle oder Steinkohle aus der Stromerzeugung bei uns überhaupt keinen Effekt auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz auf europäischer Ebene hat. Können Sie das System der Zertifikate hier noch einmal erklären, sodass wir es verstehen? Wäre es nicht volkswirtschaftlich sinnvoller, CO<sub>2</sub>-Zertifikate aufzukaufen und die Arbeitsplätze zu erhalten, statt Braunkohle und Steinkohle aus der Stromerzeugung zu nehmen?

**Hans-Jürgen Petrauschke, Landrat des Rhein-Kreises Neuss:** Um als Wirtschafts- und Industriestandort in Nordrhein-Westfalen und im Revier bestehen bleiben zu können, ist im Wesentlichen von Bedeutung, dass neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von RWE – das ist eigentlich schon geklärt – auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zulieferbetriebe und bei den energieintensiven Unternehmen weiterhin beschäftigt bleiben können. Deswegen kann das Ganze nur dann eine Chance für uns sein, wenn die Energieversorgung, die derzeit verfügbar ist, dauerhaft gesichert ist und international wettbewerbsfähige Preise beim Strom gewährleistet werden. Unter diesen Voraussetzungen, kann man sagen, wird der Braunkohleausstieg insgesamt erträglich bleiben können.

Das Allerwichtigste ist aber, dass die Versorgungssicherheit zu angemessenen Preisen und ohne Abhängigkeit vom Ausland bestehen bleibt. Es war die Frage, wie man den Wirtschaftsstandort erhalten kann. Das ist die einzige Voraussetzung, die gegeben sein muss. Dann muss man sich um die beiden anderen Bereiche kümmern, was



mit den RWE-Mitarbeitern und den Zulieferbetrieben passiert. Das ist dann aber nicht mehr ganz so entscheidend, wenn die energieintensiven Unternehmen die Chance und die Möglichkeit haben, hier zu bleiben. Ich will es so kurz zusammenfassen.

**Kurt Vetten, SME Management GmbH, Forum Heppendorf:** Die Frage bezog sich auf den Strommarkt und dessen Veränderungen insbesondere in Deutschland. Wir beschäftigen uns schon seit einigen Jahren mit der – in Anführungszeichen – Wanderung der Kraftwerke. Das bedeutet, dass die Stromerzeugung von wenigen Standorten von Großkraftwerken auf viele kleine Standorte übergeht. Wir haben ungefähr 200 Großkraftwerkstandorte in Deutschland, sind aber schon bei knapp zwei Millionen Erzeugungspunkten. Das heißt, die Wanderung geht in die Regionen, geht in die Fläche.

Damit verändert sich definitiv auch der Energiemarkt. Energiemarkt heißt in diesem Fall Energiemengenmarkt. Aber es geht auch in Richtung Versorgungssicherheit und Systemstabilität in der Fläche, in den Regionen. Man merkt schon in den letzten Jahren bei der Veränderung der Netzentgelte, dass es immer mehr zu systemischen Kosten kommt. Das heißt, die Leistung, die Bereitstellung und Verfügbarkeit von Anlagen, auch im Bereich der erneuerbaren Energien und zukünftig auch der Speicher, wird definitiv eine größere Rolle spielen. Es gibt auch schon eine ganze Reihe von Regionalstrommarktsystemen. Vor einigen Tagen ist es zum ersten Mal in Norddeutschland an der Börse platziert worden. Von daher wird sich einiges verändern. Aber es wird uns stärken, wenn sich die Regionen in diesem Punkt positionieren, entsprechende Werkzeuge einbauen und entsprechende Möglichkeiten schaffen, die regionalen Player zu befähigen, diese Märkte zu bedienen.

**Dr. Lars Kulik, RWE Power AG:** Ich beginne mit der Frage von Herrn Rehbaum zu Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Wir werden einerseits durch den Kernenergieausstieg ein Herausgehen von 10.000 MW gesicherter Leistung bis 2023 sehen. Dann werden wir aufgrund der Empfehlungen der Kommission, wenn sie so umgesetzt werden, zusätzlich die Herausnahme von Kohlekapazität sehen, die ebenfalls eine gesicherte Leistung darstellt. Aus unserer Sicht ist damit die Versorgungssicherheit schon auf Kante genäht. In diesem Sinne hat sich auch die Kommission, wie es dem Bericht zu entnehmen ist, intensiv mit diesem Thema beschäftigt.

Ob uns das Ausland dann helfen kann, halte ich zumindest für fraglich. Sie werden wissen, dass es auch in den Niederlanden und in Belgien Bestrebungen gibt, Kohlekraftwerke bis 2030 stillzulegen. In Frankreich läuft die Debatte zur Kernenergie. Bis 2030 soll nach dem Kommissionsbericht die Kohlekapazität gegenüber heute mehr als halbiert werden, sodass nochmals gesicherte Leistung herausgeht. Daher stellt sich die Frage, ob der Markt in der Lage sein wird, genügend Anreize zu schaffen, damit andere Kapazitäten aufgebaut werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Hier ist auch noch wichtig, dass auf europäischer Ebene noch kein Mechanismus des Kapazitätsverbundes existiert.

Zum Thema Preisanstieg bei dem jetzt angestrebten schnellen Kohleausstieg möchte ich nur auf zwei Studien verweisen, einmal von Aurora und einmal von Frontier Economics, die einen zusätzlichen Preisanstieg von rund 10 € je Megawattstunde bis 2030 prognostizieren.

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang – sie kam von Herrn Sundermann – war die Frage nach der Einschätzung der Revisionszeitpunkte, die in dem Bericht genannt sind. Ich kann diese Revisionszeitpunkte nur ausdrücklich begrüßen, um hier zu schauen, wie sich das System bezogen auf Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und natürlich auch Klimaschutz entwickelt. Dann wird man sicherlich auch schauen, wie das Thema Netzausbau weitergeht.

In diesem Zusammenhang war eine Frage, welche Chancen ich für das Rheinische Revier sehe. Für uns wird zunächst einmal wesentlich sein, dass die Bundesregierung und dann natürlich auch das Land mit uns in Verhandlungen eintreten, wenn der Beschluss so umgesetzt werden soll. Denn wir werden dann unseren Braunkohlefahrplan, den wir bisher haben, der bereits eine deutliche CO<sub>2</sub>-Minderung vorsah, nochmals anpassen. Die Zeitpunkte werden nach vorne rücken, sodass wir bis 2023 einen größeren Teil der eben genannten 3 GW stilllegen werden und bis 2030 im Rheinischen Revier nichts mehr stilllegen werden. Dann wird um 2030 Inden/Weisweiler herausgehen, die verbleibenden Blöcke im Jahr 2038, was aber im Vergleich zu dem bisherigen Fahrplan ein deutliches Vorziehen des Datums bedeutet. Für uns ist es ganz wichtig, dass wir Planungs- und Genehmigungssicherheit über diesen Beschluss bekommen.

Jetzt springe ich zu der Frage von Herrn Sundermann, was wir vom Land, vom Bund erwarten. Entscheidend ist, dass wir für diese zwei Jahrzehnte Planungs- und Genehmigungssicherheit bekommen, um das Rheinische Revier entsprechend abzusichern. Wenn dieses gelingt, sehe ich gute Chancen, über unsere Forschungslandschaft, über die vielen Projekte, die in dem Bericht stehen, an denen wir zum Teil beteiligt sind, die Energiewende mitzugestalten, beispielsweise über Pumpspeicherkraftwerke und andere Dinge.

**Dr. Ron Brintzer, IHK Mittlerer Niederrhein:** Ich möchte gern mit der Ausgangsfrage von Herrn Rehbaum beginnen, die darauf gerichtet war, wie wir die Ergebnisse der Kommission bewerten. Ich glaube, das Gutachten, das wir mit den Schwesterkammern in Aachen und Köln in Auftrag gegeben haben, ist bekannt. Die Region ist vor dem Hintergrund der Energieverfügbarkeit in ihrer Struktur deutlich energieintensiver aufgestellt. Wir haben mit 29 % einen deutlich höheren Anteil energieintensiver Betriebe; im Vergleich zum Landes- und Bundesdurchschnitt ist dieser Anteil fast doppelt so hoch. Insofern spielen bei unseren Forderungen an die Energiepolitik, aber auch an die Kommission diese Erwägungen natürlich eine Rolle.

Was haben wir an Forderungen formuliert und in die Kommission zu tragen versucht? – Das Wichtigste war: Die Kommission hatte mit ihrem Auftrag ein primäres klimapolitisches Ziel. Aber die Energiepolitik hat nun einmal eine Zielsetzung, die sich durch das energiepolitische Zieldreieck sehr schön darstellen lässt, nämlich ein sauberes Ener-

gieversorgungssystem, bei dem eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen erfolgt. Das war unser erstes Kriterium, das wir als maßgeblich betrachtet haben.

Das Zweite – darauf werde ich im Folgenden eingehen –, was wir als Forderung an die Kommission gestellt haben, war: Das Ganze ist eben keine ausschließlich auf die Energiewirtschaft einzuengende Fragestellung. Es geht hier um Industriepolitik. Denn Strom wird nie um seiner selbst willen erzeugt. Strom wird erzeugt, um ihn in Industriebetrieben, aber auch bei Privatverbrauchern für die Schaffung eines Mehrwerts einzusetzen. Insofern ist alles, was mit diesen energiepolitischen Fragestellungen zu tun hat, nicht nur energiewirtschaftlich zu sehen.

Das Dritte war: Wir beobachten die Energiewende schon relativ lange und sehen bei gewissen Fragestellungen eine Diskrepanz zwischen dem, was man will, und dem, was tatsächlich passiert. Das heißt, der Fortschritt – der Netzausbau, der eben erwähnt wurde, ist hierfür vielleicht ein gutes Beispiel – ist nicht immer so, wie wir ihn brauchen und wie er notwendigerweise vonstattengehen müsste. Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig gewesen, dass man sich nicht an hehren Zielen und am Papier orientiert, sondern an dem, was man an Fortschritt messen kann.

Wenn ich jetzt das Ergebnis der Kommission bewerten soll – das war ja die Frage –, dann will ich sagen: Ja, diese Punkte sind nach unserem Dafürhalten berücksichtigt worden. Sie sind in den einzelnen Kapiteln abgearbeitet worden.

Ich möchte zwei Beispiele nennen, die uns im ganzen Prozess sehr wichtig waren. Das Erste ist, es wurde eine Strompreiskompensation für die Verbraucher allgemein als Empfehlung der Kommission in den Bericht aufgenommen. Das bedeutet, auch Industriebetriebe sind hier berücksichtigt. Das ist uns wichtig. Insofern ist die Kommission tatsächlich von einem industriepolitischen Verständnis ausgegangen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Das Zweite ist – auch das ist schon mehrfach angesprochen worden – die Revisionsklausel. Ich glaube, wir müssen tatsächlich ab und an – diesbezüglich sind Haltepunkte definiert worden – innehalten, um zu schauen, ob die auf dem Boden gemachten Fortschritte mit den Zielen, die man sich in dem Bericht gesetzt hat, übereinstimmen. Hat das stattgefunden, was man sich vorgestellt hat?

Hier ist tatsächlich – damit komme ich vielleicht schon ein bisschen zu den Fragen von Herrn Brockes zur Versorgungssicherheit und zu den Checkpoints – ein hartes Controlling umzusetzen. Darin ist aus unserer Sicht vielleicht auch das Manko des Berichts zu sehen. Wir haben einen Bericht, der die Zielsetzung beinhaltet; aber die Umsetzung wird die Gretchenfrage sein. Das soll heißen: Er ist an vielen, vielen Stellen nach wie vor lediglich eine, möchte ich vielleicht übertrieben sagen, Wunschliste. Die Umsetzung und die Umsetzungsinstrumente sind noch nicht hinreichend definiert, sodass wir von einem Gelingen ausgehen können.

Ich möchte das anhand der Revision beispielhaft darstellen. Wir müssen jetzt knallharte Indikatoren festlegen, die gemonitort werden. Anders wird es nicht gehen. Sonst ist die Revision am Ende nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben steht. Das zieht sich, glaube ich, ein Stück weit durch die Gesamtbewertung hindurch. Ich glaube,

der Bericht hat zu positiven Zielsetzungen viele, viele Empfehlungen abgegeben. Wir müssen aber gerade in Nordrhein-Westfalen in toto darauf achten, dass die Umsetzung tatsächlich diesen Anspruch erfüllt.

An dieser Stelle soll es vielleicht an Bewertung genug sein. Aber was noch wichtig ist, weil die Frage von Herrn Brockes auch die Versorgungssicherheit betraf: Wie wird sich die Versorgungssicherheit, die bei uns in der Region für energieintensive Betriebe eminent wichtig ist, entwickeln? Es ist schon angesprochen worden, die gesicherte Leistung geht zurück. Sie wird irgendwann unter die Jahreshöchstlast sinken. Ein Hinweis, den die Kommission gibt – den gibt sie zu Recht –, ist: Wir brauchen natürlich nach wie vor ein Backup. Sie empfiehlt hierfür Gaskraftwerke.

Ich habe im Nachgang zum Kommissionsbericht auf der E-world mit verschiedenen Betreibern von Gaskraftwerken gesprochen, insbesondere weil bei uns im Kammergebiet momentan ein Projekt auf Halde liegt. Mir wurde mitgeteilt, es besteht derzeit noch keinerlei Interesse, irgendwelche Projekte zu realisieren.

Warum nicht? – Das eine ist die Planungssicherheit; die Rahmenbedingungen sind noch zu unsicher. Das Zweite ist der Preis. Momentan sehen wir noch nicht den Preis, der eine Investition in GuD-Kraftwerke oder Gasturbinen rechtfertigen würde, schon gar nicht für die absehbare Zukunft. Wir wissen nicht, wohin der Preis geht.

Hier sehe ich gewissermaßen einen Konflikt. Entweder der Preis steigt, was uns alle in irgendeiner Form belasten würde; dann sehen wir auch eine Investition in GuD-Kraftwerke, in Gaskapazitäten. Oder er steigt nicht, dann kriegen wir die Versorgungssicherheit schwerlich irgendwie dargestellt. Es sei denn, wir würden uns – das gab es vor ein paar Jahren – wieder einer Diskussion über Kapazitätsmärkte stellen. Insofern wäre das dann aber auch wieder eine Belastung. Denn Kapazitätsmärkte würden mutmaßlich ein weiteres Umlageinstrument bedeuten. Insofern besteht hier ein Problem.

Das zweite Problem ist: Selbst wenn wir leistungsmäßig auch über den Ausbau der erneuerbaren Energien ein Stück weit weiter vorankämen und die Höchstlast abdecken könnten, gibt es immer noch aufgrund der Netzkapazitäten regionale Probleme. Sie wissen alle, dass, wenn Netzengpässe bestehen, wenn wir keine Kupferplatte haben und starke Einspeisungsungleichgewichte bestehen, dort, wo die hohe Einspeisung ist, also im Norden, Kapazität durch Lastabwurf vom Netz genommen werden muss und gleichzeitig dort, wo die Mindereinspeisung ist, zusätzliche Kapazität durch Redispatch ans Netz gebracht werden muss; sonst bricht das Netz zusammen.

Wir verschieben – das muss uns allen klar sein – die Linie, an der genügend Kapazität besteht, die im Moment irgendwo südlich der Rhein-Main-Linie verläuft, nach Norden. Nordrhein-Westfalen wird Stromimporteur. Wir werden im Zweifelsfall nicht genügend Kapazität haben. Kraftwerke werden dann systemrelevant sein und vielleicht nicht mehr vom Netz genommen werden können. Redispatch ist ein vielleicht zeitlich befristetes Problem, wenn der Netzausbau irgendwann einmal erfolgt ist, aber auch das ist ein Problem der Versorgungssicherheit; auch das müssen wir im Blick behalten.

Schließlich: Ja, es geht auch um den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die erneuerbaren werden das Rückgrat unserer Energieversorgung. Nur – das postuliert die

Kommission –, der Ausbau soll zukünftig – das ist auch richtig so – netzsynchron erfolgen. Solange wir beim Netzausbau nicht in irgendeiner Form große Fortschritte machen, sehe ich noch nicht so ganz, wie wir erneuerbare Energien in nennenswertem Umfang ausbauen wollen.

Zu den Fragen Versorgungssicherheit, Preise bin ich jetzt ein bisschen ins Detail gegangen. Ich glaube, damit habe ich die Fragen im Großen und Ganzen beantwortet.

Herr Loose fragte noch nach dem System der CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Ich will jetzt nicht den CO<sub>2</sub>-Handel in toto erklären. Es geht darum, dass man ein Mengenziel festsetzt, verbrieft und handelbar macht. Der Effekt daraus ist, dass die CO<sub>2</sub>-Minderung europaweit am günstigsten Standort stattfindet.

Die Empfehlung, die Sie gerade gegeben haben, muss ich sagen, sehe ich erst einmal kritisch. Das tun wir so oder so schon mit der Energiewende. Insofern ist da kein nennenswerter Unterschied, wenn es darum geht, Zertifikate europaweit aufzukaufen und stillzulegen. Genau das sagt die Kommission ja hier; das wird im Rahmen der Empfehlungen vorgeschlagen. Dann ist die CO<sub>2</sub>-Minderung Europas auf deutschen Schultern. Denn wenn wir Zertifikate europaweit aufkaufen würden, dann findet zwar der Klimaschutz woanders statt, vielleicht auch günstiger, aber bezahlt vom deutschen Steuerzahler.

Also so ein ganz nennenswerter Unterschied ist in dem Vorschlag, Zertifikate aufzukaufen, nicht. Das ist vielleicht das Mittel der Wahl, das Mengenziel – vielleicht meinten Sie das – zu senken. Aber dazu müsste sich Europa zuerst einmal bereit erklären. Es ist aus meiner Sicht sicherlich ein sehr gutes Instrumentarium; es ist das marktwirtschaftliche Instrumentarium. Aber Ihr Vorschlag ist nach meinem Dafürhalten vielleicht nur graduell unterschiedlich. Denn wir würden hiermit genauso das ganze Ding auf den deutschen Steuerzahler zentrieren.

**Frederik Moch, Deutscher Gewerkschaftsbund:** Die Frage war, wie wir insgesamt auf den Kommissionsbericht schauen. Dazu will ich erst einmal feststellen, dass wir sagen, es ist insgesamt ein solides und austariertes Gesamtpaket. Ich komme auf diesen Begriff des Gesamtpakets gleich noch einmal zu sprechen. Ich denke, wir können mit den Vorschlägen, die auf dem Tisch liegen, die Energiewende ein gutes Stück weit rationaler gestalten, besser gestalten und in eine Richtung bringen, wo sie auch funktionieren kann.

Für uns ist dabei zunächst einmal die Sicherheitszusage wichtig, die in den Empfehlungen für die Beschäftigten festgehalten worden ist. Es soll keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Es gibt eine ganze Reihe von wichtigen Punkten, die sich mit der Frage der Absicherung der Beschäftigten fassen. Das ist für uns natürlich der zentrale Punkt gewesen.

Ein weiterer zentraler Punkt dabei ist, dass wir in dem Bericht verankert haben, dass es keine reine Abschaltlogik gibt, die nicht nach links und nicht nach rechts schaut; vielmehr sind wir die ganze Zeit sozusagen auf dem Pfad, inwieweit können wir, um die Energiewende vernünftig zu gestalten, Kohlekapazitäten vom Netz nehmen. Das

funktioniert natürlich nur, wenn, was auch schon andere Sachverständige angesprochen haben, die energiewirtschaftlichen Baustellen bearbeitet werden. In diesem Zusammenhang ist der Netzausbau zu nennen, der Ausbau der erneuerbaren Energien, der systemdienlich netzsynchron erfolgen muss, und natürlich auch die Sicherung von gesicherten Kapazitäten. Das ist an dieser Stelle ganz zentral.

Insofern ist, glaube ich, in dem Bericht ein Stück weit eine Einstiegslogik und nicht nur eine Ausstiegslogik verankert. Diese Einstiegslogik soll und muss gut gestaltet werden. Ich denke, es gibt Hinweise in den Empfehlungen, wie das funktionieren kann.

Viele Maßnahmen beschreiben, wie die Kohle in der Energiewirtschaft sukzessive über einen geordneten Zeitraum ersetzt werden kann. Dabei sind die Strompreise ganz entscheidend, gerade im Hinblick auf die industriepolitische Komponente. Das Thema der Strompreiskompensation und auch der Entlastung bei den Netzentgelten ist in diesem Zusammenhang auch für uns zentral, damit gerade die stromintensive Industrie Perspektiven hat, sich zu entwickeln.

Die Versorgungssicherheit ist angesprochen worden, auch aus unserer Sicht ein ganz wichtiger Aspekt. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise auch das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz von Bedeutung, das fortgeschrieben wird, um Kapazitäten zu ersetzen. Auch die Frage des gesicherten Investitionsrahmens mit Blick auf Gaskapazitäten spielt dabei eine Rolle.

Im nächsten Schritt können darüber natürlich auch die Klimaziele erreicht werden. Wir sehen, dass die Energiewirtschaft einen überproportional großen Beitrag leistet. Dort sind andere Sektoren bislang noch nicht angekommen. Insofern, glaube ich, ist das an dieser Stelle schon einmal bemerkenswert.

Wichtig ist, dass der Strukturwandel, der hierdurch ausgelöst wird, aktiv gestaltet wird. Diese aktive Gestaltung setzt einen gesicherten Finanzierungsrahmen voraus. Den sehen wir in den Empfehlungen verankert. Dabei kommt es ganz entscheidend darauf an, dass gerade aus Nordrhein-Westfalen, aus den betroffenen Ländern insgesamt diese Finanzierung gegenüber dem Bund immer wieder eingefordert wird. Denn sie wird entscheidend sein, damit öffentliche und private Investitionen in den Revieren dafür sorgen können, dass neue Arbeitsplätze und neue Wertschöpfung entstehen.

Ein Anspruch, den ich ausdrücklich noch einmal erwähnen will, ist letztlich auch der Anspruch in den Empfehlungen, dass die wegfallenden Arbeitsplätze und die wegfallende Wertschöpfung in vergleichbarem Maße ersetzt werden müssen. Aus der Sicht des DGB ist aber natürlich auch entscheidend die Qualität der Arbeitsplätze. Uns ist wichtig, dass das gute, tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze sind.

Im Strukturwandel ist die Einbindung der Sozialpartner wichtig. Denn die Einbindung der Sozialpartner vor Ort kann auch die notwendige Akzeptanz dafür schaffen, dass Veränderungen gelingen. Das ist ein ganz wichtiger Baustein.

Insofern – ich sagte es zu Anfang – liegt ein Gesamtpaket auf dem Tisch. Dieses Gesamtpaket muss auch als Ganzes umgesetzt werden. Wenn man auf die Idee kommt, einzelne Aspekte herauszubrechen, dann gerät der Kompromiss, dieses austarierte Paket ins Wanken. Dann wird man keinen Erfolg haben. Sicherlich sind Details im

Einzelnen zu klären; das ist ganz klar. Es wird die Aufgabe der Parlamente sein, Details zu klären. Aber die großen Linien sind in den Empfehlungen sehr wohl austariert. Es kommt darauf an, sie umzusetzen.

Der letzte Aspekt in diesem Zusammenhang: Ja, die Vorschläge, die Empfehlungen erfordern ein hohes Maß an Investitionen. Aber aus unserer Sicht sind das gut angelegte Investitionen in die Modernisierung des Industriestandorts. Man muss das sozusagen verträglich machen, man muss das schrittweise machen und man muss auch dafür sorgen, dass dieser Strukturwandel aktiv gestaltet wird. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Das kann man nicht nur sich selbst überlassen. Darauf muss man achten.

In diesem Sinne: Man kann natürlich nicht glücklich sein, wenn in den nächsten Jahren gute Arbeitsplätze verloren gehen. Aber lassen Sie es mich so zusammenfassen: Man kann zufrieden sein, wenn es ein Gesamtpaket gibt, das den Blick auf die vielen Herausforderungen wahrt und versucht, einen guten Kompromiss zu finden, um die Energiewende weiterzuentwickeln, auch im Interesse der Beschäftigten.

**Thomas Mock, Hydro Aluminium Deutschland GmbH:** Ich wurde insbesondere im Hinblick auf die Abschaltungen gefragt und möchte Folgendes dazu ausführen.

Bei der Aluminiumproduktion muss man zunächst zwischen Aluminiumhütten und der Weiterverarbeitung unterscheiden, die bei uns im Revier aus den großen Walzwerken besteht. Bei den Aluminiumhütten ist die Besonderheit, dass ich bei etwa 1.000 Grad Celsius Aluminium erschmelze, ein kontinuierlicher Prozess, der an 365 Tagen im Jahr und bei stetig hoher Stromversorgung stattfindet.

Die Technik besteht darin, dass dieser Prozess für bis zu zwei Stunden abgeschaltet werden kann. Zwar verliert dann das Aluminium erheblich an Temperatur und das spätere Wiederhochfahren ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden; aber man kann diese großen Mengen Strom, die die Aluminiumhütte benötigt, für eine, gegebenenfalls auch für zwei Stunden ad hoc, das heißt von einer Sekunde auf die andere, abschalten. Dafür gibt es eine Abschaltverordnung, dort ist das geregelt. Dort sind auch die finanziellen Entschädigungen geregelt. Wir haben das vor einigen Jahren angeboten, weil wir gesehen haben, was mit dem Netz los ist, um zu zeigen, was wir von der Industrie im Hinblick auf die Probleme beitragen können, die in Bezug auf die Energieversorgung auf uns zukommen.

Wir haben in den ersten Jahren wenige Abschaltungen gehabt. Wir haben die erste größere Zahl von Abschaltungen vor zwei Jahren bei der Sonnenfinsternis gehabt. Diese Sonnenfinsternis wurde im Wesentlichen mit den deutschen Aluminiumhütten bewältigt. Da gab es vorher auch Abstimmungen mit dem Übertragungsnetzbetreiber, die in wochenlanger Detailarbeit vorbereitet wurden. Alle vier Aluminiumhütten wurden an diesem Tag mehrfach ab- und wieder angeschaltet, um dem Zyklus der Sonnenfinsternis folgend den Stromfluss und den Stromverbrauch auszugleichen. Das ging sehr gut. Es war zwar mit erheblichen Aufwendungen verbunden, aber zeigte, welche Möglichkeiten bestehen, in der Regel aber immer nur für eine Stunde, damit sich der ganze Betriebsablauf wieder normalisieren kann.

Wir haben im letzten Jahr bei den vier Aluminiumhütten so viele Abschaltungen wie nie zuvor gesehen. Darüber hinaus sind noch sehr viele andere Anlagen, die in dieser Abschaltverordnung definiert sind, abgeschaltet worden. Es waren im letzten Jahr 78 Abschaltungen von in der Regel jeweils einer Stunde, wo es im Netz Situationen gab, bei denen es nahe lag, dass man abschaltet. Ein signifikanter Tag war der 14. Dezember. An diesem Tag sind alle Aluminiumhütten und viele andere Anlagen mehrfach hintereinander abgeschaltet worden, was sich auch im Nachhinein als problematischer Tag herausgestellt hat.

Wir sehen dies auch in Verbindung mit den Berichten der Übertragungsnetzbetreiber. Es gab vor wenigen Tagen den Leistungsbericht der Übertragungsnetzbetreiber. In diesem Leistungsbericht wurden auch noch einmal Schwierigkeiten und Probleme, die in den Netzen bestehen, aufgelistet. Auch die mehr als 1.000 Eingriffe, die pro Jahr im Netz stattfinden, sind allgemein bekannt.

Wir sehen auf der anderen Seite – das ist der zweite Punkt, der damit in Verbindung zu sehen ist –, dass im Bereich der Weiterverarbeitung die Walzwerke auf eine Stromversorgung während 24 Stunden am Tag und sieben Tagen in der Woche insoweit angewiesen sind, als die sehr aufwendigen und teuren Produktionsprozesse nicht unterbrochen werden dürfen, und zwar schon im Millisekundenbereich.

Wir haben in diesem Bereich sehr aufwendige Steuerungen, die hochsensibel sind, was Frequenzgänge und Ähnliches anbelangt, die auch mit technischen Maßnahmen nicht anders zu steuern sind – da haben wir schon alles Mögliche versucht –, die schon mehrfach zu Abschaltungen und teilweise zu sechsstelligen Schadenssummen geführt haben, weil die elektronischen Steuerungen der großen Anlagen auf Frequenzschwankungen und ähnliche Unruhe im Netz reagieren und diese zum Schutz der Anlagen automatisch abschalten. Wenn sich die Anlagen in einem bestimmten Produktionsprozess befinden, wenn sie abgeschaltet werden, können erhebliche Schäden eintreten. Das ist mehrmals passiert.

Das treibt uns natürlich um, weil wir das früher nie hatten und weil das nie Standard war. Der Standard war ein Netz ohne Probleme. So sind auch die Anlagen ausgelegt. Wenn sich das jetzt völlig ändert, gibt es da und dort technische Möglichkeiten, die aber bei uns zu erheblichen Investitionen führen, erzwungen durch die externe Entwicklung des zunehmend volatilen Netzes. Da stellt sich die Frage, wer soll die Investitionen finanzieren? Nur durch diesen Umstand verursacht, losgelöst von allen anderen Dingen, die wir jetzt auch aufgrund des Kommissionsberichts usw. diskutieren.

Das heißt, wir haben hier zwei Ebenen, die uns umtreiben, weil natürlich die Versorgungssicherheit für uns maßgeblich ist, einerseits bei der Aluminiumhütte, die sich durch Abschaltungen beteiligen kann. Das gilt nicht nur für unsere Hütte, die größte in Europa, sondern auch für die anderen drei Hütten, die von Wettbewerbern in Deutschland geführt werden, die uns aber größtenteils auch Aluminium zuliefern, weil wir der größte Verarbeiter von Aluminium in Europa sind.

Auf der anderen Seite betrifft es die Walzbereiche, insbesondere die großen Walzwerke, die nicht flexibel produzieren können. Sie können keine Antwort auf die Volatilität der erneuerbaren Energien, auf die Volatilität der Netze geben, sondern sind auf



einen kontinuierlichen Prozess angewiesen, also auch auf eine kontinuierliche Stromversorgung. Das treibt uns außerordentlich um.

Das war, wie erwähnt wurde, Gegenstand unseres Brandbriefes an die Bundesnetzagentur. Er wurde auch bereits insoweit beantwortet, dass wir im März einen umfassenden Termin haben werden, um die vielen Dinge zu erörtern. Es nützt alles nichts, wenn die physikalischen Voraussetzungen zunehmend unter den Händen zerbröseln, insbesondere was unsere weitere Perspektive anbelangt.

Das darf ich noch ergänzen: Wir haben nicht nur in den letzten 15 Jahren knapp 1,4 Milliarden € investiert, insbesondere hier im Rheinischen Revier, sondern wollen und können auch erhebliche weitere Investitionen tätigen. Diese sind seit Anfang letzten Jahres alle gestoppt worden wegen der Verunsicherung, die derzeit besteht. Denn für uns ist natürlich die Energie die Basis der Verarbeitung. Wir haben im Hinblick auf den europäischen Markt erhebliche Ziele und Möglichkeiten. In dieser Hinsicht ist das Rheinische Revier für uns auch von der zentralen Lage her ideal; aber solange die Verunsicherung auf der Energieseite nicht beseitigt ist, fehlt uns die Perspektive.

Das treibt uns doch ziemlich um. Das ist auch der Grund, warum wir darauf hingewiesen haben, dass der Strom im Grunde nur ein Dienstleister für uns als Industrie ist, mit dem wir dann die Produkte herstellen und vor allem die Wertschöpfung zu erreichen versuchen, die das Ziel des Ganzen ist, also auch Ziel des Rheinischen Reviers mit dem Kohleabbau. Denn schon in der Begründung zu den Genehmigungen, die damals für Garzweiler II und andere Tagebaue erteilt wurden, wurde darauf hingewiesen, dass die Genehmigung nur im Hinblick auf eine günstige Stromversorgung für die Weiterverarbeitung im Rheinischen Revier erteilt wird. Wir fühlten uns dabei natürlich immer angesprochen, weil wir hier seit mehr als 50 Jahren mit den Rahmenbedingungen gewachsen sind, die uns geboten wurden.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt erwähnen, der damit zusammenhängt. Wir haben neben der Versorgungssicherheit auch die Preiswürdigkeit, die damit zusammenhängt, immer wieder angemahnt. Die Preiswürdigkeit wird für uns durch den sogenannten Strompreis ohne CO<sub>2</sub> bedingt. Sie wissen, am 1. Januar 2005 hat das Emission Trading begonnen. Bis dahin gab es einen normalen Strompreis. Seitdem ist der Strompreis höher durch den CO<sub>2</sub>-Anteil, der für uns aber nicht maßgeblich ist. Für uns ist der Strompreis ohne CO<sub>2</sub> maßgeblich, weil das der Preis ist, den unsere weltweiten Wettbewerber auch haben.

In diesem Zusammenhang ist nicht unwichtig zu erwähnen, dass in den letzten 20 Jahren die Chinesen ihren Anteil am Primäraluminium weltweit auf 60 % erhöht haben. Knapp 60 % des weltweiten Primäraluminiums werden inzwischen in China produziert. Vor 20 Jahren waren es nicht einmal 20 %. Davon werden mindestens 80 % auf der Basis von Kohlestrom produziert. Die dort verwendete Kohle hat eine schlechtere Qualität und auch die neueren Kraftwerke, bis auf einige wenige Pilotkraftwerke, haben eine sehr viel geringere Effizienz, als es bei uns der Fall ist.

Vor diesem Hintergrund macht es allemal Sinn, dass wir hier mit allem, was möglich ist – dafür steht auch Hydro Aluminium –, die Rahmenregelungen möglichst grün in

die Zukunft zu nutzen; aber wir müssen dennoch versuchen, es wirtschaftlich hinzubekommen. Das ist nicht von heute auf morgen möglich. Wir brauchen dafür lange Zeiträume.

Auch für unsere Investitionen, sowohl für bereits getätigte wie auch für zukünftige, war für das Auslaufen der Kohle das Jahr 2045 maßgeblich im Hinblick auf Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit. Das wird nunmehr ziemlich auf den Kopf gestellt. Der Großhandelspreis für uns ohne CO<sub>2</sub> ist schon seit 2004 bzw. seit Beginn des Emission Tradings im Jahr 2005 gestiegen, und zwar unabhängig vom CO<sub>2</sub>; denn für die energieintensive Industrie gibt es eine besondere Regelung. Dieser wird so viel stärker steigen, dass Aluminiumhütten in Deutschland wirtschaftlich nicht mehr darstellbar sind.

Vor diesem Hintergrund sind wir sehr dankbar, dass in dem Bericht deutlich gemacht wurde, dass neben der Versorgungssicherheit auch die Preiswürdigkeit durch eine Kompensation hergestellt werden soll. Es ist für uns eine absolute Bedingung, eine *conditio sine qua non*, dass alles, was in dem Bericht dargestellt ist, was auch uns sehr helfen kann, unter dieser Prämisse steht. Das, was dort vorgesehen ist an Kompensation in Bezug auf Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit, muss natürlich in Brüssel geprüft werden; das wird nicht ganz einfach. Erst wenn wir von Brüssel für dies alles, also auch für die Kompensation, die uns weiter wirtschaftlich arbeiten lässt unter den ganzen Zielen, die ich eben geschildert habe, die Genehmigung haben, kann der Bericht, weil er als ganzer zu sehen ist, umgesetzt werden, was noch schwierig genug sein wird.

**Frank Löllgen, IG BCE, Landesbezirk Nordrhein:** Ich glaube, wenn man über die Herausforderungen für die Beschäftigten redet, muss man zunächst einmal eine Frage stellen, nämlich: Haben die Beschäftigten am Ende auch Vertrauen in den Prozess, den wir gerade beschlossen haben? Das ist die große Voraussetzung, ob wir das halten und ob wir zeigen können, Politik kann das mit den Verbänden, mit den Gewerkschaften gestalten und kann die Ziele auch erreichen.

Meine große Bitte ist, dass man das, was wir in der Kommission beschlossen haben, nicht täglich aufs Neue attackiert, obwohl man selbst oder als Verband für die Betroffenen am Tisch saß. Wir sollten uns an das halten, was wir beschlossen haben. Die Diskussion, die wir jetzt erneut über die Frage der Umsiedlungsdörfer haben, führt natürlich nicht dazu, dass man sagt, der Kompromiss ist ein guter Kompromiss. Vielmehr bekommen wir sofort wieder die Debatte bei den Beschäftigten, ob man dem ganzen Prozess trauen kann, sodass andere Dinge, die für uns auch wichtig sind, am Schluss wieder vakant werden. Das ist ein Appell an alle, die hier sitzen, dass sie, wenn wir den Prozess gemeinsam gestalten wollen, nicht immer wieder neue Themen aufmachen und das Ganze von links und rechts attackieren.

Wenn man über die besonderen Herausforderungen redet, ist neben den sozialen Gestaltungspunkten – die sind eben auch schon vom DGB erwähnt worden – ein Punkt für Nordrhein-Westfalen sehr wichtig: Wir sind das Bundesland mit dem Rheinischen Revier, wo die ersten Blöcke abgeschaltet werden sollen. Das heißt, bei uns kommt

es zeitlich extrem schnell. Wenn man aufschreibt, dass man neue Arbeitsplätze schaffen will, Forschungsinstitutionen aufbauen will, auch wieder industrielle Arbeit schaffen will, gute und gut bezahlte Arbeit, dann haben wir nicht viel Zeit, um diesen Wechsel zu gestalten.

Ich glaube, es ist eine besondere Herausforderung auch für die Landesregierung, die formalen Voraussetzungen zu schaffen, damit man das sehr schnell kann. Denn der eine oder andere behördliche Gang ist kein kurzer, wie wir wissen. Das heißt, bei Investitionsentscheidungen in größerem Umfang ist die Frage: Kann man es innerhalb von vier Jahren hinbekommen, dass die ersten Betriebe ans Netz gehen und entsprechende Dinge produziert werden?

In diesem Zusammenhang ist mir die Betonung auf industrielle Arbeitsplätze besonders wichtig, also gute, hochbezahlte Arbeitsplätze; denn das prägt den Wohlstand in dieser Region. Am Ende reden wir darüber, dass wir dort im Durchschnitt Bruttomonatslöhne haben, die um 1.000 bis 2.000 € höher sind als in anderen Bereichen. Wenn wir über Dienstleistungen und anderes nachdenken, muss es auch die Arbeitsplätze geben, die das leisten können. Auch für die Kommunen mit ihren Einkommensteueranteilen ist es sehr wichtig, dass dabei am Ende gut bezahlte Arbeit herauskommt.

Für die energieintensiven Betriebe besteht natürlich eine besondere Herausforderung; das ist hier schon dargestellt worden. Aber es ist nicht so, dass man insoweit von theoretischen Gebäuden spricht. In der chemischen Industrie sind zurzeit zwei Entscheidungen aktuell. Dabei ging es um Erweiterungsentscheidungen. Sie sind zurückgezogen worden, weil man sagt, wir wissen nicht, wenn wir in Deutschland investieren, ob wir über 35 Jahre – so lange laufen solche Anlagen – die Versorgungssicherheit und auch den Preis haben werden, um wettbewerbsfähig zu produzieren.

Leider ist es so, dass bei den energieintensiven Betrieben nicht nur das Produkt zu sehen ist, das dort energieintensiv produziert wird; vielmehr hängen daran die ganzen weiteren Ketten. Das heißt also, ganze Wertschöpfungsketten hängen am energieintensiven Ursprungsprodukt. Daher ist natürlich auch die Frage zu stellen, ob wir die entsprechenden Industriebereiche auf Dauer hier halten können. Vor diesem Hintergrund geht es in diesen Prozessen um wesentlich mehr als das, was gerade beschrieben worden ist.

Ich finde eines besonders wichtig: Bei der sozialen Dimension, die wir diskutieren, wird oft eines vergessen. Wenn Strompreise steigen, ist davon nicht nur der Gutverdienende betroffen. Wir reden auf einem anderen Feld derzeit darüber, wie man Rentnern mehr Einkommen geben kann. Der Strompreis ist ein Bereich, in dem wir die sozial Schwachen in den letzten Jahren stark belastet haben. Als Gewerkschaft muss man deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir diesen Aspekt nicht außer Acht lassen dürfen. Die Frage ist nämlich, wie viel bleibt von dem Einkommen oder von der Rente am Ende übrig. Das ist ebenfalls ein Feld, über das wir reden.

Wenn man über Investitionen nachdenkt, ist ein besonderer Wunsch von uns, dass man daran denkt, dass wir uns in einer Region der chemischen Industrie befinden und wir nicht nur die RWTH als Ideengeber haben. Die Frage ist natürlich, wie kann man stoffliches Recycling machen, wie kann man stoffliche Verwertung machen, weil wir

bei Verbundwerkstoffen, etwa im Automobilbau, immer mehr die Probleme haben, wie man die Kunststoffe entsorgen und neue Stoffträger daraus machen kann.

Wir haben die Idee, dass man die Kompetenzen, die auf diesem Gebiet vorhanden sind, ins Rheinische Revier bringen kann. Da wir die Olefin-Produzenten, die Kunststoffproduzenten hier haben und die Diskussion „Carbon to Chem“ führen, ist die Frage, ob man dafür nicht ein großes Forschungszentrum schaffen kann, in dem man zum Beispiel auch das Problem lösen könnte, wie Rotorblätter von Windkraftanlagen wieder in den Stoffkreislauf gebracht werden können; denn sie sind aus einem sehr komplizierten Verbundstoff gefertigt, den man nicht so einfach recyceln kann. Es wäre etwa die Überlegung, ob man daraus nicht synthetische Gase herstellen kann, die man wieder in den Kreislauf einspeisen könnte.

Wir würden gern sehen, wenn man so etwas hier installieren könnte. Denn uns ist das Thema Verkehrsverbünde und anderes in den Papieren zu stark gewichtet. Wir würden gern mehr industriepolitische Leitlinien sehen.

**Stefan Kapferer, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., BDEW:** Ich versuche eine kompakte Antwort auf die Fragen zu den Themen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit zu geben, die mir der Abgeordnete Brockes gestellt hat.

Was die Versorgungssicherheit angeht, lassen Sie mich sehr klar sagen, dass wir diese bis zum Ende des Jahres 2022 – wie Sie wissen, ist das das Ende des Kernenergieausstiegs – als Energiewirtschaft gewährleisten sehen. Sonst hätte ich als Vertreter der deutschen Energiewirtschaft dem Ergebnis auch nicht zustimmen können. Es wird knapper in dieser Phase; das hat Herr Dr. Kulik angedeutet. Das ist unbestreitbar richtig. Wir haben derzeit noch etwas Überkapazitäten und diese werden jetzt abgebaut.

Anders sieht die Situation nach 2022 aus. Die Kommission hat in ihrem Bericht sehr deutlich gemacht – darin hatten wir nach meinem Eindruck auch eine sehr weitgehende Übereinstimmung innerhalb der Kommission –, dass es, wenn wir nach 2022 die in dem Bericht angedachten weiteren Stilllegungen von Kraftwerken vornehmen wollen, erforderlich sein wird, dass es jetzt zu neuen Investitionen kommt, sowohl in erneuerbare Energien und in Flexibilitäten, in das Demand-Side-Management, aber eben auch in konventionelle Kapazitäten auf Gasbasis, mittelfristig auch in Power-to-Gas-Lösungen.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, der heutige Investitionsrahmen liefert bisher nicht ausreichend Investitionsanreize. Der einzige Ausnahmereich ist das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz. Wir sehen zurzeit insbesondere viele kommunale Eigentümer, die von Kohle auf Gas umstellen. Das trägt natürlich auch über 2022 hinaus zur Versorgungssicherheit bei, wird aber auf mittlere Sicht nicht ausreichen.

Deswegen hat Herr Brockes auch nach den Checkpoints, nach den Monitoring-Daten gefragt. Gerade für diesen Bereich ist aus meiner Sicht das Monitoring-Datum 2023 von ganz entscheidender Bedeutung. Wir als Kommission haben explizit in den Bericht hineingeschrieben: Wenn im Jahr 2023 nicht ausreichend Kapazitäten im Bau sind,

dann muss die Bundesregierung einen veränderten Investitionsrahmen zur Verfügung stellen, weil wir sonst definitiv in Knappheitssituationen geraten.

Ich begrüße ausdrücklich, dass Peter Altmaier in dieser Woche bei einer Veranstaltung von ver.di das erste Mal hat erkennen lassen, dass inzwischen auch das Bundeswirtschaftsministerium diese Sorge umtreibt, dass wir ab 2023 möglicherweise in Probleme bezüglich der Versorgungssicherheit geraten könnten.

Ich bitte immer im Blick zu behalten, es gibt § 13 b EnWG. Das heißt, wenn Probleme entstehen, wird die Bundesnetzagentur die Stilllegung bestimmter Kraftwerke verhindern. Das tut sie heute schon. Sie wissen, in Baden-Württemberg und im Saarland stehen Kapazitäten auf Steinkohlebasis bereit, die von den Betreibern zur Stilllegung angemeldet worden sind, die nicht stillgelegt werden können.

Zur Frage der Bezahlbarkeit. Auch das ist ein Thema, das natürlich für die Energiewirtschaft von zentraler Bedeutung ist. Ich bitte aber noch einmal in den Bericht hineinzuschauen. Seite 28 weist aus, wo die heutigen Preise an der Strombörse in Deutschland im europäischen Vergleich liegen. Da liegt Deutschland auf Platz 3, und zwar nicht von oben, sondern von unten. Anders sieht es aus, wenn wir über den Strompreis sprechen, den der private Haushalt, der nicht energieintensive mittelständische Betrieb, der Handwerksmeister bezahlen muss. Da liegt Deutschland an der Spitze.

Das liegt ganz einfach daran, dass wir einen Überhang an Steuern, Abgaben und Umlagen auf dem Strompreis haben. Deshalb hat die Kommission sehr klar die Empfehlung ausgesprochen, dieses System noch einmal auf den Prüfstand zu stellen, nicht nur weil es um die Belastung für die nicht energieintensiven Unternehmen, also für das Gewerbe und für die Privathaushalte geht, sondern auch weil es um die Frage geht: Ist das Produkt Strom eigentlich auf lange Sicht wettbewerbsfähig im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern? Denn wir machen diesen Prozess auch, weil der Strom, der immer grüner wird, in immer mehr Bereichen, demnächst zum Beispiel im Bereich der Mobilität, verstärkt genutzt werden soll. Wenn er zu teuer ist, ist das nicht attraktiv. Deswegen muss man an dieser Stelle definitiv ran.

Die letzte Bemerkung. Trotzdem bestand auch in der Kommission die klare Einigkeit, dass die Stromkosten für die energieintensiven Unternehmen nicht steigen dürfen. Das haben wir auch sehr klar in dem Bericht zum Ausdruck gebracht. Auch in dieser Hinsicht wird, glaube ich, 2023 das entscheidende Monitoring-Datum. Sie wissen, die Kommission hat auch einen Mechanismus vorgeschlagen, wie alle Stromverbraucher gegebenenfalls entlastet werden können.

Wir werden sicherlich gleich die Gegenposition hören: Der Strompreis wird steigen. Ich neige tendenziell auch dazu, von einem leichten Anstieg der Strompreise auszugehen. Aber dazu gibt es ja den Vorschlag der Kommission, über einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten sowohl die energieintensive Industrie als auch alle anderen Stromverbraucher gegebenenfalls zu entlasten.

**Reiner Priggen, Landesverband Erneuerbare Energien e. V.:** Heute sind fünf Mitglieder der Kommission hier vertreten neben zahlreichen anderen, die noch mitgearbeitet haben. Ich kann in der ersten Zusammenfassung sagen, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat sich in die Beratungen der Kommission sehr intensiv eingebracht. Ich glaube, es waren bei jeder Sitzung vier oder fünf Vertreter der Landesregierung im Raum, auch bei der finalen Sitzung.

Aber ich will klar sagen: Daraus entsteht auch eine Verpflichtung. Die Mitwirkung war sehr erfolgreich im Hinblick auf den Strukturwandel. Als jemand, der im Rheinischen Revier lebt, empfinde ich 15 Milliarden € Strukturförderung über eine Zeitachse von 20 Jahren als einen Erfolg. Das heißt aber auch, es muss jetzt sehr viel qualitativ hochwertige Arbeit hineingesteckt werden, um das in Projekte umzusetzen, die nachhaltig sind, die einen Wert haben. Es geht nicht darum, irgendeine Sache zu errichten, die man immer schon haben wollte. Es muss viel qualifizierte Arbeit geleistet werden; das ist eine große Anstrengung. Es ist aber auch eine Riesenchance für das Rheinische Revier.

Ich finde, der Kommissionsbericht insgesamt hat vielen Beteiligten etwas abverlangt. Aber er ist ein gutes Drehbuch, um genau diese Dinge zu machen. Wir haben hier den Ausstieg aus der Steinkohleförderung erlebt. Er wurde 2007 mit einer langen Zeitachse vorbereitet und dann auch mit dem Vertrauen der Belegschaften umgesetzt. Im Prinzip ist das jetzt etwas Ähnliches, was man machen könnte. Dazu gehört aber, dass man den Beschluss auch in allen Facetten umsetzt.

Jetzt komme ich auf zwei Punkte, bei denen ich einfach eine gewisse Sorge habe. Es ist angesprochen worden, ein Teil des Gesamtpakets ist, dass das Ziel der Bundesregierung umgesetzt wird, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 auf 65 % zu steigern. Das ist seit langem das Ziel der Bundesregierung. Dabei stellt sich die Frage, wie mache ich das, in welchen Ländern mache ich das?

Ich sage es einmal ganz konkret: Wir brauchen auf Bundesebene einen Zubau von 4.000 bis 5.000 MW Photovoltaik und Wind im Binnenland pro Jahr. Das ist die Umsetzung des Ziels für 2030. Wenn ich für Nordrhein-Westfalen den Königsteiner Schlüssel als grobe Orientierung nehme, dann liegt der Anteil Nordrhein-Westfalens bei 800 bis 1.000 MW Wind und Photovoltaik pro Jahr. Wir hatten einen Zubau von 800 MW im Rekordjahr, wir sind in diesem Jahr auf 300 MW herunter. Wenn ich mir die Genehmigungen im Vorlauf anschau, muss ich feststellen, dass wir noch weiter heruntergehen.

Das heißt, man muss überlegen, ob man bei den erneuerbaren Energien mit 1.500 m Abstand, mit der Aufhebung der Privilegierung arbeitet und damit ganz klar sagt, wir gehen aus der Produktion heraus. Die Frage ist, ob das nicht Implikationen nach Norddeutschland hat, wenn ich dort die Erzeugung von Strom habe. Ob anderes daraus nachfolgt, muss man sich gut überlegen.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien muss Nordrhein-Westfalen seinen Teil übernehmen. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat ja das Sofortprogramm in die Beratungen der Kommission eingebracht. Dieses enthielt sehr viele gute Punkte, auch im Energiebereich. Nun habe ich mir die Vorlage durchgelesen, die sie heute Morgen

für den Ausschuss vorgelegt hat. Dort taucht der Gigawatt-Speicher noch auf. Aber das, was im Sofortprogramm stand, dass ein Gigawatt-Pakt für erneuerbare Energien im Revier geschlossen werden soll – ein Gigawatt sollte anteilig zwischen den verschiedenen Kommunen realisiert werden, auch auf ehemaligen Bergbauflächen –, taucht nicht mehr auf. Das wäre etwas, was dazugehört.

Vor diesem Hintergrund ist die Bitte an die Landesregierung zu richten, auch diesen Teil umzusetzen. Wer die 15 Milliarden € Fördermittel zum Segen des Reviers einsetzen will, der muss auch seine anderen Pflichten erfüllen.

Herr Kulik, Sie haben eben die Umsiedlungsdiskussion angesprochen. Ich will auch dazu ganz klar sagen, wir haben in der Kommission den folgenden wichtigen Satz beschlossen: Wir halten es für wünschenswert, dass der Hambacher Forst erhalten bleibt. Darüber hinaus bittet die Kommission die Landesregierung, mit den Betroffenen vor Ort in einen Dialog über die Umsiedlung einzutreten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden.

Nun will ich zu den Umsiedlungen ganz klar sagen: Es gibt unterschiedliche Menschen. Es gibt welche, die wollen ihre Häuser nicht verlieren. Es ist sicherlich das Größte, was wir Menschen abverlangen können, dass sie für die Energieerzeugung ihr Haus aufgeben. Es gibt aber welche, die wollen noch umsiedeln, die sagen, ich kann hier nicht mehr bleiben. Was aus meiner Sicht nicht geht, ist, dass man wartet, bis RWE mit der Bundesregierung verhandelt hat und sich dann die Landesregierung einschaltet.

Meine dringende Bitte wäre, dass in dem Dialogprozess sowohl die Unternehmen als auch die Landesregierung auf die Menschen zugehen. Denn wir hören auch viele Klagen von Menschen, die sich in der Umsiedlung befinden, dass sie sich nicht mehr vernünftig betreut fühlen, dass sie sich unter Druck gesetzt fühlen, dass es für sie keine Lösung gibt. Wir sind jetzt in einer besonderen Situation, dieses Ausstiegszenario umzusetzen. Deswegen ist die Bitte, nicht zu warten. So wie man sich darum kümmert, Strukturmittel einzusetzen, so wie man sich richtigerweise darum kümmert, dass für die Beschäftigten analog zur Förderung des Steinkohleausstiegs Regelungen gefunden werden, sollte man sich ab jetzt um die Betroffenen kümmern und das auflösen. Das kann man nicht nach hinten verlagern. Es gibt wirklich Menschen, die darauf warten, was sie machen sollen. Sie stehen vor schwierigsten Entscheidungen. Sie können nicht mehr zwei Jahre warten.

Deswegen zusammengefasst noch einmal die Bitte, jetzt alles anzupacken, nicht nur Rosinen zu picken und zu sagen, wir bekommen jetzt Strukturfördermittel, wir machen jetzt in jedem Regionsteil etwas, sondern auch das andere zu sehen und das zusammenzuführen. Sonst ist es am Ende so, dass die Umweltseite, die diesen Kompromiss mit vielen Bedenken mitgetragen hat, fragt, wo wird denn das eingelöst, dem wir zugestimmt haben? Dann haben wir die Perpetuierung des Konflikts und das kann vernünftigerweise niemand wollen.

**Dr. Felix Christian Matthes, Öko-Institut e. V.:** Ich versuche auch als Nicht-NRW-Spezialist zu den vier Fragenkomplexen etwas zu sagen, die Sie mir aufgegeben haben.

Die erste Frage war: Was kann ein Land wie Nordrhein-Westfalen zur Verstärkung des Ausbaus der erneuerbaren Energien tun? – Ich will darauf hinweisen, dass im Kommissionsbericht an mehreren Stellen steht, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien auf 65 % im Jahr 2030 Teil des Pakets ist. Es ist also ein Teil des Pakets, ohne den dieses Paket auch nicht funktionieren kann.

Was kann ein Land insoweit tun? – Da gibt es zwei Dimensionen, zum einen: Was kann im Land gemacht werden? Die Antwort lässt sich auf die Überschrift reduzieren: planerische und genehmigungsrechtliche Voraussetzungen schaffen und verbessern. Das ist das zentrale Handlungsfeld, das dem Land zur Verfügung steht.

Das Land kann sich aber auch dafür einsetzen – das ist die zweite Dimension –, dass es im übergeordneten Regulierungsrahmen in Bezug auf die erneuerbaren Energien zu Veränderungen kommt. Ich glaube, diesbezüglich sind drei Veränderungen evident, die passieren müssen: erstens die Ausweitung der Ausschreibungen für alle Bereiche, zweitens die Verbesserung der Voraussetzungen dafür, dass es zu Investitionen in erneuerbare Energien außerhalb des EEG kommt; das ist eine Welle, die vor uns liegt, die muss man unterstützen.

Drittens – das ist wahrscheinlich die schwierigste Frage – müssen wir in den Marktrahmen für die erneuerbaren Energien Regionalisierungskomponenten hineinbekommen. Wir haben das nur ansatzweise. Wenn wir den Ausbau erneuerbarer Energien nicht besser mit Regionalisierungskomponenten versehen – es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man das tun kann –, wird das alles sehr schwierig. Das ist ein dickes Brett, das auf Bundesebene gebohrt werden muss. Aber ich halte es für extrem sinnvoll, wenn sich die nordrhein-westfälische Landesregierung in dieser Hinsicht einsetzt. Das ist eines der großen Themen, die uns bevorstehen.

Zum Thema Versorgungssicherheit. Versorgungssicherheit ist eine Überschrift, die konsensstiftend ist. Deswegen muss man, glaube ich, ein bisschen darunter gucken. In Bezug auf die Frage der Versorgungssicherheit müssen wir zwischen zwei Abschnitten unterscheiden. Der erste Abschnitt – das hat Herr Kapferer eben schon angedeutet – ist der zwischen heute und, wie er sagt, 2023 oder, wie ich sagen würde, 2025; das ist aber auch egal. Der zweite Abschnitt ist, was passiert nach 2025 bzw. was muss da passieren?

Zur ersten Phase bis 2025, wie ich sage, haben wir zwei große Ex-ante-Abschätzungen, große Analysen, einmal von den Übertragungsnetzbetreibern und einmal vom Bundeswirtschaftsministerium. Da muss man nicht alle Ansätze, insbesondere die Beiträge des Auslands, glauben. Ich glaube die nicht. Wenn man aber diese großen Analysen, die vorhanden sind, die methodisch sehr aufwendig gemacht und nicht so einfach aus dem Ärmel geschüttelt worden sind, um die auch aus meiner Sicht überzogenen Beiträge des Auslands bereinigt, aber auch berücksichtigt, dass wir Instrumente wie Reserven usw. zur Verfügung haben, was diese beiden Analysen aus rechtlichen Gründen nicht berücksichtigen dürfen, dann sind wir bis 2025 auf der Grundlage dieser



Studien mit dem Ausstiegspfad, der im Kommissionsbericht niedergelegt ist, auf der sicheren Seite.

Das sind Ex-ante-Abschätzungen. Man weiß nie, wie die Zukunft sein wird. Deswegen ist es zentral zu sagen, wir haben eine prozedurale Absicherung. Herr Kapferer hat das auch schon gesagt. Wir haben § 13 b des Energiewirtschaftsgesetzes. Wenn es ein Systemsicherheitsproblem gibt, dann wird die Stilllegung von Kraftwerken verboten. Das heißt aber nicht, dass sie im Markt weiter betrieben werden; sie werden aus dem Markt genommen und in eine Reserve überführt. Wir sehen es in Süddeutschland. Diese Kraftwerke werden ein bisschen betrieben, aber nur wenige hundert Stunden im Jahr und nicht mehrere tausend. Von daher emittieren sie während dieser Zeit auch nicht mehr. Das heißt, sie stehen als Kapazität zur Verfügung, emittieren aber nicht mehr und tragen damit dazu bei, die Emissionsminderungsziele zu erreichen. Das heißt, wir haben auch eine prozedurale Absicherung.

Ab 2025 sehen alle Analysen, die es gibt, die Notwendigkeit von zusätzlicher gesicherter Kapazität. Da sind wir in einem Kampf der ökonomischen Grundüberzeugungen. Als ich das letzte Mal in diesem Hause war, musste ich mich als Planer verprügeln lassen, weil ich gesagt habe, wir werden einen Kapazitätsmarkt brauchen. Damals war die Position in NRW noch eine andere. Ich glaube, wir werden ab 2025 Kapazitätsmärkte brauchen.

Das Wort Kapazitätsmarkt ist ja verboten; deswegen habe ich mir angewöhnt, von Investitionsrefinanzierungslücken-Schließungsmechanismen zu reden. Im Kommissionsbericht haben wir ein neues Tier erfunden. Es heißt Systir; das ist der systematische Investitionsrahmen. Das ist nichts weiter als ein anderes Wort für einen Kapazitätsmarkt, der aber auch nur unter den Voraussetzungen geschaffen werden kann, die uns mit den EU-Beschlüssen vom Dezember letzten Jahres ins Haus stehen. Nach diesen EU-Beschlüssen können wir Kapazitäten letztlich nur noch im Erdgasbereich honorieren. Für alles andere sind Kapazitätzahlungen nicht mehr zulässig. Das ist die Debatte, die schnellstmöglich begonnen werden muss, damit wir ab 2025 zu Gaskraftwerken kommen. Wie gesagt, über die Frage, über welche Größenordnung wir reden und welche Rolle Speicher und Nachfrageflexibilität dabei spielen können, kann man trefflich streiten.

Ist die Frage des Netzausbaus für den Kohleausstieg eine zentrale Restriktion? – Meine Antwort ist, überwiegend nein. Wir brauchen den Netzausbau dringend zur Integration der erneuerbaren Energien. Der Großteil der zumindest in den 2020er-Jahren zur Abschaltung anstehenden Kraftwerke befindet sich vor den Netzengpässen und nicht nach den Netzengpässen. Wie gesagt, das haben uns auch die Übertragungsnetzbetreiber in der Kommission sehr deutlich gesagt. Das heißt, es gibt sehr viele gute Gründe, den Netzausbau voranzutreiben. Aus Gründen der Versorgungssicherheit – mit Ausnahme einiger weniger alter süddeutscher Steinkohlekraftwerke – ist das kein Problem.

Die letzte Bemerkung: Ist die Tatsache, dass die Anlagen von Herrn Mock im Rahmen der Verordnung über abschaltbare Lasten sozusagen in Anspruch genommen worden sind, ein Anzeichen für Probleme in Bezug auf die Versorgungssicherheit? – Nein. Es wird für die Bereitschaft zur Abschaltung dieser Anlagen relativ viel Geld gezahlt. Die

Übertragungsnetzbetreiber hätten zur Bewältigung der Schwankungen, die es da gegeben hat, auch andere Möglichkeiten gehabt. Im Sinne der Stromkunden haben sie aber entschieden, eine Leistung, die honoriert wird, auch abzurufen. Sie hätten auch andere Möglichkeiten gehabt. Das wäre aber für die Stromkunden teurer gewesen, weil diese anderen Maßnahmen zusätzlich hätten bezahlt werden müssen. Von daher ist das ein interessanter Mechanismus, über den man auch trefflich streiten kann. Er ist kein Symptom dafür, dass es Probleme in Bezug auf die Versorgungssicherheit gibt.

Das dritte Thema: die Preise. Bei den Preiseffekten muss man sehr deutlich unterscheiden zwischen den Preiseffekten, die isoliert durch die Frage des Kohleausstiegs entstehen, und den Preiseffekten, die sich bei einer Gesamtschau aus Kohleausstieg, erneuerbaren Energien usw. ergeben. Wir veröffentlichen in der nächsten Woche – ich habe das in meiner Stellungnahme auch niedergelegt – eine Studie, in der wir alle Studien, die es zu Preiseffekten gibt, nebeneinander gelegt haben, verglichen haben. Wenn man auf die isolierten Preiseffekte des Kohleausstiegs abstellt – also alles andere bleibt gleich, bei den gleichen erneuerbaren Energien usw. –, dann kommen diese Studien bei zwei Szenarienausnahmen zu einem Effekt zwischen 2 und 4 € pro Megawattstunde.

Es gibt zwei Ausnahmen. Das ist die erwähnte Frontier-Studie. Da kommt der Effekt einzig und allein dadurch zustande, dass man sehr hohe Zusatzkosten für die Absicherung der Kapazität gemacht hat. Wenn Sie diese Rechnungen sozusagen rekalkulieren, stellen Sie fest, dass diese zentral von der Annahme abhängen, dass 90 % der notwendigen Kapazität im Land vorgehalten werden. Nur für diesen Fall ergeben sich diese hohen Kapazitätskosten. Wenn Sie diesen Wert mal auf 80 oder 100 % setzen, sind die Differenzen wieder null. Das zeigt übrigens auch die schon erwähnte Aurora-Studie.

Die Aurora-Studie ist die andere Ausnahme, die zu einem Wert von 10 oder 14 € kommt. Das ist explizit nicht die Prognose. Vielmehr beruht dieser Wert auf der Annahme einer Extremsituation in zwei Hinsichten: Es kommt zu einem deutlich geringeren Ausbau erneuerbarer Energien und die Preisdifferenzen zwischen Erdgas und Steinkohle gehen in Regionen, die überhaupt nicht absehbar sind, die man rechnen kann, die aber gerade unter der Perspektive LNG usw. nicht zustande kommen. Alle anderen Studien – sogar die Frontier-Studie für RWE, wenn man die Kapazitätsfrage herausnimmt – kommen zu dieser Bandbreite von 2 bis 4 € pro Megawattstunde. Wenn man das mit den 65 % erneuerbaren Energien kombiniert, könnte es auch zu einer Situation kommen, bei der das Ganze neutral ausgeht. Wir wissen das nicht.

Deswegen hat die Kommission diesen Kompensationsmechanismus vorgeschlagen, der alle Stromkunden außer denen, die keine Netznutzungsentgelte zahlen, bevorteilt. Am meisten entlastet durch diese vorgeschlagene Lösung werden die privaten Haushalte, weil diese von einer Senkung der EEG-Umlage durch höhere Börsenstrompreise und von einer Reduzierung der Übertragungsnetzentgelte profitieren. Also die zentrale Entlastung ist eher bei den Kleinverbrauchern und weniger bei der Industrie. Aus der

ordnungspolitischen Sicht ist dieser Mechanismus Schweinkram, aber es ist eine pragmatische Lösung. Diese hat die Kommission im Konsens empfohlen. Dann sollte man die auch machen.

Die Beschreibung der vielen Einflussfaktoren zeigt aber auch, dass man gut daran tut, diese Lösung in Abhängigkeit von den absehbaren energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen umzusetzen, statt Pauschalsummen anzusetzen, die man irgendwo greifen kann oder nicht.

Die letzte Frage war die Gigawatt-Frage. Die Kommission hat sich in Bezug auf die Abschaltung von Kraftwerken überhaupt nicht zu irgendwelchen Revieren geäußert. Wir haben uns zu Kapazitäten geäußert, die im System verbleiben. Da ist die einfache Antwort auf die gestellte Frage für das Jahr 2030: Für das Jahr 2030 bedeutet das für die Braunkohle eine im System verbleibende Kapazität von 9 GW. Das sind drei BoAs im Rheinland, drei ähnlich moderne Kraftwerke in Mitteldeutschland und drei modernere Braunkohlekraftwerke in der Lausitz. Das heißt also, über das Jahr 2030 hinaus werden, wenn man die Empfehlung umsetzt, keinerlei Kraftwerke betrieben werden können, die vor 1995 in Betrieb genommen worden sind. Das ist die sehr klare Empfehlung der Kommission.

Ein bisschen komplizierter ist es mit der Frage in Bezug auf 2022. Dazu heißt es im Kommissionsbericht: Wir erwarten im normalen Fall unter Berücksichtigung von Sicherheitsbereitschaft usw. eine Kapazität von 18 GW im Jahr 2022. Die Empfehlung der Kommission geht dahin, diese auf rund 15 GW zu reduzieren. Nach Adam Riese ist die Differenz rund 3 GW. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass ein Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen 2,4 GW anbietet. Das heißt, es bleibt eine Differenz von rund 600 MW.

Um diese Lücke zu schließen, gibt es genau drei Optionen. Entweder werden in Nordrhein-Westfalen noch ein Block mit 600 MW oder zwei Blocks mit je 300 MW abgeschaltet; Alternative 1. Alternative 2: Es wird ein alter Block in der Lausitz abgeschaltet. Alternative 3: Es wird versucht, die kleineren Anlagen im Bereich der Braunkohleverstromung, die es überwiegend im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung auch noch gibt, einzusammeln und damit diese Lücke zu schließen. Da diese oft Wärme produzieren, ist die Frage, ob man das so einfach hinkriegt.

Diese drei Optionen werden in der Umsetzung jetzt verhandelt werden müssen. Das ist die einfache Antwort. Aber eine der Optionen geht dahin, 600 MW im Rheinischen Revier abzuschalten.

Zum Schluss eine Nachbemerkung. Die muss ich machen, weil ich so viele Nächte meines Lebens mit dem europäischen Emissionshandelssystem verbracht habe. Wenn Sie sich die konkrete rechtliche Ausgestaltung des Systems anschauen, sind die Antworten auf die zwei Fragen, die gestellt wurden, sehr klar.

Ist durch das Emissionshandelssystem eine Kohleabschaltung in Deutschland, wie sie von der Kommission empfohlen wird, ein Null-Summen-Spiel? Klare Antwort: Nein. – Wenn Sie ins Lehrbuch gucken, könnte man sagen, ja, es könnte ein Null-Summen-Spiel sein. Wenn Sie ins Gesetzblatt schauen und die konkreten Regelungen sehen, die das verhindern, ist die klare Antwort: Es ist kein Null-Summen-Spiel.

Die zweite Frage war: Ist das Aufkaufen von Zertifikaten eine Alternative zum Erreichen der Ziele? – Noch einmal: Der Kommissionsbericht spricht nicht vom Aufkaufen, sondern vom Stilllegen. Aber wenn die Frage ist, ist das Aufkaufen von Zertifikaten eine Alternative zum Erreichen der Ziele 2030 usw., ist die klare Antwort: Nein.

Da können Sie noch nachfragen. Die Mechanismen sind aber sehr klar. Wenn Sie sich wirklich mit den Regelungen im Detail vertraut machen, dann sind die Antworten auch sehr, sehr klar und eindeutig.

**Michael Eyll-Vetter, DEBRIV – Bundesverband Braunkohle:** Ich gehe gern auf die an mich gerichteten Fragen ein.

Als Bundesverband Braunkohle sehen wir das Thema Versorgungssicherheit natürlich ähnlich wie hier schon von verschiedenen Seiten ausgeführt. Wir werden eine Verknappung auf dem Energiemarkt sehen. Der Kohleausstieg kommt zusätzlich zu dem Kernenergieausstieg, bei dem rund 10 GW aus dem Markt gehen werden. Bis zum Jahr 2023 sind 12 GW Abschaltung an Braunkohle- und Steinkohleeinheiten vorgesehen. Hier wird natürlich eine Verknappung gesehen, die bei extremen Wetterlagen dazu führen wird, dass eine verstärkte Inanspruchnahme der Reserve oder auch ein Import erforderlich sein wird, wenn nicht bis dahin alternative Kapazitäten vorhanden sein sollten. Verstärkt wird dies nach 2030 durch die weiteren Stilllegungen, die dazu führen, dass danach gemäß Kommissionsempfehlung nur noch 9 GW Braunkohle am Markt teilnehmen sollen.

Wir sehen die Importe nicht als eine Lösung in Bezug auf die Basis der Versorgung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Verbraucher an, zumal beispielsweise in Frankreich, wenn dort Spitzenlasten auftreten, ein erhebliches mehr an Kapazitäten gebraucht wird als in einem milden Winter. Hier sind die Hübe jetzt schon sehr groß. Wir meinen, dass man ein Industrieland nicht auf Importe aus Frankreich oder aus den Niederlanden – das Thema Kohleausstieg dort ist schon genannt worden; auch Gaskraftwerke werden dort in Zukunft eine abnehmende Bedeutung haben – oder auch aus Belgien stützen kann. Darauf sollte man aus der Sicht des Bundesverbandes Braunkohle die Versorgung in Deutschland nicht aufbauen.

Die Preisanstiege zusätzlich zu den sonstigen Effekten sehen wir in einer Größenordnung, wie sie hier auch schon genannt worden ist, von 9 € je Megawattstunde. Dies weist die Studie von Frontier Economics aus. Damit entsteht in jedem Fall eine Belastung. Daher sieht die Empfehlung der Kommission eine Kompensation für die energieintensive Industrie vor. Aber den Preisanstieg erkennen wir. Den sehen wir im Übrigen jetzt schon durch die Signale im Markt. Wenn man sich die Preise für 2022 und die Folgejahre anschaut, ist hier bereits ein Anstieg erkennbar.

Herr Brockes hatte die Frage nach den Checkpoints gestellt. Wir begrüßen natürlich, dass für die Jahre 2023, 2026, 2029 und 2032 Checkpoints vorgesehen sind. Hier sollte man die Fragen, die Herr Mock vorhin aufgeworfen hat, noch einmal aufrufen. Wie hat sich die Häufigkeit von Eingriffen verändert? Inwieweit ist es zu Abschaltungen gekommen? Wie weit ist der Ausbau der erneuerbaren Energien fortgeschritten? Wie ist der Netzausbau vorangekommen? Diese Fragen und sicherlich noch viele mehr

sollte man zu den Checkpoints sehr seriös prüfen und die Ergebnisse in die weiteren Überlegungen einstellen, um gegebenenfalls nachsteuern zu können.

Zum europäischen Emissionshandel ist schon einiges ausgeführt worden. Wir sehen, dass das europäische Handelssystem funktioniert. Die auf dem Markt befindlichen Mengen werden jährlich verknappt. Das hat die EU so vorgegeben. Wir sehen in den letzten Jahren einen sehr deutlichen Preisanstieg. Vor zwei Jahren lag der CO<sub>2</sub>-Preis bei rund 5 € je Tonne. Er liegt heute bei deutlich über 20 € je Tonne. Die Verknappung hat hier zu Preisanstiegen geführt. Der CO<sub>2</sub>-Handel funktioniert unseres Erachtens. Wir sähen es nicht als eine gute alternative Lösung an zu sagen, man löscht einfach die Zertifikate.

Da bewerten wir das Ergebnis, das die Kommission nun empfiehlt, als besser. Durch diesen Weg wird ein Strukturwandel in den Regionen ermöglicht, den es nun mit Augenmaß zu gestalten gilt. Auf dieser Basis können dann in den einzelnen Braunkohlerevieren in der Lausitz, in Mitteldeutschland und hier in Nordrhein-Westfalen neue Revierfahrpläne entwickelt werden, die dann auch wieder – dabei greife ich das auf, was Herr Löllgen vorhin gesagt hat – Planungssicherheit schaffen. Ich glaube, das ist das, was die Mitarbeiter in den Unternehmen, aber auch die Unternehmen selbst und die Regionen insgesamt brauchen. Planungssicherheit muss geschaffen werden.

Herr Priggen hat das Stichwort Umsiedlungen genannt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen zu sagen, dass RWE die Umsiedlungen uneingeschränkt fortführt. Die Umsiedlungen von Mannheim und Morschenich im Vorfeld des Tagebaus Hambach sind nahezu abgeschlossen. Diese jetzt, wo jeweils 20 Eigentümer noch nicht umgesiedelt sind, zu unterbrechen halten wir für völlig unverantwortlich, ganz unabhängig von der Prüffrage, was passiert mit dem Hambacher Forst. Das Unternehmen RWE hat in Richtung der Stadt Erkelenz klar die Aussage getätigt und handelt danach, dass die Gespräche mit den Umsiedlern weitergeführt werden. Die Umsiedler haben zum allergrößten Teil ein großes Interesse daran, zügig für sich Klarheit zu schaffen.

Zum Schluss würde ich gern noch auf die 9 GW Braunkohle nach 2030 eingehen. Es ist in der Tat so, dass die Unternehmen der deutschen Braunkohle nun auf die Gespräche mit der Bundesregierung warten. Hier werden die Ergebnisse, die die Kommission vorgelegt hat, zu verhandeln sein. Wir sehen hier im Rheinischen Revier sehr früh in sehr hohem Maße Außerbetriebnahmen von Braunkohlekapazitäten und sehen, dass nach 2030 etwa die Hälfte der 9 GW – das wären dann zusätzlich zu den drei genannten BoA-Blöcken auch zwei 600-MW-Blöcke – im Rheinischen Revier steht und sonstige Außerbetriebnahmen in den anderen deutschen Braunkohlerevieren stattfinden, wo dies dann auch kompatibel mit den dortigen Kohlevorräten wäre.

**Vorsitzender Georg Fortmeier:** Damit sind wir mit der ersten Antwortrunde durch. Uns bleiben noch knapp 20 Minuten bis zu dem vorgesehenen Ende um 13 Uhr. In der zweiten Fragerunde bitte ich um kurze, knappe Fragen und kurze, knappe Antworten. Um 13 Uhr werde ich wie verabredet diese Runde abbrechen. – Für die CDU-Fraktion hat Frau Dr. Peill das Wort.

**Dr. Patricia Peill (CDU):** Zum Themenbereich Arbeitsplätze und Investitionen. Meine Frage geht an Professor Gramm und Herrn Dr. Brinitzer. Ist das Rheinische Revier den Forderungen und Ansprüchen von potenziellen Investoren mit der notwendigen Umsetzungsgeschwindigkeit für den Strukturwandel gewachsen? Was braucht es noch an Gelingensbedingungen für Investitionen ins Revier?

Meine zweite Frage geht an Herrn Landrat Petrauschke, Herrn Professor Gramm und an ein Mitglied der Kommission, Herrn Kapferer oder Herrn Priggen. Die WSB-Kommission hat, wie wir gerade gehört haben, die Revisionsklauseln eingesetzt. Meine ganz konkrete Frage an die Mitglieder der Kommission ist: Wie ist dieses Instrument gedacht gewesen? Welche Jury soll es geben? Welche harten Monitoring-Faktoren meinen Sie?

Die Frage an Herrn Petrauschke und Herrn Professor Gramm: Was brauchen Sie aus kommunaler Sicht und aus der Sicht des Strukturwandels in diesen Revisionsklauseln, um einen gelingenden Strukturwandel hinzubekommen?

**Frank Sundermann (SPD):** Ich werde das, was ich jetzt fragen wollte, ein bisschen zusammenstreichen. Meine erste Frage geht an Herrn Westphal. Sie bezieht sich auf den Strukturwandel. Er hat in Dortmund schon einiges erlebt, was den Strukturwandel angeht. Meine Frage ist, ob er dort Beispiele sieht, die man auch auf das Rheinische Revier übertragen kann, und ob die Art und Weise, wie der Strukturwandel in dem Papier angelegt ist, aus seiner Sicht realistisch ist.

Die zweite, recht kurze Frage, die auch kurz beantwortet werden kann. Es wird aktuell im politischen Raum diskutiert, die Unternehmen, die davon profitieren, dass sie Kraftwerkskapazitäten vom Markt nehmen, mit einer Reinvestitionspflicht in der Region zu belegen. Diese Frage geht an RWE und an die IHK. Muss man das gesetzlich verankern oder ist es aus Ihrer Sicht sowieso selbstverständlich? Wie sehen Sie es, ist das möglich? Ist das Ihr Wille? Und vielleicht die Frage an die IHK: Wie sehen Sie die Notwendigkeit und wie wäre Ihre Erwartungshaltung?

**Ralph Bombis (FDP):** Auch ich beschränke mich etwas. Nachdem Herr Löllgen schon in der ersten Runde auf die Frage von Kollegen Sundermann antworten konnte, frage ich jetzt Frau Schönefeld, welche Chancen sie für das Rheinische Revier als Energie- und Industriestandort insbesondere mit Blick auf neue Arbeitsplätze sieht.

An Herrn Löllgen und Frau Schönefeld gemeinsam möchte ich die Frage richten, wo sie hier möglicherweise die Bundesregierung in der Pflicht sehen. Denn auch hier gibt es eine gemeinsame Anstrengung, denke ich.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Ich habe eine Frage; Herr Becker wird ebenfalls eine Frage stellen. Ich möchte meine Frage an Herrn Priggen richten. Da es auch Unternehmen gibt, die die stoffliche Nutzung und die Veredelung weiter vorantreiben wollen, wäre ich an Ihrer Bewertung interessiert, wie dies in Bezug auf die Umsiedlung zu sehen ist und wie darüber in der Kommission diskutiert worden ist.

**Horst Becker (GRÜNE):** Meine Frage geht an Professor Dr. Gramm. Vor dem Hintergrund seiner Ausführungen zur ZRR würde ich gern insbesondere wissen, wie er die Gebietskulisse der ZRR angesichts der europäischen Regularien einschätzt, also GRW-Mittel jetzt und in Zukunft nach dem Brexit sowie Absprachen mit der EU und Notifizierung in Bezug auf Bundesmittel. Ist diese Gebietskulisse dafür geeignet oder bedürfte es einer anderen?

**Christian Loose (AfD):** Eine kurze Frage an Frau Schönefeld. Es sind rund 30.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt von der Braunkohle abhängig. Jetzt sollen 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Anscheinend gibt es irgendwo einen Topf mit neuen Arbeitsplätzen. Den Strukturwandel gab es auch in Duisburg und Gelsenkirchen. Dort hat er meines Erachtens nicht so gut funktioniert. Warum schaffen wir es nicht, dort die 30.000 Arbeitsplätze zu schaffen, bevor wir andere Arbeitsplätze vernichten?

Dann noch eine Frage an Herrn Mock. Herr Kulik sprach davon, es gibt keinen europäischen Verbund beim Netz. Herr Brintzer sprach davon, dass wir für die Zukunft ein hartes Controlling brauchen. Sehen Sie es beim Netzausbau so, dass es bereits ein hartes Controlling gibt? Wäre es nicht an der Zeit, erst einmal den Zubau von Zufallsstrom zu unterlassen und zuverlässige Stromquellen nicht aus dem Markt zu nehmen?

**Vorsitzender Georg Fortmeier:** Jetzt wird es sportlich. Wir haben 13 Minuten für die Beantwortung aller Fragen.

**Hans-Jürgen Petrauschke, Landrat des Rhein-Kreises Neuss:** Zunächst einmal müssen die Strukturmittel für längere Zeit gesichert sein. Man kann nicht jedes Jahr neu überlegen, was passiert da?

Das Ziel muss es für meine Begriffe sein, dass am Schluss die Voraussetzungen für gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden und nicht irgendwelche Kleinigkeiten finanziert werden, schöne Konzerte und sonst was. Das Ziel muss es sein, neue, gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Beschleunigte Verfahren können auch dazu beitragen, dass in den betroffenen Regionen schnell neue Unternehmen hinzukommen.

Dass diese Checkpoints, die Revisionsklauseln da sind, ist erst einmal gut, ist wichtig. Es ist aber entscheidend, dass man sich, wenn die Voraussetzungen nicht gegeben sind, einig ist, noch einmal einzugreifen.

Zu den Voraussetzungen gehört nicht nur, dass die Energieversorgung gesichert ist. Auch die Preise müssen stimmen. Es müssen marktgerechte Preise für energieintensive Unternehmen gewährleistet werden. Da gibt es noch eine andere Kommission, die in Brüssel sitzt und die möglicherweise etwas dagegen hat, wenn für die energieintensiven Unternehmen der Strompreis in Deutschland reduziert wird. Das muss man im Hinterkopf haben, auch das gehört dazu.

Bei aller Liebe zu dem, was Dr. Matthes gesagt hat; ich bin nicht der Wissenschaftler, der er ist. Ich habe auch keinen Dokortitel. Aber ich habe meine großen Sorgen, ob es richtig sein kann, jetzt ganz schnell Gaskraftwerke zu bauen. Ich sehe die auch noch nicht gebaut bis dahin. Es sind im Übrigen auch Stromerzeugungskapazitäten

aufgrund von fossilen Energieträgern, die uns in zunehmendem Maße auch noch vom Ausland abhängig machen würden.

Ich sehe auch nicht, dass es ausreicht, dass man in der Summe genügend Strom hat, sondern er muss jederzeit verfügbar sein. Nachts hat man von der Solarenergie recht wenig. Die Speicherkapazitäten und der Netzausbau sind so noch nicht gegeben.

Als Landrat des Rhein-Kreises Neuss kann ich Ihnen nur sagen, der Netzausbau ist auch vor Ort nicht immer ganz so einfach durchzusetzen. In meinem Kreis habe ich zwei Kommunen, die sich über die Ansiedlung eines Konverters streiten. Sie streiten sich aber nicht darüber, weil sie ihn haben wollen, sondern weil sie ihn nicht haben wollen. Bei diesen Auseinandersetzungen wünsche ich noch viel Spaß.

**Dr. Lars Kulik, RWE Power Aktiengesellschaft:** Ich will auf die Frage von Herrn Sundermann kurz antworten. Wir haben noch gar keine Verhandlungen mit der Bundesregierung geführt. Es ist noch niemand auf uns zugekommen. In den Verhandlungen müssen wir sehen, dass das, was ich eben als angepassten Braunkohlefahrplan beschrieben habe, Konsens wird.

Das Vorziehen des Endes der Braunkohlenutzung wird dann auch zu Mehrkosten bei der Wiedernutzbarmachung, Wasserwirtschaft und dergleichen führen. Dafür müssen wir Entschädigungen verhandeln. Die kenne ich heute noch nicht. Wenn die Entschädigungen für diese Zusatzaufwendungen kommen, werden wir diese brauchen, um angepasste Konzepte zur Wiedernutzbarmachung, Herausnahme von Blöcken, Anpassungen in der Infrastruktur, aber auch im Personalbereich durchzuführen.

Ziel des Ganzen muss es aus unserer Sicht sein, wie ich eben beschrieben habe, dass wir dann ein stabiles, belastbares und von allen akzeptiertes Braunkohlesystem für zwei Jahrzehnte haben, auch für unsere Mitarbeiter. Dann werden wir natürlich auf diesem angepassten System weiterhin Geld in der Region investieren, so wie wir es bisher gemacht haben. So werden wir es auch in Zukunft machen.

**Prof. Dr. Michael Gramm, RWTH:** Bei der Frage nach den Flächen, die wir für den Strukturwandel brauchen, ist sicherlich die Kernfrage, ob diese Flächen überhaupt zur Verfügung stehen. Das muss man mit Blick auf das Rheinische Revier gegenwärtig weitestgehend verneinen, weil einfach die gesamte Flächensituation für die Kommunen extrem schwierig ist.

Wir brauchen qualifizierte Schlüsselflächen, um den Ansprüchen in Bezug auf die Arbeitsplätze gerecht zu werden. Es ist hier schon mehrfach angesprochen worden: Wir geben Arbeitsplätze auf, die hochqualifiziert sind. Wenn wir die ersetzen wollen, dann brauchen wir eine Infrastruktur in diesen Gewerbegebieten, die ebenfalls hochqualifiziert sein muss. Sie muss den gesamten Ansprüchen der Digitalisierung entsprechen. Wir brauchen an dieser Stelle auch erhebliche Investitionen. Das können Sie nur mit gewissen zentralen Schlüsselflächen machen. Wenn Sie das über die ganze Fläche zu verteilen versuchen, haben Sie überhaupt keine Chance. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist indiskutabel.



Das führt aber gleichzeitig auch dazu, dass man innerregional noch einmal entsprechende Differenzierungen braucht. Man muss sehen, was ist wo am besten machbar. Denn sonst bekommt man einen innerregionalen Kannibalismus. Das heißt, die gehen alle aufeinander los und jeder sagt, um Gottes Willen, das muss ich aber haben.

Heute spielt Borussia Dortmund bei Tottenham. Daher möchte ich an dieser Stelle auch einmal einen großen Borussen zitieren: „Entscheidend ist auf'm Platz.“ – Adi Preißler hat das Ende der 50er-Jahre gesagt. Das ist, glaube ich, auch das, wonach wir uns hier alle richten müssen. Auch der Begriff des Vertrauens ist schon einmal gefallen. Wir brauchen eine Entwicklung, die zügig dieses Vertrauen herstellt.

Herr Becker, Sie haben gerade die Frage nach dem Verhältnis zu Brüssel gestellt. Das ist eine ganz ungeklärte Frage. In dem Augenblick, wo wir in eine Beihilfediskussion kommen, die die Unternehmen betrifft, ist Brüssel in jedem Fall beteiligt. Bei dieser Beteiligung wird es darum gehen, ob wir schlüssig nachweisen können, dass eine Gefährdung besteht.

Je größer wir ein solches Gebiet machen, desto mehr verzweigen wir das Problem; lassen Sie mich das einmal ganz einfach ausdrücken. Sie sind selbst im Siegburger Raum von der Situation rund um die Umsetzung des Bonn-Berlin-Gesetzes betroffen gewesen. Da hat man das Gebiet bewusst sehr klein gehalten. Der Rhein-Sieg-Kreis war nicht einmal komplett drin, der Kreis Ahrweiler war nicht komplett drin.

Ich möchte ein bisschen davor warnen; Herr Westphal wird vielleicht gleich noch etwas dazu sagen. Wir haben im Moment ein Rheinisches Revier, das 5.200 km<sup>2</sup> groß ist. Es ist größer als der Regionalverband Ruhr mit 4.400 km<sup>2</sup>. Darüber sollte man vielleicht noch einmal nachdenken.

**Dr. Ron Brinitzer, IHK Mittlerer Niederrhein:** Ich möchte es in Anbetracht der Zeit kurz machen. Die Frage ist im Wesentlichen in die Zukunft gerichtet: Wie können wir den Strukturwandel bestmöglich beflügeln?

Dazu ist vieles in dem Bericht der Kommission angelegt. Insofern ist das alles vom Ansatz her ganz gut gelungen, glaube ich. Wir dürfen allerdings jetzt einen Fehler nicht begehen: Ich glaube, wir sollten nicht anfangen, schon gar nicht in den Parlamenten, einzelwirtschaftliche Maßnahmen zu befördern. Es gilt, die Rahmenbedingungen richtig zu setzen. Das ist nach unserem Dafürhalten das entscheidende Kriterium

Das betrifft einmal die Energiewirtschaft selbst als unmittelbar betroffene Branche. Es ist schon angesprochen worden, wir müssen uns endlich der Diskussion stellen, wie wir die ganze Abgaben- und Umlagenlast in einem System reduzieren, das zunehmend auf Fixkosten und nicht auf variable Kosten abstellt. Dann kann das eine Chance für die Energiewirtschaft und insbesondere für die nachgeordnete Wirtschaft bedeuten. Wir haben dazu auch schon verschiedentlich Vorschläge gemacht.

Das betrifft aber auch – ich glaube, das ist das, was Sie, Frau Peill, im Blick hatten – über die Energiewirtschaft hinaus Investitionen in den Branchen, die Zukunftsbranchen sind. Wie bekommen wir die hierher? Meine Güte, ja, die Infrastruktur muss intakt sein. Wenn ich mir die Verkehrslage und die Staus hier anschau, dann weiß ich, da ist noch vieles im Argen.

Ich glaube, bei Planungsverfahren können wir sehr viel verbessern. Wenn jemand investieren will, ist das am Ende ein Kriterium. Wir müssen die entsprechende Hochschullandschaft heranziehen und wir müssen natürlich – das ist auch schon angesprochen worden – Flächen bereitstellen können. – Das in aller Kürze. Ich glaube, erst wenn das stimmt, kann man über einzelwirtschaftliche Maßnahmen unterhalb dieser Rahmenbedingungen nachdenken. Ich meine, dort ist der Ansatz, den man wählen sollte.

Vielleicht ein kleines Beispiel aus meinem Bereich zum Abschluss. Wenn die Realisierung einer Autobahnausfahrt 30 Jahre dauert – Herr Petruschke weiß, wovon ich rede –, meine Güte, dann kann man nicht erwarten, dass ein Strukturwandel bis 2020, 2030 hier greift.

**Thomas Westphal, Wirtschaftsförderung Dortmund:** Ich versuche die Fragen in aller Kürze zu beantworten, wie man 50 Jahre Strukturwandel in der Erfahrung zusammenfassen soll. Das hat der Kollege aus Aachen/Jülich schon gemacht: Entscheidend ist auf'm Platz. Wenn das schon von Ihnen zitiert wird, ist alles gesagt.

Etwas mehr will ich aber schon dazu sagen. In der Tat, wir haben es in dieser Zeit geschafft, 100.000 Arbeitsplätze, die wir über die Zeit verloren haben, wieder wettzumachen. Wir haben heute ein Beschäftigungsniveau, das höher liegt als 1973. Das ist die letzte Zahl, mit der wir einen Vergleich ziehen. Das heißt also, es kann gelingen. Aber wer hier im Raum glaubt, dass das ein klinisch reiner Prozess sein wird, wie er jetzt auf dem Papier steht, der irrt sich. Wahrscheinlich wissen Sie, dass es so nicht sein wird.

Ich will vier Dinge sagen, die aus unserer Sicht relevant sind und die man beachten muss, wenn man den Strukturwandel durchführt.

Der erste Punkt ist: Ich sage immer, endogene Potenziale statt Modecluster. Schauen Sie, was in der Region schon vorhanden ist. Verstehen Sie die regionalwirtschaftlichen Verflechtungen. Bauen Sie es daraus und erliegen Sie nicht der Versuchung, etwas, was man sich irgendwo anders ausgedacht hat, dorthin zu pflanzen. Es wird nicht funktionieren. Es muss aus der Mitte heraus kommen. Wir in Dortmund haben alle Punkte, die wir heute gut machen, bereits gehabt: Softwareentwicklung, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsinstitute waren da. Um die herum konnten wir es aufbauen.

Der zweite wichtige Punkt betrifft sicherlich die Landesregierung und die Bundesregierung, wenn wir über Wachstumskerne reden, wirklich an Wachstumskerne zu denken und nicht an Hoffnungskörnchen. Es geht darum, nicht wieder alles zu verstreuen, sondern den Mut zu haben und die Strukturen so zu schaffen, dass wirklich etwas größeres Zusammenhängendes entstehen kann. Wenn wir sehen, welche Regionen die RWP-Mittel schon jetzt gut verarbeiten, dann ist das zum Beispiel die Region Aachen, dann ist es die Region Dortmund. Dort kann man auch Kooperationen starten, aber sie müssen großflächig funktionieren und nicht überall ein bisschen.

Drittens. Von der staatlichen Seite her sagen wir immer, wir brauchen Pioniere statt Buchhalter. Die Dortmunder Kommunalpolitik hat sich früh entschieden, selbst in die

Investitionen zu gehen. Wir haben kommunale Investitionen vorgenommen, etwa in unseren Technologiepark. Wir haben 1985 mit 4.000 m<sup>2</sup> angefangen; heute haben wir 100 ha Technologiepark, Europas größten Technologiepark. Das musste man damals durchboxen, weil viele meinten, das sei Spielkram gegenüber dem, was vorher bestand. Das alles wird auch hier diskutiert werden; darin bin ich mir ziemlich sicher. Aber da muss der Staat vorangehen.

Zu dem vierten Punkt wird Frau Schönefeld gleich noch mehr sagen; ich mache es nur ganz kurz: ganzheitlich statt einseitig. Wir haben natürlich auch gesehen, wir haben in diesem Prozess einfache Arbeitsplätze, die es in der Industrie gab, verloren. Heute haben wir damit zu tun, deren Kinder und Kindeskindern in den Arbeitsprozess hinein-zubekommen. Das kann nur gelingen, wenn man von Anfang an daran denkt, dass es Menschen geben wird, die keinen akademischen Arbeitsplatz haben werden. Die muss man hierbei auch berücksichtigen. – Das war es schon.

**Thomas Mock, Hydro Aluminium Deutschland GmbH:** Vor fünf Jahren gab es noch keine Redispatch-Kosten, heute liegen sie bei etwa 1 Milliarde €, in fünf Jahren sollen sie auf 4 Milliarden € steigen. Das ist eine Folge der Netzsituation. Dementsprechend muss man als Unternehmen Sorge haben, was die Versorgungssicherheit angeht.

Wir haben inzwischen eine eigene Netzfrequenzmessanlage auf unserem Gelände installiert und sehen deshalb selbst, was im Netz los ist. Das beunruhigt uns schlicht und einfach. Deshalb wissen wir, worüber wir reden.

Vor diesem Hintergrund sehen wir, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Ausbau der Netze nach wie vor nicht koordiniert sind. Das beunruhigt uns ebenfalls. Eigentlich müsste man – mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein; Herr Kapferer kennt das sehr gut – die Netze haben, bevor man die erneuerbaren Energien ausbaut, bzw. eine stärkere Koordinierung. Das fordern wir seit langem. Mit dieser Forderung stehen wir nicht allein. Wenn eine Versorgungssicherheit erreicht werden soll, muss eine stärkere Koordinierung stattfinden. Das bemängeln wir, und das ist das, was uns umtreibt.

**Frank Löllgen, IG BCE, Landesbezirk Nordrhein:** Zu der Frage, was die Bundesregierung tun muss. Ich glaube, einerseits muss sie die Gesetze schaffen, die regierungsunabhängig erforderlich sind und die die sozialpolitischen Rahmenbedingungen entsprechend flankieren. Da brauchen wir einiges, was auf den Weg gebracht werden muss.

Dann müssen Staatsverträge mit den Unternehmen gemacht werden, damit diese Fragen auch nicht durch einen Regierungswechsel über die lange Zeit hinweg infrage gestellt werden können.

Was sie auf alle Fälle tun muss, ist eine Förderkulisse zu schaffen, die am Ende auch europarechtlich Bestand hat. Das heißt, dass wir dann die Möglichkeit haben zu subventionieren, wenn wir sagen, es ist für die Region dringend notwendig.

**Christiane Schönefeld, Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen:** Wie ist das Rheinische Revier gerüstet? Wir haben in der Kommission darauf gedrungen, dass es Pläne für die einzelnen Reviere gibt, damit man etwas hat, worauf man zuarbeiten kann. Diese Pläne können nur aus dem Revier kommen. Ich glaube, es liegt ein guter Plan für das Rheinische Revier vor. Das war auch unser aller Eindruck.

Was wir hier in der Region brauchen, ist die Planungssicherheit dafür, diesen Plan umsetzen zu können. Wir brauchen aber auch die Struktur dafür. Die ist in Teilen vorhanden, aber sie ist noch nicht ausreichend vorhanden. Wir brauchen sie ganz schnell, weil wir uns nur dann im Rheinischen Revier, wo wir mit dem vorfristigen Kohleausstieg anfangen, die Gedanken über die neuen Arbeitsplätze machen können; diese kommen eben nicht von der Stange. Das ist völlig richtig. Wir brauchen aber auch nicht 30.000 Arbeitsplätze auf einen Schlag. Wir brauchen ein Ziel, wir brauchen Ideen. Die liegen vor, die sind gut.

Wir brauchen dann auch die Beschäftigten, die auf diesen Arbeitsplätzen arbeiten können. Denn was nützt uns in der Folge der Arbeitsplatz, wenn wir die entsprechend qualifizierten Bewerber nicht haben? Es ist ein Gemeinschaftswerk vieler Akteure. Ich glaube, in dieser gemeinschaftlichen Herangehensweise – darin haben wir Erfahrung in Nordrhein-Westfalen – kann das gelingen.

**Reiner Priggen, Landesverband Erneuerbare Energien e. V.:** Zu der Revisionsklausel. Die Überprüfungszeitpunkte sind einfach vernünftig, aber in alle Richtungen. Ich will das ganz klar sagen. Wenn das Ausbauziel für die erneuerbaren Energien nicht erreicht wird, muss man gucken, wie man die CO<sub>2</sub>-Reduktion hinbekommt und ob man mehr abschalten muss. Da beißt nun die Maus keinen Faden ab.

Wenn wir eine gewisse Sicherheit haben wollen wie beim Steinkohleausstieg, müssen wir in alle Richtungen fair sein und uns daran halten. Eine Nummer, bei der man sagt, wir bekommen 15 Milliarden € Strukturmittel und dann verlangen wir bei Windkraftanlagen 1.500 m Abstand und gucken, wo die erneuerbaren Energien bleiben, wird nicht laufen. Dann haben Sie auf dieser Seite keine Ruhe. Sie bekommen keine Verlässlichkeit hin, sondern Sie perpetuieren den Konflikt. Deshalb muss man sehen – unabhängig von der fachlichen Frage, dass es vernünftig ist, immer wieder zu schauen, wie weit sind wir in Europa, wie weit sind wir in der Versorgungssicherheit –, dass man diesen ausgewogenen Kompromiss in alle Richtungen umsetzt.

Zur stofflichen Verwertung. Wir hatten in der Anhörung jemanden, der uns auf die Frage, wann stoffliche Nutzung wirtschaftlich ist, gesagt hat: Wenn der Ölpreis fünfmal so hoch ist wie heute. Damit war der seriöse Teil bei diesem Punkt erledigt. Ich kann nur sagen, auch beim Steinkohleausstieg hat es immer wieder Versuche gegeben, das System zu verlängern. Bis auf Romonta in Mitteldeutschland kenne ich keinen Bereich, wo das wirtschaftlich ist. Das heißt, nach vorn hat es keine Relevanz.

Der letzte Satz. Für mich war die erschreckendste Nachricht heute, dass Herr Kulik gesagt hat, mit ihnen hat von der Bundesregierung noch niemand geredet. Früher, als es hier noch eine SPD-Regierung gab, hätte sie permanent den Austausch mit dem

Unternehmen gehabt. Ich hätte erwartet, dass Landes- und Bundesregierung, während wir acht Monate in der Kommission sitzen, mit dem Unternehmen reden. Das, was wir diskutieren, fällt doch nicht vom Himmel.

Jetzt zu hören, dass noch niemand mit dem Unternehmen geredet hat, während gleichzeitig die Prozesse intensiv bearbeitet werden müssen, ist eine enttäuschende Bilanz. Meine Bitte aus dem ersten Beitrag an die Landesregierung geht daher auch dahin, sich dabei genauso intensiv einzuschalten wie bei den Strukturfördermitteln, weil es nur als Paket vernünftig läuft. Man kriegt doch sonst keine Sicherheit hin. Deshalb war das für mich heute die erschreckendste Nachricht.

**Stefan Kapferer, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., BDEW:** Frau Dr. Peill hatte gefragt, wie sich die Kommission das Controlling und Monitoring vorstellt. Ich ergreife die Gelegenheit – Herr Priggen hat schon etwas dazu gesagt –, noch einmal sehr eindrücklich darauf hinzuweisen, dass die Kommission in der üblichen Situation einer Kommission ist. Wir geben einen Komplettbericht ab. Dieser muss aber von den Parlamenten und von den Regierungen umgesetzt werden. Wir haben das dann nicht mehr in der Hand.

Wir haben versucht, in Kapitel 6 konkrete Maßstäbe zu definieren, nach Möglichkeit auch quantitativ zu fassen, damit sie überprüfbar sind, und nicht nur Zielvorgaben zu machen. Wir haben die Bundesregierung in dem Bericht aufgefordert, regelmäßig Fortschrittsberichte vorzulegen, gerade zu den Revisionsdaten. Es heißt dort, diese Fortschrittsberichte sind von Bundestag und Bundesrat zu beraten. Es bleibt also auch dann eine Aufgabe der Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen und auch des Landesparlaments, sehr konkret zu schauen, ob man bei der Erfüllung der Kriterien vorankommt oder nicht, und gegebenenfalls, wie wir das empfehlen, in den einzelnen Punkten nachzusteuern.

**Vorsitzender Georg Fortmeier:** Meine Damen und Herren, ich wandle einmal dieses Fußballerzitat von eben um: Entscheidend ist auf'm Platz. Das ist richtig. Entscheidend ist, was heute im Plenarsaal stattfindet. Dabei kommt dem Spielleiter eine ganz entscheidende Rolle zu. Er pfeift jetzt zur Halbzeitpause. Ich danke Ihnen, verehrte Sachverständige, für Ihre Beratung. – Ich unterbreche jetzt die Anhörung und werde um 13:45 Uhr wieder anpfeifen.

(Unterbrechung von 13:10 Uhr bis 13:45 Uhr)

Wir beginnen mit

## **Block II – Strategische Ausrichtung eines gelingenden Strukturwandels**

### **Teil 2 - Raum und Infrastruktur, Innovation, Bildung, Ressourcen, digitale Wirtschaft, Infrastruktur, Flächenverfügbarkeit, Förderkulisse, Planungs- und Genehmigungsprozesse**

Als erste Fragestellerin hat für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Plonsker das Wort.

**Romina Plonsker (CDU):** Nur eine Bemerkung am Rande, weil Herr Priggen vorhin noch einmal den Hut als Fraktionsvorsitzender der Grünen auf hatte: Natürlich hat die Landesregierung einen intensiven Austausch mit dem Unternehmen. Das möchte ich meiner Frage voranstellen.

Ich habe eine Frage an Herrn Lühr von Prognos und an Herrn Dr. Molitor. Wir reden hier über die Rahmenbedingungen für den Strukturwandel. Deshalb interessiert mich, welche Rahmenbedingungen Sie als essenziell für einen gelingenden Strukturwandel ansehen bzw. wie sehen Sie das Rheinische Revier in den entscheidenden Zukunftsfeldern Infrastruktur, Bildung und Arbeitsplätze aufgestellt?

Meine zweite Frage richtet sich an Landrat Kreuzberg und an Herrn Dr. Molitor: Welche Rolle sehen Sie im Zusammenspiel von Landesplanung, Regionalplanung und kommunalen Flächenplanungen bei der Zurverfügungstellung von Flächen für Erweiterungs- und Neuinvestitionen. Wie greifen diese Instrumente ineinander und wo müssen wir etwas tun?

**Stefan Kämmerling (SPD):** Ich habe in der ersten Runde zwei Fragen. Meine erste Frage richte ich an Herrn Herpel von der Stadt Grevenbroich. Unter der Überschrift Strukturwandel würde ich Sie sehr herzlich darum bitten, noch einmal das abzugrenzen, was die ZRR tut und wie hier in Zukunft eine Beteiligung der Kommunen besser organisiert werden kann. Wo sehen Sie insoweit Lösungsansätze?

Meine zweite Frage richte ich an Herrn Bröker von der indeland GmbH, aber auch an Herrn Schwister von der Stadt Kerpen. In der Diskussion ist aktuell ein Sofortprogramm für Projekte in der Region. 150 Millionen € sind in der Diskussion. An beide Herren möchte ich die Frage richten: Welche konkreten Projekte in der Region können Sie uns nennen, die Sie im Rahmen dieses Sofortprogramms als unterstützenswert und sinnvoll ansehen?

**Ralph Bombis (FDP):** Meine erste Frage richte ich an Landrat Kreuzberg und an Herrn Sterck. Im Nachgang zu der Frage der Kollegin Plonsker möchte ich fragen, wie Ihres Erachtens eine Sonderwirtschaftszone ausgestaltet werden müsste und was eine Sonderwirtschaftszone umfassen müsste.

An Herrn Professor Lauster und an Herrn Lühr möchte ich die Frage stellen, welche Potenziale im Bereich von Innovation, Technologie, Energie und Industrie Ihres Erachtens im Rheinischen Revier insbesondere gegeben sind und wie diese aus Ihrer Sicht besonders effizient gehoben werden könnten.

**Horst Becker (GRÜNE):** Ich habe eine Frage an Herrn Landrat Kreuzberg. Ausgeführt wird an verschiedenen Stellen, auch in Ihrer Stellungnahme, dass es ein Flächenproblem für neue Gewerbegebiete gibt. Ich hätte gern von Ihnen gewusst, ob Sie sich vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Bonn-Berlin-Prozess nicht vorstellen können, dass die Region erstens ein regional abgestimmtes Gewerbeflächenkonzept braucht, speziell auf diesen Strukturwandel bezogen, und zweitens einen Flächenpool benötigt, weil ich das Problem sehe, dass RWE, das viele Flächen hat, auch an einer

eigenen Vermarktung interessiert ist, dieses Interesse aber nicht unbedingt mit den Bedürfnissen eines Strukturwandels aus kommunaler und regionaler Sicht übereinstimmen muss.

Die nächste Frage geht an Herrn Dr. Molitor. Vor dem Hintergrund, dass wir eine sehr umfangreiche Liste, die ich inhaltlich gar nicht bewerten will, vom ZRR erhalten haben, aber nur eine limitierte Zusage des Bundes im Hinblick auf Strukturmittel gegeben worden ist, sind Sie nicht auch der Auffassung, dass bei den Maßnahmen Prioritäten gebildet werden müssten? Welche Prioritäten sind das aus Ihrer Sicht?

Des Weiteren möchte ich Ihnen die Frage stellen, die ich heute Morgen schon Herrn Professor Gramm gestellt habe: Ist es nicht so, dass die Gebietskulisse, wie wir sie jetzt haben, faktisch nicht geeignet ist, um eine Förderung bei der EU notifizieren zu lassen und zum anderen überhaupt eine EU-Förderung zu erhalten? Die GRW-Förderung möchte ich in diesem Zusammenhang namentlich nennen.

**Christian Loose (AfD):** Meine erste Frage richtet sich an Herrn Herpel von der Stadt Grevenbroich. Sie schreiben: In Grevenbroich, Neurath und Bergheim-Niederaußem können in der Spitze bis zu 3.500 Arbeitsplätze wegfallen. – Natürlich sind auch andere Arbeitsplätze hinzuzurechnen. Jetzt soll es entsprechende Fördermaßnahmen geben.

Besteht nicht die Befürchtung, dass genau das Gleiche passiert, was damals bei der Förderung der neuen Bundesländer passiert ist, als zum Beispiel Firmen aus dem Westen nach Ostdeutschland gegangen sind? Ein anderes Beispiel aus Ihrer Nähe: Die Stadt Monheim hat im Grunde ein eigenes Förderprogramm aufgelegt, indem sie die Steuern massiv gesenkt hat. Befürchten Sie nicht, dass nicht neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern dass die Gefahr besteht, dass Sie mit Ihren Fördergeldern lediglich Unternehmen aus Nachbarregionen abziehen? Das heißt, erwarten Sie wirklich neue Arbeitsplätze, die in Deutschland geschaffen werden, oder befürchten Sie den Abzug von Arbeitsplätzen aus den Nachbarregionen und letztendlich eine Kannibalisierung?

Die zweite Frage an Herrn Schwister von der Stadt Kerpen. Sie schreiben, Sie wollen die erste Speicherstadt des Rheinischen Reviers werden. Wir haben eine Anfrage bei der Landesregierung gestellt, wie viel Speicherkapazität wir für eine Woche Dunkelflaute brauchen. Darauf wurden 1.154 genannt. Trianel hat in Höxter das Pumpspeicherkraftwerk gerade aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben. Wie, glauben Sie, kann das bei Ihnen umgesetzt werden und wird das Projekt in irgendeiner Weise jemals wirtschaftlich sein?

**Jens Bröker, Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH:** Die Frage nach dem Sofortprogramm und den Prioritäten ist gestellt worden. Ich schicke vorweg, dass ich aus der Perspektive einer Teilrauminitiative natürlich befangen bin, weil wir einen Teilraum betrachten. Ich kann Ihnen mit dem Brainergy Park in Jülich und der Autoteststrecke in Aldenhoven schon zwei prominente Projekte nennen, die einen erheblichen Teil dieser 150 Millionen Euro, von denen die Rede ist, brauchen.

Ich will aber deutlich machen, dass im Hinblick auf die Frage des Umgangs mit den Geldern, die im Sofortprogramm und darüber hinaus zur Verfügung stehen, eine Folgenabschätzung unter dem Gesichtspunkt der Strukturwandelrelevanz dieser Projekte wichtig ist. Ich glaube sagen zu können, das gilt für die beiden genannten Projekte, das gilt aber auch für weitere Projekte. Insofern ist im Zusammenhang mit der Frage, wofür das Geld ausgegeben wird, auch die jeweilige Zeitperspektive zu sehen.

Wie der Name sagt, gilt das Sofortprogramm als Ad-hoc-Maßnahme. Dabei geht es darum, sehr kurzfristig darüber zu entscheiden, in welchen Prioritäten man investiert. Aber wir haben einen Prozess vor uns, der Jahrzehnte dauern wird und der auch in dieser Langfristigkeit organisiert werden muss. Weil ich Professor Hoffschmidt sehe, will ich das DLR und die Speichertechnologieaktivitäten am Standort Jülich nicht verschweigen.

Ich will deutlich machen, es gibt eine ganze Reihe prominenter Projekte. Sie sind alle wichtig und sind jetzt noch einmal abzuschichten in ihren jeweiligen Prioritäten. Ich bin sicher, hätten Sie den Vertreter einer anderen Teilrauminitiative gefragt, hätte er Ihnen andere Projekte genannt, die möglicherweise eine ähnliche Relevanz besitzen.

**Dr. Reimar Molitor, Region Köln/Bonn e. V.:** Zu der Frage der erfolgreichen Rahmenbedingungen. Ich denke, wir müssen unterscheiden zwischen dem Zeitraum, in dem wir uns jetzt für die nächsten zwei, drei Jahre befinden; dann kommt eine Phase von noch einmal fünf Jahren und dann folgen zweimal 10 Jahre. Ich meine, dass diese Aufteilung in Etappen wichtig ist, um die Frage zu beantworten.

Für den ersten Zeitraum wird es darum gehen, strukturwandelrelevante Projekte auf den Weg zu bringen, damit die Leute im Raum auch an den Strukturwandel glauben. Das korreliert mit der Frage der Priorisierung. Wir brauchen keine Trittbrettfahrer bei den Projekten, sondern wir müssen bei den Kriterien sehr deutlich auf den Nutzen für den echten Strukturwandel in diesem Raum achten. Das ist, glaube ich, sehr wichtig.

Das Zweite ist: Um die Summe aller Projekte bei beschränkten Mitteln in eine gute Zukunft zu lenken, egal wie viele Milliarden es sind, in der Relation zu der Aufgabe, die vor uns liegt, ist es nicht viel Geld; denn es ist die größte Transformationsbaustelle in Europa, die wir in Nordrhein-Westfalen vor uns haben. Wenn wir über Infrastrukturinvestitionen reden, reden wir immer über 1 Milliarde Euro. Insofern müssen wir genau schauen, welche Strukturen einer mittelfristigen Entwicklungsfähigkeit dieses Raumes dienen. Das Geld muss also gut umgedreht werden, bevor es investiert wird. Neben den Starterprojekten brauchen wir vorbereitende Infrastrukturprojekte. Dementsprechend ist das ganz wichtig.

Zu der Flächendisposition als weiterer Rahmenbedingung. Wir müssen die Entwicklung mit dem Unternehmen RWE zusammen betreiben. RWE Power ist der größte Flächenvorhalter und -entwickler. Deswegen wird es jetzt ganz entscheidend darauf ankommen, die Stadt- und Regionalentwicklung auch in Bezug auf die Flächendisposition mit dem Unternehmen gemeinsam zu ordnen. Das ist eher eine Sache für die Phase nach den ersten drei Jahren, damit wir in eine Mittelfristigkeit und eine Planungssituation kommen.



Dazu kommt eine sehr wichtige Voraussetzung. Wir glauben aus unseren Erfahrungen, dass wir ohne ein räumliches Zielbild, ein ambitioniertes Zielbild keine gute Zukunft hinkriegen. Das haben wir noch nicht. Wir müssen uns bei aller Hektik, in der wir uns befinden, die Zeit nehmen, dieses Zielbild zu formulieren, ein Zielbild für den Zeitraum 2045, 2050, das deutlich macht, wie dieser Raum einmal aussehen kann.

Er hat große Chancen, er ist anders als die Lausitz in diese Wachstumskerne Aachen, Köln, Bonn, Düsseldorf eingebunden, er liegt europäisch sehr gut. Aber wenn wir das Geld nicht dahin lenken, auch das private Geld, dann wird es sehr schwierig werden. Deswegen sehe ich dieses Geld, diese erste Tranche als eine Art Startertranche, die hebeln muss. Wir müssen dieses Geld klug nutzen, um diese Hebelwirkung zu erreichen. Aber ohne ein Raumbild für diesen Raum wird das nicht gelingen. Die Menschen müssen an ein Bild glauben, hinter dem eine Ambition steht, sodass wir sagen können, das wird ein wirklich guter Raum.

Diese Voraussetzung haben wir sonst in Nordrhein-Westfalen nicht. Wir können nicht auf einer so großen Fläche Neues tun. Es ist kein Geheimnis, dass wir diesem Raum einen Zuwachs von mehr als 100.000 Einwohnern zutrauen. Denn das löst zum Teil auch die Probleme der Wachstumsdynamik und die Wachstumsschmerzen auf der Rheinschiene und im Großraum Aachen auf. Das lindert auch die Knappheit an Gewerbegebieten, die wir insbesondere im GI-Bereich haben. Das bringt dann auch die Arbeitsplätze.

Zum Thema Regionalplanung und Landesplanung. Reichen die Instrumente, die wir haben, dafür aus? – Ein klares Nein. Das, was wir im Augenblick an Planungsinstrumentarium haben, reicht dafür nicht aus, insbesondere was die Kapazitäten angeht, die dafür notwendig sind. Insbesondere bei den Bezirksregierungen brauchen wir, um schneller zu werden, eigene Kapazitäten, um diese Entwicklung zu ermöglichen.

Deswegen ist jede Frage der Beschleunigung auch eine Frage der Organisation. Hier müssen wir eine Balance finden zwischen dem Bemühen, nicht neue Bürokratiemonster zu schaffen – das will keiner –, und dem Ziel, eine sehr effektive personelle Ausstattung zu gewährleisten.

Als Rahmenbedingung – das ist jetzt der letzte Punkt – brauchen wir auch eine justierte Kommunikation und Zusammenarbeit. Dieser Strukturwandel wird nur gelingen, wenn wir uns nicht bei der Frage aufhalten, macht der es oder macht die es, wer ist dafür zuständig, sondern wenn es ein Netzwerk von Akteuren gibt, die diesen Strukturwandel gemeinsam produzieren.

Das Nächste ist die Frage nach der Gebietskulisse. Unter diesen Aspekten, glaube ich, müssen wir größer/gleich auf den Kernraum des Umfelds der Tagebaue schauen, weil dynamikgebende Faktoren von außen kommen. Für die Frage der reinen Förderung und für die Frage der Ablastung der Förderprojekte sehe ich auch, dass die Betroffenheitsdimension im Mittelpunkt der Frage der Fördermittelvergabe oder auch der Zuwendungen stehen muss, übrigens auch des privaten Geldes, das wir lenken. Das ist eine Betroffenheitsfrage, die politisch zu bewerten ist. Denn ansonsten glauben die Leute nicht an den Strukturwandel. Wir können keine Drittprojekte fördern, die irgendwo anders wirken. Gerade die ersten Projekte müssen direkt vor Ort wirken.

**Michael Kreuzberg, Landrat des Rhein-Erft-Kreises:** Der Strukturwandel löst selbstverständlich einen Sonderbedarf nach zusätzlichen Flächen aus, der in den aktuellen Vorgaben der Landes- und Regionalplanung noch nicht ausreichend dargestellt wird. Ganz klar, ohne zusätzliche Flächen keine Entwicklung.

Für die Neuansiedlung von Unternehmen und die Schaffung qualitativ hochwertiger neuer Arbeitsplätze ist es unabdingbar, dass den Kommunen ausreichend Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung gestellt werden können und zur Verfügung stehen. Hierzu kann natürlich auch RWE als größter privater Grundbesitzer der Region einen bedeutenden Beitrag leisten. Die betroffenen Kommunen können sich durch ein Vorkaufsrecht die von RWE nicht mehr benötigten Flächen zu den marktüblichen Preisen sichern und darauf eine Weiterentwicklung ermöglichen. Hierzu sind gesetzliche Grundlagen zu schaffen.

Ich halte nichts davon – um eine weitere Frage zu beantworten –, mit staatlichen Mitteln Gewerbeflächenpools und Ähnliches zu oktroyieren. Wir haben im Rhein-Erft-Kreis selbst die Fläche: terra nova, wo sich drei Kommunen, nämlich Bergheim, Bedburg und Elsdorf, darauf geeinigt haben, diese gemeinsam zu erschließen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten, die es bei solchen Modellen natürlich gibt, wird es in diesem Jahr spruchreif werden, dass dort die ersten Dinge sichtbar werden können.

Auch die derzeit anstehende Neuaufstellung des Regionalplans im Regierungsbezirk Köln kann nicht ausreichen, da Flächen wegen der bald einsetzenden Arbeitsplatzverluste möglicherweise schon früher zur Verfügung stehen müssen. Der Strukturwandel kann nicht bis zum Jahr 2024/2025 warten. Deshalb muss die Bezirksregierung unbedingt Änderungen des bestehenden Regionalplans ermöglichen.

Eine entsprechende Abfrage vordringlicher kommunaler Flächenbedarfe für neue Gewerbe- und Siedlungsflächen vor Neuaufstellung des Regionalplans wurde vom Rhein-Erft-Kreis bereits gestartet. Es war mir sehr wichtig, dass wir auf der Höhe der Zeit sind und wissen, was auf uns zukommt.

Ohne zusätzliches Personal bei dem entsprechenden Dezernat bei der Bezirksregierung wird dies vermutlich auch nicht gelingen. Dasselbe gilt für die betroffenen Kommunen. Eine Personalverstärkung muss allen Kommunen, auch denen, die im HSK sind, finanziell ermöglicht werden. Das ist im Bericht der Kommission eigens enthalten und angesprochen worden. Die Folge wäre ansonsten, dass Fördergelder, die zur Verfügung stehen, nicht abgerufen und strukturwirksame Projekte nicht durchgeführt werden können.

Grundsätzlich sehe ich aber das Rheinische Revier, wie gerade schon gehört, als gut aufgestellt an. Das zeigt auch die Vielfalt an Projekten, die aus dem Bericht zu ersehen sind. Wir dürfen nur nicht fahrlässig mit dieser Jahrhundertchance umgehen.

Ein Szenario, welches nicht eintreten darf, ist natürlich, dass der Strukturwandel wegen fehlender Infrastruktur – auch das haben wir schon gehört – verzögert oder gar negativ beeinflusst wird. Deshalb ist ein Sonderverkehrswegeplan unbedingt notwendig.

Die Planungs- und Genehmigungsverfahren für die zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen müssen aber deutlich beschleunigt werden. Hier sehe ich das Land in der Pflicht, einen entsprechenden Rahmen zu schaffen, der ein Sonderplanungsrecht beinhaltet. Insoweit bin ich ganz einig mit dem Fragesteller.

Für die Kommunen wäre es darüber hinaus wichtig, dass sie von unnötiger und nicht gerechtfertigter Bürokratie entlastet werden, um Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen.

Existenziell ist auch die Befreiung von Kofinanzierungsanteilen bei der Förderung von Projekten. Auch das ist explizit in den Bericht der Kommission aufgenommen worden.

Zu der Frage nach regional abgestimmten Gewerbekonzepten: Ich sage mal so, als ehemaliger Bürgermeister verstehe ich natürlich die Situation von Bürgermeistern und Räten, die gern das behalten wollen, was sie noch als kleine kommunale Hoheit haben, nämlich das Planungsrecht. Von daher wäre ich kein Freund davon, das kommunale Planungsrecht in irgendeiner Art und Weise durch übergeordnete Instanzen zu ersetzen.

Ich habe eben schon aufgezeigt, dass es durchaus Beispiele gibt – dahin wird man sicherlich auch vermehrt kommen –, in denen Kommunen auf freiwilliger Ebene zusammenarbeiten, sodass eine Stärkung kommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Darüber wird viel gesprochen. Das sind alles Ziele, die wir zum größten Teil politisch übereinstimmend haben, die dann aber in der Praxis oftmals kleinmütig scheitern. Nur, jetzt ist der Druck auf das Revier so groß – vor allen Dingen auch vor dem Hintergrund der Förderkulisse, die abgerufen werden kann –, dass sich Kommunen unbedingt überlegen sollten, mit wem sie was am besten verwirklichen können.

Da ist die Zukunftsagentur Rheinisches Revier natürlich auch der richtige Ansprechpartner. Wir haben einen operationellen Arbeitskreis, der die Projektwünsche aufgreift, feststellt und dann auch in einer bisher internen Diskussion verteilt. Das ist eine gute kommunale Zusammenarbeit, bei der die Eigenständigkeit der Kommunen nicht in Gefahr ist, aber dennoch die Schritte nach vorn ganz klar gegangen werden können. – Ich glaube, das waren die an mich gerichteten Fragen.

**Oliver Lühr, Prognos AG:** Letztlich kann ich mich vielem anschließen, was gerade gesagt worden ist. Ich bin dabei, zusammen mit Herrn Bröker einen Fachbeitrag für die Regionalplanung zu schreiben. Hierbei geht es darum, dass wir an den Punkten, wo die Region Flächen braucht, die Entwicklung ermöglichen. Wir müssen Flexibilität in verschiedenen Richtungen denken. Wir können gar nicht sagen, dass wir heute fünf Hektar hier und morgen fünf Hektar dort benötigen. Der Strukturwandelprozess ist ein Prozess von 30 Jahren. In dieser Zeit wird noch sehr viel Wasser den Rhein hinunterfließen. Wir müssen Rahmenbedingungen setzen, durch die wir Flexibilität gewinnen.

Das ist ein Modellraum, den wir in Europa in dieser Form noch nie hatten, dass wir einen Strukturwandelprozess so begleiten können und dabei politisch unterstützt werden. Es ist also ein unglaublicher Gestaltungsraum.

Sie hatten am Anfang die Frage gestellt, wie ich den Raum aufgestellt sehe. Eigentlich sehr, sehr gut. Es gibt nicht nur dieses Momentum, das wir nutzen können, sondern

wir haben auch Raumausstattungen, die hervorragend sind. Infrastrukturell ist sicherlich vieles im Nachholbereich, aber die Grundanlage ist nicht schlecht. Wir können gewisse Flächen, gewisse Strukturlinien auch von RWE wirklich für eine neue Mobilität in Wert setzen, auch nicht kurz gedacht, sondern langfristig gedacht.

Ein Schatz ist die technologische Kompetenz des ganzen Raums mit dem Forschungszentrum Jülich in der Mitte und den tollen Universitäten darum herum. Da dürfen wir die Gebietskulisse nicht zu klein setzen; das wäre totaler Quatsch. Wenn man es auf Themen wie Bioökonomie bezieht, ist das Weltspitze, die wir hier haben, Exzellenzcluster, tolle Institutionen. Denen müssen wir die Möglichkeit geben, sich zu entfalten.

Ein Punkt ist mir wichtig; er ist hier noch nicht angesprochen worden. Der Raum braucht auch eine Qualität. Wir brauchen also nicht nur die Infrastruktur oder die Arbeitsplätze, wir müssen auch eine räumliche Qualität schaffen. Die teilweise eher verpönten Seen mit ihrem Freizeitwert sind auch ein Ausstattungsmerkmal dieses Raums in den nächsten 20, 30 Jahren. Der Starnberger See ist nicht so schlecht, und dort wohnen sehr viele Leute aus München, die daran Freude haben, in einer aufgeräumten und gut gestalteten Natur zu leben.

Was die Potenziale des Raums angeht, ist eben ein ganz wichtiger Punkt genannt worden, das endogene Potenzial. Da haben wir, denke ich, schon ausgesprochen vieles mit den Arbeitsplätzen bei RWE und den Kompetenzen im Energiebereich rund um die Kraftwerke. Das Gleiche gilt für den Bereich der Materialien. Wir haben heute schon viel über Aluminium gehört. Wir müssen zu diesem Momentum der Circle Economy kommen, Stoffkreisläufe intelligent schließen. Da sind schon Elemente, die wir mit der Bioökonomie zusammen spielen könnten. So kann man das auch für andere Themen durchspielen.

Mir ist ganz wichtig, diese Abschichtung in einem Zeithorizont hinzukriegen, die aktuell notwendigen Teile zu machen, dann aber im Sinne von Herrn Molitor den langen Plan im Auge zu behalten. Dann bin ich sehr, sehr optimistisch, dass diese Region wirklich eine gute Zukunft hat.

**Florian Herpel, Stadt Grevenbroich:** Zu den an mich gerichteten Fragen nehme ich gern wie folgt Stellung. Zunächst ist nach der Beteiligung der Kommunen unter dem Stichwort einer eventuell erforderlichen Abgrenzung zur ZRR gefragt worden.

Das Wort Abgrenzung würde ich in diesem Zusammenhang nicht benutzen, sondern erst einmal darauf hinweisen wollen, dass das Planungsrecht in der Kaskade der beteiligten Behörden letztendlich auch für die jeweiligen städtischen Bereiche bei den Kommunen liegt und die Kommunen deswegen auch in einem stärkeren Maße mit einzubinden sind. Wir im städtischen Raum der kommunalen Familie sind im Augenblick die am direktesten und unmittelbarsten Betroffenen durch die sich abzeichnenden Veränderungen in der Energiewirtschaft und das, was darüber hinaus und darauf aufbauend an Planungsnotwendigkeiten auf uns zukommt. Das ist ein weiterer Grund dafür, den städtischen Raum in der kommunalen Familie stärker einzubinden, als dies bisher geschehen ist.

Ich sage vorsichtig, dass insoweit in der ZRR in der gegenwärtigen Form noch deutlich Luft nach oben ist, weil die Gremienbeteiligungen auf offizieller Ebene bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten aufhören. Vor dem Hintergrund des eben Gesagten muss dort eine deutlich verstärkte Einbindung des städtischen Raums stattfinden, vor allem deswegen, weil der ZRR in Zukunft insofern eine besondere Rolle zukommen soll, als inhaltlich über Förderanträge und Förderprojekte befunden werden soll und diese mit maßgeblichen Voten in Richtung Land oder Bezirksregierung versehen werden sollen, sodass von Entscheidungsfindungen innerhalb der ZRR zukünftig möglicherweise sehr viel abhängen wird.

Das, was nicht stattfinden darf, ist eine weitere Überadministrierung von Entscheidungs- und Bewilligungswegen. Wir haben, glaube ich, Strukturen, die dafür genutzt werden können, angefangen von den gesetzlichen Wegen der Bewilligung und Prüfung von Förderanträgen bis hin zu dem, was sich auf einem guten Weg befindet, was die weitere interkommunale Zusammenarbeit angeht. Insofern wäre mein Wunsch oder das, was ich als Hoffnung formulieren möchte, auf existierenden Strukturen aufzubauen und den Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, um dann auch auf existierende Strukturen zurückgreifen zu können, die eine unverzügliche Reaktion auf die Notwendigkeiten in den nächsten drei, vier Jahren ermöglichen.

Unter dem Stichwort Kannibalisierung ist die Frage gestellt worden, wie ich aus dem städtischen Raum die Gefahr einschätze, dass es eher zu Verlagerungen als zu Neuan siedlungen kommen könnte. Dem kann ich nur entgegenhalten, dass wir uns in der kommunalen Familie – damit meine ich den gesamten kommunalen Bereich – der Dimensionen, die jetzt im Zuge des Strukturwandels vor uns stehen, und der damit einhergehenden Verantwortung durchaus bewusst sind. Es geht nicht um die Standortsicherung für den Sanitärzubehör-Großhändler, deren Gelingen oder Nichtgelingen von dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin einer Stadt als großer Erfolg gefeiert werden kann oder als persönliche Niederlage empfunden wird, sondern es geht um die Sicherung oder Schaffung von bis zu 10.000 neuen Arbeitsplätzen, erst einmal auf unseren Einzugsbereich bezogen.

Auf die finanziellen Auswirkungen, die das allein im Bereich der Einkommensteueranteile der einzelnen Kommunen hat, habe ich in meiner schriftlichen Stellungnahme bereits hingewiesen. Insofern kann es nicht um eine isolierte Standortpolitik – mein Sprengel und mein Gewerbegebiet oder mein Industriegebiet – gehen. Wir müssen uns vielmehr interkommunal aufstellen und – da schließt sich auch ein Stück weit der Kreis – die vorhandenen Strukturen nutzen, um eine vernünftige örtliche und revierbezogene Entwicklung erzielen zu können.

Ich glaube auch, dass es möglich ist, von den Erfahrungen, die in anderen zeitlichen oder politischen Zusammenhängen gemacht worden sind, zu profitieren. Die Zeiten sind noch nicht so lange vorbei, dass sie schon völlig in Vergessenheit geraten sind, sodass es sicherlich gelingen kann, zukunftssträchtige Industriezweige, die im Augenblick noch nicht so weit entwickelt sind, weil Flächen, weil Strukturen oder weil andere Voraussetzungen gefehlt haben, auch bei uns in der Region anzusiedeln, um dort perspektivisch nicht nur eine hohe Quantität an Arbeitsplätzen zu sichern, sondern – das ist heute Vormittag angesprochen worden – auch qualitativ hochwertige Arbeitsplätze

in der Region zu schaffen, damit dort die Zukunft des Standorts im Rheinischen Revier gesichert werden kann.

**Joachim Schwister, Stadt Kerpen:** Ich wurde zunächst gefragt, ob die Stadt Kerpen mit Blick auf ein Sofortprogramm derzeit schon Projekte bedenkt, die sehr zügig realisierbar sind.

Gestatten Sie mir bitte als kleine Einführung in meine Antwort folgenden Hinweis: Ich bin als Baudezernent – von Haus aus bin ich Architekt und Stadtplaner –Projektleiter bei unserer Stadtwerkegründung in den letzten Jahren gewesen. Das heißt, die Stadt Kerpen hat ein eigenes kommunales Stadtwerk gegründet. Deshalb hatte ich die Freude und die Ehre, in den letzten Jahren als Architekt Einblick in die Energiebranche zu gewinnen und zunächst einmal zu begreifen, wie bestimmte Mechanismen dort funktionieren. Das hat dazu geführt, dass für mich das Planungsmetier, das Planen von Räumen und Städten inzwischen sehr stark mit der Planung der Energieversorgung verbunden ist.

Deshalb steht die Antwort, die ich Ihnen jetzt gebe, unter der Überschrift: Wer zukünftig Planungen ohne Energieversorgung, und zwar regenerative Energieversorgung, denkt, der macht einen kapitalen Fehler. Es ist eines der grundsätzlichen Themen der Daseinsvorsorge in der Zukunft. So wie wir bisher Autobahnen geplant haben, so wie wir bisher unsere Wohngebiete geplant haben, müssen wir quasi mit jedem Gebäude, mit jeder Straße, mit jeder Mobilität, die wir denken, immer die Energieversorgung mitdenken, und zwar den Energieverbrauch der Gegenstände, die wir planen, und die Potenziale, die diese Gegenstände oder Räume in der Nachbarschaft haben, Energie zu erzeugen. Das ist mir ganz wichtig; sonst kann man schlecht einordnen, worauf sich meine Antwort bezieht.

Ich kann Ihnen ganz konkret sagen, weil wir seit einigen Jahren so denken und weil wir eigene Stadtwerke gegründet haben und an die Dezentralisierung der Energieversorgung glauben, haben wir mit Beginn der Innovationsregion Rheinisches Revier, die heute die Zukunftsagentur ist, Projekte entwickelt. Wir haben uns als Kommune an diesem Wettbewerb beteiligt, der im Jahr 2015 ausgeschrieben wurde, und haben gesagt: Das Zauberwort heißt heute Sektorenkopplung. Es muss gelingen, die Themen Wärmeversorgung, Mobilität und Strom mit der Planung zusammenzuführen. Deshalb haben wir drei Musterprojekte in unserer Stadt entwickelt, die wir auch eingereicht haben. Das erste Projekt heißt „Energie und Mobilität“, das zweite heißt „Energie und Wohnen“ und das dritte heißt „Energie und Gewerbe“.

Damit bin ich bei der Antwort auf Ihre Frage. Ja, wir haben diese drei Projekte, die natürlich einen größeren räumlichen Umfang haben und komplexe Verknüpfungen aufweisen zwischen Energieerzeugung, Fläche, Eigentum, Gesetzgebungsverfahren. Nehmen wir nur das Beispiel des Projektes „Energie und Mobilität“.

Unser Projekt heißt Mobilitätshafen Kerpen. Die Stadt Kerpen ist nun einmal der Standort eines der größten Autobahnkreuze in Nordrhein-Westfalen. Dort fahren täglich etwa 140.000 Fahrzeuge vorbei. Der Stau auf der Aachener Straße in Köln ent-

steht am Autobahnkreuz Kerpen, die NOx-Emissionen in Köln entstehen am Autobahnkreuz Kerpen. Ich könnte das fortführen. Wir sind der Meinung, dass solche zentralen Mobilitätspunkte wie das Autobahnkreuz Kerpen jetzt einer neuen Typologie bedürfen. Es gibt planerische Möglichkeiten, daraus Verknüpfungspunkte von Verkehrssteuerung und Emissionsreduzierung zu machen.

Insofern wäre das zum Beispiel ein Projekt, mit dem wir sofort starten könnten. Mit „sofort“ meint ein Stadtplaner natürlich: Wir können nicht schon morgen das erste Gebäude bauen, aber wir können in Planungsprozesse einsteigen, die es dann in wenigen Jahren möglich machen, an diesem Autobahnkreuz zum Beispiel CO<sub>2</sub>-freie Energie in Form von Wasserstoff anzubieten.

Das wäre dann auch die Überleitung auf die Antwort auf Frage 2. Ich bin gefragt worden, inwiefern der Begriff einer Speicherstadt und der Versuch, eine solche zu werden, gerechtfertigt seien, wie dies umgesetzt werden könnte und ob das jemals wirtschaftlich werde. Auch dazu benötigt man die Vorinformationen, die ich Ihnen gerade gegeben habe. Ja, wir glauben definitiv, dass das möglich ist.

Das Speichermedium, von dem wir reden, ist zunächst einmal Wasserstoff. Natürlich denken wir als Kommune, in deren räumlichem Bereich auch Teile des Tagebaus Hambach mit einer Höhendifferenz von mehreren hundert Metern liegen, auch über Wasserkraft und Pumpspeicherkraftwerke nach. Aber die allgemeinere Form des Speichermediums ist für uns der Wasserstoff, der über verschiedene chemische Prozesse sowohl in Methangas als auch in Methylalkohol umgewandelt werden kann und damit nach unserer Auffassung ein ganz wesentliches Element der zukünftigen Energieversorgung darstellen wird.

Damit sind wir jetzt natürlich bei dem Henne-Ei-Problem, wenn Sie fragen, ob das wirtschaftlich ist. Wenn Sie heute einen Pkw mit Wasserstoff zu betanken versuchen und dafür eine Wasserstofftankstelle an das Autobahnkreuz stellen, ist das nicht wirtschaftlich. Dann ist es auch nicht wirtschaftlich, zum Beispiel Flächen, die sich im Umfeld des Tagebaus befinden und über die wir uns alle gerade Gedanken machen, bis hin zu den Tagebauflächen selbst mit regenerativer Energieerzeugung zu belegen, um diese Energie in einen Elektrolyseur einzuleiten und mit diesem Wasserstoff zu erzeugen. Wenn Sie nur einen Pkw damit betanken wollen, ist es nicht wirtschaftlich.

Wenn Sie aber wie wir im Rhein-Erft-Kreis versuchen, die kommunale Verkehrsgesellschaft, die sich mit 200 großen Bussen in unserem Stadtgebiet angesiedelt hat, davon zu überzeugen, dass es im Laufe der Jahre sinnvoll sein könnte, diese Flotte nach und nach mit Wasserstoffbussen auszustatten und diese Busse jeden Morgen an einem Treffpunkt am Autobahnkreuz Kerpen betanken zu lassen, dann haben Sie plötzlich einen Kunden, der genial ist.

Dann lohnt es sich, Windkraft und PV für den Betrieb einer Elektrolyse zu nutzen und Wasserstoff zu erzeugen, den man übrigens auch in Methangas umwandeln kann. Wir besitzen unsere eigenen Erdgasnetze. Das Methangas können wir in die Erdgasnetze pumpen. Damit haben wir den Speicher in der kommunalen Hoheit unter der Erde liegen. Man kann aber auch den Wasserstoff direkt in den Bus tanken, der dann mit der Brennstoffzelle fährt.

Wenn dann ein bestimmter Skaleneffekt erzielt ist, heißt die Antwort ja. Mercedes-Benz hat nicht umsonst das erste Kraftfahrzeug mit Brennstoffzellenantrieb auf den Markt gebracht. Hyundai und Toyota wenden diese Technologie schon ein bisschen länger an. Diese Unternehmen glauben daran. Wenn Unternehmen wie Toyota – ich glaube, es ist noch der größte Automobilhersteller der Welt – daran arbeiten – das sind übrigens unsere Partner in diesem Projekt –, dann glaube ich, dass in dieser Vorgehensweise eine wirtschaftlich sinnvolle Zukunft liegt.

**Ralph Sterck, Zukunftsagentur Rheinisches Revier:** Lassen Sie mich eine kurze Vorbemerkung machen. Wir haben in unserer schriftlichen Stellungnahme mit einem Link auf unser Eckpunktepapier verwiesen. Ich habe jetzt auch einige Druckexemplare für diejenigen mitgebracht, die sich dafür interessieren. In der Kommission war es ein bisschen tonangebend; die vier Zukunftsfelder, die wir im Rheinischen Revier im letzten Jahr entwickelt haben, waren dann auch für die anderen Reviere in Deutschland diejenigen, auf die Projekte eingezahlt werden sollen, weil von dort keine entsprechenden Vorgaben vorlagen.

Zu der Frage von Herrn Bombis nach Sonderwirtschaftszonen und was man dafür aus unserer Sicht leisten muss. Damit bin ich ganz beim Landrat Kreuzberg; es geht natürlich darum, wie man Unternehmen Investitionsanreize im Rheinischen Revier gibt. Das sehe ich nicht in erster Linie finanziell. Vielmehr geht es hierbei gerade auch um die Fragen der Bürokratie.

Wir haben über die Planungshorizonte gesprochen. Heute Morgen in der Runde hat ein Kollege von 30 Jahren gesprochen, die man für die Realisierung eines Autobahnanschlusses heute in Deutschland braucht. In die Kommission in Berlin hatten wir das Stichwort Lex Leverkusener Autobahnbrücke eingebracht, womit die Kollegen im Osten erst einmal nichts anfangen konnten. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, was gemeint ist, nämlich dass man es schafft, eine so wichtige Infrastruktur wie die Leverkusener Autobahnbrücke schneller als in 30 Jahren zu realisieren, indem die Planungsprozesse entsprechend beschleunigt werden. Das ist auch Teil des Kommissionsergebnisses geworden.

Das, finde ich, ist auch der zentrale Punkt, den wir im Rheinischen Revier brauchen, um die Investitionen realisieren zu können. In diesem Zusammenhang sehe ich gerade die Investitionen im Schienenbereich. Das sind Dinge, die wir als Land Nordrhein-Westfalen, die die Kommunen selbst nicht leisten können. Da haben wir einen ganzen Blumenstrauß an Maßnahmen, an Ideen, wie wir den ÖPNV, wie wir die Infrastruktur im Rheinischen Revier verbessern können, vom dritten Gleis zwischen Köln und Aachen über die Erft-S-Bahn bis hin zur Wasserstoffbahn im Kreis Düren. Da sind wir mit sehr innovativen Projekten vertreten.

Herr Lühr hat eben in seiner Stellungnahme etwas vom Modellraum gesagt. Das finde ich ein sehr wichtiges Stichwort und das sehe ich auch als Chance für das Rheinische Revier. Wir haben jetzt, indem wir Vorreiter mit den Maßnahmen beim Strukturwandel sind, die Chance, Modellraum für die deutschen Reviere zu sein. Wir haben insoweit die Nase vorn. Während bei uns schon in neue Arbeitsplätze aufgrund innovativer Energieformen investiert wird, wird im Osten noch Braunkohle abgebaut. Wir haben



also die Chance, Modellraum in Deutschland und darüber hinaus Modellrevier für die übrigen mehr als 40 Kohleregionen zu werden, die wir in Europa noch haben. Ich glaube, das ist eine große Chance, die wir im Rheinischen Revier haben.

Eines unserer Projekte ist die Internationale Technologie- und Bauausstellung, die den Rahmen für die Projekte bilden soll, die in den Zukunftsfeldern realisiert werden, um diesen Modellraum Rheinisches Revier darzustellen.

Lassen Sie mich zum Schluss ein Stichwort aufgreifen, weil Herr Herpel über die Frage gesprochen hat, was die Zukunftsagentur tut, um die Kommunen besser einzubinden. Dadurch fühle ich mich natürlich direkt angesprochen. Sie haben völlig recht, da gibt es ein Defizit in den bisherigen Strukturen. Weil wir das erkannt haben, hat es zum Beispiel am 2. Februar 2019 als erste Veranstaltung, in der wir das Revier über die Ergebnisse der Kommission informiert haben, eine Art Bürgermeisterkonferenz in Bergheim auf Einladung des Landrats gegeben. Wir wollten natürlich mit den Bürgermeistern ins Gespräch kommen. Dabei sind die Bürgermeister der direkten Anrainerkommunen der Tagebaue und der Kraftwerksstandorte – das sind 20 im Rheinischen Revier; davon sind einige heute hier vertreten – am meisten betroffen. Diese müssen wir natürlich auf den Weg dieses Strukturwandels mitnehmen.

Wir sind dabei, in der Zukunftsagentur Strukturen zu schaffen, um die Kommunen näher zusammenzubringen und den Erfahrungsaustausch über die Planungen zu den einzelnen Projekten zu fördern. Das Problem ist erkannt und wir arbeiten an einer entsprechenden Lösung. Wenn es Ideen vonseiten der Kommunen gibt, sind wir dafür sehr dankbar.

**Prof. Dr. Dr. Michael Lauster, Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT):** Die an mich gerichtete Frage bezog sich auf die Potenziale, die es hier im Rheinland gibt, und die Möglichkeiten ihrer Hebung. Bitte lassen Sie mich mit einer allgemeinen Bemerkung beginnen. Wenn man sich strategisch ausrichten möchte, muss man die Dinge vom Ende her denken. Das heißt, man muss ein klares Bild vor Augen haben, wie das Endergebnis aussehen soll.

Damit komme ich auf das zurück, was Herr Dr. Molitor sagte. Ich glaube, wir müssten zunächst einmal ein Bild erarbeiten, an dem wir uns festhalten können. Von diesem Bild Rheinland 2040 oder 2045 zurückschauend müssen wir uns fragen, welche Entscheidungen wir heute treffen müssen und welche Potenziale wichtig sind, um dieses Bild zu erreichen. Welche Potenziale müssen dafür gehoben werden?

Wenn ich mir all die Papiere, die Sie mir zugeschickt haben, und die Studien anschauere, stelle ich fest, dass wir wohl alle schon eine gewisse Vorstellung haben, nämlich eine Modellregion, die von der Wissensgewinnung bis hin zur Wissensverwertung eine geschlossene Wertschöpfungskette bietet und einen wesentlichen Teil der Wirtschaftsleistung dieses Landes darstellt.

Dafür sind die Potenziale deutlich vorhanden. Wenn Sie sich im Bereich der Wissensgewinnung aufhalten, stellen Sie fest, dass wir einen hervorragenden Besitz mit Hochschulen haben. Wir haben für die Wissensverwertung außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die bis hin zu halbindustriellen Produkten alles anfertigen können. Und

wir haben einen guten Besatz mit Industrie, vor allen Dingen auch zukunftsfähiger Industrie insbesondere im Bereich Maschinenbau, aber auch im Bereich Cybertechnologie, der sich jetzt gerade aufbaut. Wir haben in der Kombination all das, was man braucht, um unter dem Schlagwort Industrie 4.0 eine entsprechende Produktion aufzubauen.

Was wäre dazu nötig, um das zu tun? Zum einen, wie gesagt, die Erarbeitung eines solchen Zukunftsbildes, aber auch die permanente Begleitung durch Studien, die Technologievorausschau betreiben, um eventuelle neue Technologien zu erkennen, die man hier im Rheinland installieren kann, die gleichzeitig den sozioökonomischen Impact solcher Technologien abschätzen können. Zusätzlich brauchen wir so etwas wie ein virtuelles Institut, glaube ich, das in der Lage ist, das, was hier an wissenschaftlicher Kapazität vorhanden ist, zusammenzufassen und entsprechend zu koordinieren. Das sollte kein großer Aufwand sein. Wir haben die Hardware, die Wissenschaftler und all das beieinander.

Ich mein, wir müssen uns darüber klar werden, was wir alles hier haben, und das entsprechend koordinieren. Damit sind wir, glaube ich, in der Lage, die Potenziale zu heben, die hier vorhanden sind und die dieses tragfähige und robuste Zukunftsbild erfüllen werden.

**Vorsitzender Georg Fortmeier:** Damit sind wir am Ende der ersten Antwortrunde. Nach meinen Notizen sind alle Fragen aufgegriffen worden; ob sie ausreichend beantwortet wurden, mögen die Fragesteller beurteilen. – Wir beginnen mit der zweiten Frageunde. Für die CDU-Fraktion hat Frau Dr. Peill das Wort.

**Dr. Patricia Peill (CDU):** Meine erste Frage geht an Herrn Bröker und Herrn Kreuzberg. Strukturentwicklung braucht Organisation. Wie stellen Sie sich eine effiziente und abgestimmte Arbeitsteilung der raumgestaltenden Akteure vor, vor allem auf operativer Ebene? Welche Rolle spielen die Tagebauumfelder und welche ablauforganisatorischen Regelungen sind notwendig?

Meine zweite Frage geht an Professor Marquardt und Frau Professorin Vaeßen. Welche Potenziale aus der Sicht der Forschung sehen Sie für neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Rheinischen Revier? Welche Rahmenbedingungen brauchen wir dafür, dass wir im Hinblick auf den nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen können?

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Die erste Frage richtet sich an Professor Marquardt und Professor Südekum. Herr Professor Marquardt hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, dass die wissenschaftsgeprägte Region als Voraussetzung einen wissenschaftsbasierten Strukturwandel benötigt. Bekanntlich spielen Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Impulsgeber für Regionen eine unverzichtbare Rolle, wenn man einen erfolgreichen Strukturwandel erreichen will. Welche Unterstützung vonseiten des Landes wäre hier notwendig oder auch wünschenswert?

Die zweite Frage richtet sich nur an Herrn Professor Marquardt. Welche Forschungsgebiete des Forschungszentrums Jülich stellen im Hinblick auf die wirtschaftliche Neuausrichtung des Rheinischen Reviers Potenziale dar und können Sie dies mit Beispielen unterlegen?

**Bodo Middeldorf (FDP):** Meine Frage ist zweigeteilt. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Lühr, an Herrn Sterck und Frau Professor Vaeßen. Wir haben von Ihnen eine ganze Reihe unterschiedlicher Instrumente genannt bekommen, mit denen man den Strukturwandel bewältigen kann. Das sind Instrumente, die in die Infrastrukturförderung gehen, das sind projektbezogene Investitionsanreize, das sind aber teilweise auch – das ist eben auch noch einmal angeklungen – Fragen der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Planungsverfahren usw. Möglicherweise geht es auch um solche Instrumente wie Sonderwirtschaftszonen.

Die Frage an Sie ist: Von welchen Instrumenten, von welchen Werkzeugen erwarten Sie sich die größten Effekte auf den Strukturwandel? Worauf sollten wir ein besonderes Gewicht legen?

Der zweite Fragenblock richtet sich an Herrn Dr. Molitor und Herrn Landrat Kreuzberg. Eben ist schon angesprochen worden, dass sich besondere Herausforderungen im Hinblick auf die organisatorische Umsetzung dieses Strukturwandels stellen. Da wird es sicherlich erforderlich sein, Kapazitäten zu schaffen. Ich könnte mir auch vorstellen, dass es erforderlich sein wird, auch zwischen den Ebenen neue Strukturen zu schaffen, um zu einer möglichst effektiven gemeinsamen Arbeit für die gesamte Region zu kommen. Haben Sie eine Vorstellung davon, wie so etwas im Kern gelingen kann?

**Wibke Brems (GRÜNE):** Meine beiden Fragen richten sich an Herrn Jansen. Zunächst einmal zu der Frage nach der Planungsbeschleunigung. Dieser Wunsch ist an vielen Stellen vorhanden. Meine Frage ist: Welche Möglichkeiten sehen Sie an welchen Stellen, um eine Planungsbeschleunigung zu erreichen, natürlich ohne aus Ihrer Sicht den Umweltschutz und die Beteiligungsrechte zu beschneiden?

Der zweite Aspekt ist die Frage der Ewigkeitslasten. Wir haben schon an anderen Stellen gelesen, dass es schon gewisse Ankündigungen gibt: Dadurch, dass man jetzt weniger Geld verdienen, sei auch weniger Geld für hinterher vorhanden. Mich würde interessieren, welches Ihre Ideen zur Sicherung der Ewigkeitslasten sind.

**Horst Becker (GRÜNE):** Meine beiden Fragen gehen an Professor Südekum. Ich möchte Sie gern fragen vor dem Hintergrund Ihrer Forschungen über Erfolgsfaktoren im Strukturwandel, was Sie uns hier für diesen Prozess als möglicherweise wegweisende Empfehlung aufgrund Ihrer Forschungsergebnisse auf den Weg geben könnten.

Zum Zweiten würde ich Sie bitten, Ihre Einschätzung zu der gesamten Kulisse zu sagen. Wir hatten vorhin die Einschätzung von Herrn Dr. Molitor, die ich interessant fand, einen größeren Raum zu bilden, der sich mit den Fragestellungen beschäftigt, zum

anderen einen kleineren Raum zu definieren, der sozusagen die Förderkulisse darstellen kann und die Förderung im Sinne der Notifizierung durch die EU erst möglich macht. Schätzen Sie das ähnlich ein? Oder wie würden Sie es gegebenenfalls machen oder einschätzen?

**Christian Loose (AfD):** Ich habe zwei Fragen an Frau Professor Vaeßen. Es geht letztlich um die Schaffung von neuen hochwertigen Arbeitsplätzen. Dafür bedarf es auch neuer Projekte. Sie haben einige beschrieben. Aber das müssten auch Projekte sein, die ein Alleinstellungsmerkmal für diese Region bilden können, damit sie nicht auch in Duisburg oder in Gelsenkirchen gemacht werden können. Deshalb meine Frage: Welche der von Ihnen genannten Projekte können ausschließlich im Revier realisiert werden?

Das Zweite ist: Sie sprechen vom Green Battery Park Euskirchen. Letztlich geht es um eine Batteriezellenproduktion. Die braucht extrem viel Strom. Den Strom verteuern wir gerade mit dem Kohleausstieg. Insgesamt ist die Batteriezellenproduktion ein Bereich mit einem geringen Anteil an der Wertschöpfung beim Elektroauto, weil bei der Batterieproduktion die Rohstoffgewinnung den höchsten Wertbeitrag leistet. Glauben Sie, auch angesichts des hohen Automatisierungsgrades der Produktion, dass die Batteriezellenproduktion wirklich nennenswerte Wertschöpfungspotenziale und Arbeitsplatzpotenziale birgt?

**Jens Bröker, Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH:** Die Frage nach der Organisation ist eine wesentliche, weil das Leben konkret ist. Ich finde es ganz wichtig, dass es uns nicht ergeht wie Hans im Glück, der diesen großen Goldklumpen bekommt und so lange tauscht, bis er am Ende den Stein verliert und sich erleichtert fühlt. Ich glaube, dass es darauf ankommt zu überlegen, welche Aufgabe ist hier zu stemmen und welche Akteure stehen zur Verfügung, um das zu tun.

Wenn es um die Frage geht, den Strukturwandel zu gestalten und gleichzeitig die Innovationsfähigkeit Nordrhein-Westfalens zu sichern, wird es darauf ankommen, ein Leitbild zu haben. Wenn man fragt, wer macht ein Leitbild, so sind eigentlich alle gefordert, angefangen von der Kommune über die Wissenschaft, die Teilrauminiciativen, das Regionalmanagement bis hin zu den Kreisen. Also jeder, der gutwillig ist und sich einbringen will, kann an einem solchen Leitbild mitarbeiten und muss das auch tun. In diesem Zusammenhang wird dem Land eine besondere Aufgabe zufallen, weil die Frage der Landesplanung sicherlich auch eine ist, die seitens der Landesregierung verantwortlich begleitet werden muss.

Auf dieser Grundlage werden dann die Leitlinien für die Entwicklung bestimmt. Mit dem Strukturkonzept 2025, das die ZRR in Berlin vorgelegt hat, ist schon vorgezeichnet, auf welchen Wegen das gehen kann. Dann werden auf dieser Grundlage natürlich Handlungsfelder und aufgrund dieser Handlungsfelder wiederum Maßnahmen identifiziert werden. Das ist wichtig, um sich die Struktur des Ablaufs klarzumachen.

Wenn man das gemacht hat, muss man schauen, welche Akteure stehen zur Verfügung. Ich muss offen sagen, ich habe nicht den Eindruck, dass wir zu wenig Akteure haben. Es geht vielmehr darum zu klären, wer welche Aufgabe übernehmen kann.

Dann müssen wir noch einmal grundsätzlich fragen, wollen wir nach dem Vollversammlungsprinzip operieren nach dem Motto: Alle, die irgendwie betroffen sind, kommen in einem Forum zusammen und diskutieren? Oder gehen wir in ein Repräsentationsprinzip, das wir bislang erfolgreich durchgeführt haben, und sagen, es gibt auch Interessenvertretungen, die delegiert sind?

Wir haben in Nordrhein-Westfalen gute Erfahrungen mit der regionalisierten Strukturpolitik gemacht. Die drei Regionalmanagements, die das Rheinische Revier abdecken, der Standort Niederrhein, der Zweckverband Aachen und Köln/Bonn e. V., sind meiner Wahrnehmung nach sehr aktive Vertreter der Entwicklungsinteressen ihrer jeweiligen Räume. Sie genießen auch deshalb das Vertrauen ihrer Kommunen, weil es recht homogene Räume ähnlicher Betroffenheit sind, die sich im gesamten Spektrum der Entwicklung über diese Regionalmanagements vertreten lassen.

Wir haben dadurch, dass wir den Strukturwandel unter dem Gesichtspunkt der Braunkohleinduzierung diskutieren, spezifische Fragestellungen. Die Entwicklungsgesellschaft indeland als Tagebaumfeldinitiative ist ein Instrument, das auf diese spezifischen Fragestellungen Antworten gibt: Was geschieht im Umfeld eines Tagebaus? Wir nehmen im Moment wahr, dass das bei anderen Tagebaumfeldern auch geschieht. In Garzweiler ist ein Zweckverband gegründet worden, in Hamburg gründet sich eine ähnliche Initiative.

Gleichzeitig gibt es Standortinitiativen, die Kraftwerksstandorte adressieren. Das Stichwort SixPack ist dem einen oder anderen von Ihnen bekannt. Auch da kann man sagen, ja, es gibt Besonderheiten, die sich in Organisationen entsprechend abbilden.

Dann haben wir die Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Ich erlaube mir, das einmal so lapidar zu sagen: Für mich ist es der Deckel, der auf die Tagebaumfeldinitiativen drauf muss, weil es Fragestellungen gibt, die über diese Perspektive eines einzelnen Tagebaus hinausreichen und die moderiert und mit einem entsprechenden Lobbying nach außen hin vertreten werden müssen. Eine Wahrnehmung ist, das kann und soll die ZRR machen.

Ob sie eine Entwicklungsagentur sein soll und sein wird, die mehr oder weniger Aufgaben des Regionalmanagements übernimmt nach dem Motto: Das ist jetzt der ganz große Rahmen, ist eine Frage, die möglicherweise über diese Anhörung hinausführt, die aber den Erfolg, die die Regionalmanagements vorzuweisen haben, infrage stellen würde.

Deshalb glaube ich, dass es weniger darauf ankommt, neue Strukturen aufzubauen. Vielmehr geht es darum, Kapazitäten dort zu lokalisieren, wo sie hin müssen. Der Strukturwandel ist gekennzeichnet durch die Fördermittel, die wir jetzt erwarten. Das ist der Goldklumpen, den Hans im Glück im Märchen bekommt. Jetzt geht es darum, damit umzugehen. Wenn ich überlege, wo Fördermittelmanagement passiert und wo es begleitet werden muss, sehe ich in allererster Linie die Bezirksregierungen, die entsprechend ausgestattet werden müssen, damit es überhaupt gelingt, diesen Flaschenhals, den wir haben, wenn große Mengen an Mitteln zur Verfügung stehen, so zu organisieren, dass die Pässe auf den Boden kommen. Es nützt uns nichts, wenn wir 150 Millionen € oder mehr bekommen und aufgrund mangelnder Instrumentarien nicht

in der Lage sind, förderrechtlich einwandfrei dafür zu sorgen, dass dieses Geld in die Projekte kommt.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass man noch einmal sehr sorgfältig und handwerklich richtig darauf schaut, was zu tun ist. Die erste Idee wäre, auch in diesem Zusammenhang erst einmal eine Taskforce zu schaffen, die sorgfältig analysiert, was die Hindernisse sind, die wir sehen werden. Ich sage als Stichwort De-minimis-Verordnung. Es geht um die Frage, inwieweit Unternehmen Fördermittelempfänger für den Strukturwandel sein können. Da gilt die Höchstgrenze von 200.000 Euro. Wenn das durchgängig so bliebe, ist der Strukturwandel für diese Akteure bereits beendet.

Insofern wird an dieser Stelle und auch an anderen gescannt werden müssen, was die Aufgaben sind. Wenn ich die Aufgaben kenne, kann ich eine vernünftige Organisation vorschlagen. Diese Blackbox, die da noch existiert, muss sehr zügig aufgeheilt werden. Dann ist aus unserer Sicht jedenfalls ein intelligentes Netzwerk am Ende sehr viel günstiger als eine Zentralisierung in einer Institution, die möglicherweise auch noch Aufgaben anderer übernimmt, die dort unter der Zufriedenheit der Beteiligten umgesetzt werden.

Es geht sicherlich auch um die Beteiligung der Kommunen. Die Kommunen sind mir wichtig, weil ich glaube, dass der Wunsch nach eindeutiger Beteiligung aufzunehmen ist. Ich meine, dass es auch jenseits der Ablauforganisation, die ich gerade geschildert habe, Möglichkeiten gibt, sehr eng und vertrauensvoll die Interessen der Kommunen in entsprechenden Foren zu berücksichtigen.

**Dr. Reimar Molitor, Region Köln/Bonn e. V.:** Zu dem Thema der Organisationsstrukturen ist gerade viel gesagt worden. Dem würde ich insgesamt zustimmen. Der Blick ist aber noch einmal auf die zeitliche Perspektive zu richten. Ich denke, dass es in Bezug auf die Beschlüsse in Berlin und auf das, was es jetzt zu tun gilt, erst einmal einen Zwischenzeitraum gibt, in dem alle mithelfen müssen. Es ist nicht die Frage, wer will und wer nicht will; vielmehr müssen sich alle für diese räumliche Mitte und inhaltliche Mitte dienlich machen.

Ich glaube, in dieser Phase sind wir. Hinsichtlich der Vertikalen hat Herr Bröker gut und treffend skizziert, wie das Haus gebaut ist. Es gibt das Land mit den verschiedenen betroffenen Ministerien. Es ist nicht nur eines, sondern es werden die allermeisten sein, die sich daran beteiligen müssen. Die Bezirksregierung ist in mindestens vier Bereichen betroffen. Dann haben wir Regionalmanagements und die ZRR. Dann kommen die eben erwähnten interkommunalen Verbände und dann kommen die Kommunen und die Einzelprojekte.

In dieser Vertikalen ist jetzt zu justieren. Da sind wir noch nicht so durchgetaktet, dass es alles mit Checks und Balances und Transparenz läuft. Fakt ist, wir müssen jetzt auch eine Zeit miteinander hinkriegen, in der wir einfach umsetzen. Die Leute, die betroffen sind, haben ein Recht darauf, dass wir mit dem, was uns zuteil wird, in den Strukturwandel einsteigen.

Das muss man tun, ohne dabei aus den Augen zu lassen, dass es eine große Ambition für diesen Raum geben muss. Bei solchen Strukturwandelprozessen gibt es zwei Phasen, die sehr wichtig sind, den Start und die Landung. In der Mitte muss gesegelt werden und der Kurs justiert werden. In dieser Beziehung sind 25 Jahre in den Blick zu nehmen. Dann verlieren die meisten schon den Spaß daran. Deswegen ist es wichtig, dass wir eine Ambition haben, die das Ganze zusammenhält.

Wir haben hier das Format der Internationalen Technologie- und Bauausstellung. Die Internationale Bauausstellung, die derzeit am weitreichendsten läuft, ist die Bauausstellung für die Region Stuttgart, die auch den Ansatz eines präventiven Strukturwandels in der Automobilindustrie und in der Stadtentwicklung als Stadtregion setzt. Wir brauchen nach innen und außen eine Selbstversicherung, dass diese Region eine besondere Ambition verdient.

Das heißt aber auch, dass die Infrastrukturmaßnahmen, die wir lancieren, den Raum im Hinblick auf diese Ambition ein Stück weit noch einmal neu erschließen müssen. Es geht nicht nur darum, bestehende Maßnahmen zu beschleunigen, sondern es geht auch darum, dem Raum ein Zielbild zu geben, bei dem neue Infrastrukturen in Absprache mit den Unternehmen, in Zusammenhang mit der Verständigung, wann können wir welche Infrastruktur für welchen Zweck neu nutzen, realisiert werden. Wir müssen von Anfang an ein Gefühl dafür bekommen, in welche Richtung wir laufen. Dann zahlen wir alle auf dasselbe Konto ein, egal ob es jetzt Fördermittel aus Brüssel sind oder ob es die Mittel der Kommission sind oder ob es kommunale Maßnahmen sind oder ob es von mir aus die Ansiedlung einer Feuerwehroleitstelle ist. Hauptsache, wir haben ein Bild, das die Ambition dieses Strukturwandels deutlich macht. Dafür brauchen wir einen solchen Rahmenprozess.

Deswegen glaube ich, die Menschen haben auch ganz einfache Fragen, die wir jetzt beantworten müssen. Das wird auch bei den Kommunen so sein. Ich möchte Herrn Bröker in diesem Zusammenhang recht geben. Die Beteiligungsformate, die wir jetzt noch finden müssen, müssen eines berücksichtigen: Wir brauchen Transparenz und Mitsprache, aber wir müssen dem Förderrecht im Sinne des Gebots und des Verbots Genüge tun. Wir sitzen hier in einem Landtag, wir haben über Landesplanung gesprochen, über Förderung. Ein Nehmer und eine Nehmerin sind noch einmal anders in einen Prozess eingebunden als jemand, der diesen steuert und ihm ein Stück weit eine Richtung gibt.

Diese Interaktion in der Vertikalen müssen wir jetzt gut hinkriegen, damit sich alle mitgenommen fühlen und sich an der Erarbeitung dieses Bildes und der Projekte beteiligen können. Wir dürfen aber nicht den Fehler machen, hier auch förderrechtlich und genehmigungsrechtlich Dinge miteinander zu vermischen. Deswegen bin ich auch froh über die Einlassung zu den Bezirksregierungen; denn diese werden sicherlich eine absolute Schlüsselrolle erhalten. In dieser Hinsicht sehe ich am meisten Bedarf, dass wir uns schnell wehrhaft machen, um das, was uns aus Berlin oder aus dem Land zuteil wird, gut kanalisieren zu können.

Zu den Akteuren selbst. Ich habe nicht den Eindruck, dass irgendeine Akteurin oder irgendein Akteur im Raum im Augenblick sagt, ich mache da nicht mit. Die Frage ist

nur, wie schaffen wir die Anschlussfähigkeit. Dafür braucht es auch eines Steuerungsbildes; in dieser Hinsicht haben wir noch deutlichen Optimierungsbedarf.

**Michael Kreuzberg, Landrat des Rhein-Erft-Kreises:** Der Strukturwandel kann natürlich nur in enger Zusammenarbeit der staatlichen Stellen mit den betroffenen Kommunen organisiert werden. Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier ist hier fachlich und personell sehr kurzfristig in die Lage zu versetzen, als wirksame Steuerungseinheit in der Region fungieren zu können. Wir müssen uns an dieser Stelle immer vor Augen halten, dass es keine zweite Chance für einen gelungenen Strukturwandel gibt. Der erste Schuss muss sitzen.

Wir haben im Vergleich zur Lausitz sicherlich die bessere Ausgangsposition, die weit bessere Ausgangsposition, aber auch die höhere Fallhöhe. Wenn hier falsch investiert wird, wenn hier falsche politische Entscheidungen getroffen werden, die nicht dazu beitragen, die Lage zu verbessern, zu verschönern für die Unternehmen und für die Behörden, würden wir diese Fallhöhe zu spüren bekommen, was hoffentlich nicht eintreten wird.

Die Zukunftsagentur hat sich in den vergangenen Jahren bereits als zentrale Strukturwandelinstitution in der Region etabliert und wird von den Akteuren im Rheinischen Revier mitgetragen. Gemeinsam mit diesen Akteuren muss die Zukunftsagentur einerseits ihre internen Strukturen an die erhöhten Anforderungen anpassen und andererseits ein fortschreibungsfähiges Entwicklungskonzept inhaltlicher Art vorlegen, das die Leitplanken für die zukünftige Entwicklung gibt. Hierfür kann man auf dem einstimmig verabschiedeten Eckpunktepapier wunderbar aufbauen. Darüber hinaus ist darauf auch ein transparenter Mechanismus zur Projektqualifizierung und Auswahl zu verankern.

Die wichtige Aufgabe der Bezirksregierungen wird es sein, die Kommunen und die Zukunftsagentur bei der Einreichung von Förderanträgen zu unterstützen. Das gilt insbesondere für die Einhaltung von EU-Vorschriften. Hier kann ich nur noch einmal wiederholen – das habe ich eben schon gesagt –, dass die Kommunen mit dem vorhandenen Personal nicht in der Lage sein werden, alle Maßnahmen rechtzeitig anzustoßen und umzusetzen.

Ich empfehle zudem ein größeres Engagement des Landes in der Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Alle, die mich kennen und mich in diesem Prozess schon einmal gehört haben, wissen, dass ich das schon seit langen Jahren fordere, um deutlich zu machen, dass sich das Land dauerhaft der Verantwortung für das Rheinische Revier stellt und nicht nur für eine Wahlperiode; das wäre einfach zu kurz gesprungen. Wir sprechen hier schließlich von einer Generationenaufgabe. Das muss auch in dem Engagement des Landes deutlich werden.

Wie es die Kommission getan hat, sollten wir auch im weiteren Prozess ein besonderes Augenmerk auf die Tagebaurandkommunen und die Kraftwerksstandorte richten. Dies könnte sich beispielsweise in der Organisation auf operativer Ebene widerspiegeln. Sie sind seit Jahren unmittelbar vom Bergbau beeinflusst worden und leiden beispielsweise unter dem Wegfall von Flächen, Wegeverbindungen und wirtschaftlichen



Bezügen. Ich sehe es als drängende Aufgabe an, die Attraktivität jener Kommunen zu steigern und zur Verbesserung der Lebensbedingungen beizutragen.

Hier empfehle ich aus eigener Erfahrung den einzelnen Kommunen – nicht den Kreisen und anderen –, durchaus auf etwas zurückzugreifen, was moderierte Bürgerbeteiligung in den Städten und Gemeinden bedeutet. Ich persönlich habe gute Erfahrungen gemacht, als ich im Jahr 2001 als Bürgermeister in Brühl eine Zukunftskonferenz durchgeführt habe. Wir konnten uns einstimmig auf 25 Ziele für Brühl 2021 festlegen. Das hat die ganze Zeit, jedenfalls solange ich dort Bürgermeister war, getragen und es war eine entsprechende Zufriedenheit vor Ort vorhanden. Deshalb plädiere ich sehr für die Bürgerbeteiligung vor Ort.

Das hat aber nichts damit zu tun, dass wir dann Gremien brauchen, die über die entsprechenden Mittel befinden. Aber in diese Gremien soll das getragen werden, was vor Ort als sinnvoll und zielführend erkannt worden ist. Damit könnte man auch einen guten gesellschaftlichen Frieden insgesamt herstellen, der das eine oder andere mehr oder weniger stark berücksichtigt.

Alle Beteiligten und Betroffenen werden zum Wohle unserer Heimat alles dafür geben – darin bin ich sicher –, um das Rheinische Revier noch attraktiver, noch lebens- und liebenswerter zu machen, als es schon ist, und es für die kommenden Generationen zu gestalten. Das muss aber weitestgehend ohne politisches Geplänkel und immer an der Sache orientiert erfolgen; diesen Appell möchte ich an den politischen Raum richten. Wir sollten wirklich alle an einem Strang ziehen. Es kann Unterschiede in der Wegemarkierung geben; das ist klar. Aber die Ziele müssen eindeutig definiert sein, einheitlich sein und verabredet sein.

Wir brauchen jetzt eine positive Aufbruchsstimmung. Sie ist im Revier vorhanden. Das konnten wir auch in die Kommission transportieren. Das war der große Unterschied – das darf man hier einmal sagen – zu dem larmoyanten Lamentieren des Ostens. Das hat nachher auch Eindruck gemacht, als wir mit unseren Konzepten dort aufgeschlagen sind.

Das muss sich jetzt weiter fortsetzen, das muss in die Kommunen getragen werden. Davon leben die Kreise, davon leben auch die Gremien, wenn sie wissen, dass mit dieser positiven Aufbruchsstimmung so etwas zu rocken ist. Hierzu wünsche ich mir ein stärkeres regionales Selbstbewusstsein, an dessen Ausprägung auch die Zukunftsagentur mitwirken muss und mitwirken wird.

**Oliver Lühr, Prognos AG:** Ich bin von Bodo Middeldorf gefragt worden, was die besten Werkzeuge im Strukturwandel sind. Das ist natürlich keine wirklich einfache Frage, die er mir gestellt hat.

Wenn wir es einmal auf ökonomische Elemente beziehen, müssen wir natürlich den Baukasten unserer Infrastrukturen mit allen erdenklichen Mitteln aufrechterhalten. Das ist sicherlich notwendig. Mit welchen Instrumenten das geschehen kann, ist eine Frage, die ich ad hoc nicht beantworten werde.

Aber eines ist vollkommen klar: Die Basis digitaler Infrastrukturen, was wir bis jetzt noch relativ wenig besprochen haben, ist ein Must-have und auch eine totale Chance.

Ob das der 5G-Mast ist, der derzeit diskutiert wird, wage ich zu bezweifeln. Da springen wir schon wieder zu kurz in der gedanklichen Ausrichtung. Wir brauchen diese Infrastrukturen, um all diese Innovationen, die wir in der Region umsetzen wollen, zu verwirklichen, egal in welchen Bereichen, ob es die Produktion ist oder ob es die Landwirtschaft ist.

Damit komme ich zu einem Punkt. Sicherlich ist ein klassischer Werkzeugkasten im Strukturwandel die Innovationsförderung, und zwar in allen Belangen. Ich habe eben schon gesagt, was wir auf der Ausgangsseite in Bezug auf die Forschung und bei den Universitäten haben, ist aller Ehren wert. Das Problem ist, den Prozess in die Landschaft, also in die Wirtschaft zu transferieren. Das können wir natürlich über verschiedene Instrumente wie Ausgründungen, Venture-Capital und Ähnliches machen. Schön ist, wenn es privat ist; schwierig ist, wenn es von der EU kommt. An dieser Stelle ist sicherlich die Forderung an die Landesregierung zu richten, sich zu überlegen, wie man Investitionen in Innovationen in den verschiedenen Themenbereichen über die Banken unterstützen kann.

Dann komme ich zu einem Punkt, der noch nicht wirklich genannt wurde. Man nennt es heute nicht mehr Cluster-Politik, aber es ist immer noch eine intelligente Spezialisierung vonseiten der EU-Politik. Da gibt es sicherlich noch Möglichkeiten, wie wir unsere Wirtschaftsstruktur noch weiter schärfen können mit den Unternehmen, die vorhanden sind, sodass man in gewissen thematischen Taskforces auch etwas bewegen kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass diesbezüglich ein großes Potenzial vorhanden ist und dass ein Land hierbei Unterstützung leisten kann.

Ich komme dann zu dem nächsten Thema und damit zu den Dingen, die gerade angesprochen worden sind. Wir müssen das alles verorten. Das, was ich eben genannt habe, ist sehr weit oberhalb, befindet sich in irgendwelchen Exzellenzclustern. Bildung und Partizipation an den ganzen Themen ist natürlich wichtig. Die Aktivitäten einer Fachhochschule oder Universität in den Regionen zu den passenden Themen sind ganz wichtige Elemente. Diejenigen, die wir jetzt für den Strukturwandel begeistern, sind die Jugend. Die wird in 30 Jahren die Häuser bauen und dort leben. Es ist ein Must-have, dass wir in die Bildungselemente investieren, dabei alles herausholen. Ich glaube, dafür lässt sich Jugend gut begeistern. Es ist im Augenblick eigentlich ein gutes Momentum vorhanden.

**Prof. Dr. Christiane Vaeßen, Zweckverband Region Aachen:** Ich versuche mich kurz zu fassen und nur die Dinge anzusprechen, die noch nicht genannt worden sind, weil viele Themen schon adressiert worden sind.

Zunächst einmal zu der Frage, welches Potenzial in der Forschung vorhanden ist. Das ist natürlich im Rheinischen Revier riesig, allein durch die Vielzahl von Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen der unterschiedlichsten außeruniversitären Institutionen. Ich glaube, wir haben insoweit europaweit ein großes Alleinstellungsmerkmal, das wir nutzen müssen.

Ich würde gern an den Kommentar von Herrn Lauster anschließen. Ich glaube, das Zentrale ist, dass wir gemeinsam ein Bild von diesen Forschungsaktivitäten zeichnen

müssen. Der zweite Punkt ist, dass wir einfach einmal zusammentragen müssen, was wir alles wissen. Es gibt den schönen Spruch: Wenn eine Hochschule wüsste, was sie alles weiß, dann wäre sie um ein Vielfaches schlauer. Es besteht auch in dieser Hinsicht eine Herausforderung. Es gibt unendlich viele engagierte Menschen in diesem Bereich, die sich sowohl in der Wissensvermittlung, also in der Ausbildung verdingen als auch im Forschungsbereich.

Die Rahmenbedingungen, die wir dafür brauchen – ich gehe jetzt auf die Details der einzelnen Arbeitsgebiete nicht ein; das kann Herr Marquardt gleich sicherlich noch viel besser tun –, bestehen darin, dass wir das Thema Transfer, das Herr Lühr gerade schon ansprach, besser gemeinsam strukturieren. Ich glaube, die Zeit dafür ist so günstig wie nie. Denn wenn man Gespräche mit Vertretern von Hochschulen und Forschungseinrichtungen führt, erkennt man, dass diese alle sehr daran interessiert sind und sehr bemüht sind, das, was sie an Wissen haben, in Wertschöpfung umzumünzen. Das ist der eine Teil.

Der andere Teil ist, dass wir bei der Forschung nicht vergessen dürfen, den Bürger mitzunehmen. Wir haben in Deutschland das Problem, dass sich die Technikfreundlichkeit in Grenzen hält. Das heißt, wir müssen es schaffen, gerade die jungen Menschen für diese neuen Themen und auch für die alten Themen wie zum Beispiel den klassischen Maschinenbau zu begeistern, damit sie das mittragen, damit sie diese für uns wichtigen Ausbildungsgänge durchlaufen, die dazu führen, dass wir in 20 bis 30 Jahren die erforderlichen Fachkräfte hier haben werden, die Menschen, die diesen Strukturwandel weiter gestalten werden.

Das heißt, die Bürger sind einzubinden. Es gibt sicherlich unterschiedliche Formate, wie man das machen kann. Was, glaube ich, ganz wichtig ist: Wir müssen auch Begeisterung für dieses Rheinland Valley oder für die unheimlichen Forschungsmöglichkeiten erzeugen, die sich hier ergeben. Dazu wird man sicher gemeinsame Veranstaltungen machen. Hier stellt sich die Frage, wie man es organisiert.

Dann noch einmal zu der Frage, welche Instrumente für den Strukturwandel wichtig sind. Dazu wurde schon viel gesagt. Ich möchte nur einen Punkt besonders hervorheben, die Beteiligung des Landes NRW. Wir müssen dazu kommen, dass wir die Kompetenzen der unterschiedlichen Landesministerien optimal nutzen, dass wir die Bezirksregierungen, die ich an dieser Stelle für ganz, ganz wichtig halte, stärken, dass wir aber auch in den Kommunen dafür sorgen, dass dort, wenn Infrastrukturmittel bereitgestellt werden, Menschen sind, die diese ausgeben können.

Ich möchte hierzu ein Beispiel nennen. Die Stadt Düren ist eine der größten Städte im Rheinischen Revier mit einem direkten Tagebaubezug. Sie weist eine sehr hohe Arbeitslosenquote auf, sehr viele SGB-II-Bezieher. Sie sagt, wir können Fördermittel haben ohne Ende, aber wir haben niemanden, der das in der Verwaltung bearbeitet. Es ist ein zentraler Punkt – das gilt nicht nur für Düren, das gilt für viele andere auch –, dass wir diese Rahmenbedingungen so optimieren, dass wir einen durchlaufenden Prozess haben, dass es nicht irgendwo stockt.

Zum Thema Arbeitsplätze und Projekte mit Alleinstellungsmerkmal. Es ist so, dass wir im Moment an einem Punkt sind, wo wir Leuchtturmprojekte haben, die schon einen

gewissen Vorlauf haben. Wir können nur sehr froh sein, dass vor fünf oder zehn Jahren Menschen auf die Idee gekommen sind, sich mit innovativen Dingen zu beschäftigen. Beispiele sind der Brainergy Park oder der Campus Aldenhofen. Diese Projekte sind schon so weit gediehen, dass man jetzt zu einem Punkt kommt, an dem man mit vielen Akteuren um den Tisch herum sitzt, mit der Wissenschaft, den Kommunen, den Regionalmanagements und den Tagebauanrainerorganisationen, und gemeinsam überlegen kann, wie man das Ding nach vorn gebracht bekommt, um zu erreichen, dass wir Ansiedlungen zu spezifischen Themenfeldern bei diesen beiden Beispielprojekten erreichen. Ich bin optimistisch, dass wir, weil wir alle gemeinsam dieses Thema nach vorn treiben, wenn die entsprechende Unterstützung im Hinblick auf die Bereitstellung von Venture-Capital kommt, Ausgründungen hinbekommen werden, dass wir es aber auch schaffen werden, Innovationen in bestehende Unternehmen zu bringen. Das ist mindestens genauso gut und genauso wichtig, sodass auch dort neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zum Thema Batterieherstellung. Der Begriff des Green Battery Parks ist vielleicht im ersten Moment ein bisschen irreführend. Es geht natürlich zum einen um die Fragestellung, wie kriegen wir für die zurzeit im Rheinischen Revier befindliche Produktion von Elektroautos der unterschiedlichsten Art die Bereitstellung der Batterietechnik hin? Wir haben das Problem gehabt, dass wir jahrzehntelang das Thema Elektrochemie und Batterieherstellung ein bisschen als Randthema betrachtet haben. Mittlerweile haben wir insoweit schon einiges aufgeholt. Ich finde es wichtig, dass man eine entsprechende Fertigung aufbaut, die unter dem Gesichtspunkt der Energieoptimierung sicherlich zum Teil noch zu verbessern ist. Es ist auch die Frage, wie sieht es mit den seltenen Erden aus.

Diese Probleme sind alle vorhanden. Aber ich glaube, es ist immer noch besser, wir produzieren die Batterien hier, als dass sie in China hergestellt werden. Im Moment sieht es so aus, dass der chinesische Staat dieses Thema sehr stark vorantreibt. Ich glaube, wir tun gut daran, uns als Industriestandort Nordrhein-Westfalen auch mit dieser Themenstellung offensiv zu beschäftigen.

Zum anderen geht es auch darum, innerhalb des Green Battery Parks diverse andere Unternehmen, Zulieferer anzusiedeln, um auch dort qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung in der Region zu halten.

**Prof. Dr. Wolfgang Marquardt, Forschungszentrum Jülich:** Ich gehe auf die Fragen von Frau Peill und Frau Müller-Witt ein, die ich in einem Guss zusammengefasst beantworten kann. Es ging um die Frage des wissenschaftsbasierten Strukturwandels, des Potenzials der Forschung für Arbeitsplätze, Beispiele aus Jülich und die Rahmenbedingungen und die Unterstützung seitens der Politik.

Lassen Sie mich ein bisschen ausholen und vielleicht auch zusammenfassen, was wir gehört haben. Es ist uns, glaube ich, allen klar, dass der Strukturwandel im Grunde Reindustrialisierung bedeutet. Wir werden viele Arbeitsplätze wegfallen sehen und wir müssen Arbeitsplätze in großer Zahl schaffen, und zwar mit einem Spektrum von Qualifizierungsprofilen.

Drei Felder sind meines Erachtens nötig, um das hinzukriegen, drei Felder, die wir bespielen müssen. Das eine sind die Infrastrukturen. Da muss man nicht nur an den Verkehr denken, sondern auch an die digitalen Infrastrukturen, die für vieles Ermöglicher sind. Dann müssen wir die bestehenden Industrien, die bereits in der Region sind – wir haben das Glück, dass wir eine reichhaltige Industrielandschaft haben –, ertüchtigen, für die Zukunft wettbewerbsfähig machen und auf Wachstumspfade bringen. Der dritte, vielleicht wichtigste Punkt: Es muss uns gelingen, neue Unternehmen mit ganz neuen Geschäftsfeldern hier anzusiedeln.

Bei allen Punkten kam nicht die Wissenschaft vor. Doch sie ist überall konstitutiv. Nehmen wir die Infrastrukturen. Wenn wir über neue Verkehrsinfrastrukturen reden, dann müssen wir sie zusammen mit innovativen Konzepten der Mobilitätswende denken. Wir haben vom Wasserstoff gehört. Mein Stichwort sind digitale Infrastrukturen. Dabei können Sie an den 5G-Standard und autonome Mobilität denken. All das müssen wir zukunftsorientiert, an den großen Trends ausgerichtet voranbringen.

Warum ist die Infrastruktur so wichtig? Sie ist wichtig, um die Fragmentierung in dieser Region, die sich noch nicht als eine Innovationsregion oder wirtschaftliche Einheit versteht, wie es vielleicht im Großraum München oder beim Rhein-Neckar-Raum der Fall ist, aufzuheben. Diese Fragmente müssen wir zusammenbringen, und zusammenbringen heißt letztlich kurze Wege. Es heißt nicht, dass wir überall alles machen, sondern es heißt pointieren und die Wege der Transfers zu verkürzen. Auch eine große Stadt wie Berlin hat nicht an jeder Stelle einen Industriekomplex, sondern man versucht an bestimmten Orten zusammenzukommen.

Auch bei der Transformation bestehender Industrien – mein zweiter Punkt – wird es nicht ohne Wissenschaft gehen. Ich sage nur das Stichwort Digitalisierung, die Nutzung großer Datensätze, KI. Da kann man bestehende Industrien, letztlich aber auch Gewerbe, Handel und Dienstleistungen auf eine ganz andere Qualitätsebene bringen und dadurch Wachstumsmöglichkeiten und neue Arbeitsplätze generieren.

Wir wissen, dass bei der Ansiedlung neuer Unternehmen die großen Dinge durch disruptive Veränderungen kommen. Wenn es nur gelungen wäre, das Grünberg-Patent hier in der Region zu einem Unternehmen zu bringen, hätten wir die 10.000 Arbeitsplätze ganz schnell gehabt. In diesen Disruptionen liegt eine Riesenchance, die ist selten, aber man muss sie irgendwie kriegen.

Sie sehen schon, diese Dinge kann auch Wissenschaft nicht allein, die kann auch Wirtschaft nicht allein. Das geht nur, wenn diese wissenschaftsbasierte Innovation die Akteure zusammenbringt, also einen Schulterschluss zwischen Akteuren herstellt, und zwar zwischen Akteuren in der Wissenschaft und außerhalb der Wissenschaft, nämlich in der Wirtschaft, natürlich eingebettet und gefördert durch die förderlich gesetzten politischen Rahmenbedingungen.

Wenn wir jetzt sehen, was auf dem Tisch liegt, dann geht das schon in eine gute Richtung. Wir haben eine Fülle von Projektideen, die in den Plan, den ich eben als Zielbild skizziert habe, gut hineinpassen. Wir brauchen aber nicht ein Bündel von Projekten, wir brauchen ein Programm, das irgendwie gemanagt wird. Nur dann kriegen wir Nachhaltigkeit, und nur wenn wir Nachhaltigkeit produzieren, kriegen wir Wirksamkeit. Auch

die Starterprojekte, die jetzt schnell vom Zaun gebrochen werden müssen – ich glaube, da gibt es keine Alternative –, werden den Anfang eines Weges definieren, auch wenn es vielleicht im Vergleich zum gesamten Volumen noch wenig Geld ist. Sie werden den Anfangspunkt eines Pfades setzen und bedürfen der klugen Auswahl.

Wir müssen – deshalb komme ich auf die Starterprojekte; das haben wir heute auch gehört – in Wachstumskernen denken, wir müssen uns konzentrieren, wir müssen uns auf einige große Targets einigen, auf einige Entwicklungslinien. Ich glaube, wir sind gut beraten, uns an den großen Trends, an den sogenannten Megatrends zu orientieren. Wenn wir die Hightech-Strategie der Bundesregierung oder die Papiere auf Landesebene anschauen, so stellen wir fest, dass diese die Megatrends abbilden.

Drei Beispiele möchte ich in diesem Zusammenhang konkret nennen, Beispiele, bei denen ich glaube, dass sie die Stärken in der Region sowohl in der Wissenschaft als auch im außerwissenschaftlichen Bereich nutzen. Das sind Beispiele, bei denen wir in Jülich auch ganz massiv und mit einem wirklich großen Budget aktiv sind. Es geht um die erneuerbaren Energien, aber nicht um irgendwelche, sondern um die, die wirklich Zukunft machen. Das sind Dinge, die auch noch einmal radikale Innovationen bringen können. Ich erwähne die druckbare Photovoltaik, bei der man Module wie beim Rotationsdruck in Zeitungsverlagen herstellt, oder die Power-to-X-Technologie, bei der erneuerbarer grüner Strom verwendet wird, um X zu machen, Wasserstoff, Gas, Flüssigkeiten, die sogar Wasserstoff tragen können und damit in der Wasserstoffmobilität noch einmal ganz neue Wege eröffnen können, mit denen man das Handling von Wasserstoff ganz stark erleichtern kann, die als Speicher genauso wie als Energieträger ausgestaltbar sind.

Der zweite Bereich sind die biobasierten Wertschöpfungsketten, den Kohlenstoff in der stofflichen Wertschöpfung – nicht der energetischen Wertschöpfung – nicht aus fossilen Quellen zu holen, sondern aus biogenen Quellen, also aus Pflanzen, pflanzlichen Abfällen oder, ganz kühn gedacht, aus dem Kohlendioxid, das wir an verschiedenen Quellen in ausreichend hoher Konzentration haben.

Der dritte Punkt sind die Informationstechnologien, die Digitalisierung. Das sind Methoden und Technologien. Wir sehen eine Disruption im Computing. Wir werden im Bereich eingebettete Systeme für autonome Mobilität ganz andere Rechner haben müssen, als wir sie bisher haben. Darin liegt eine Riesenchance. Da wird ein Umbruch stattfinden. Da werden wir vielleicht auch die Möglichkeit haben, den Fuß in die Tür zu kriegen. Das neuroinspirierte Computing und das Quantencomputing sind die Dinge, die sich längerfristig am Horizont abzeichnen. Im Bereich der Methoden sind es die KI und die großen Datensätze.

Jülich und die Wissenschaftslandschaft hier können dazu beitragen. Dort ist ein Riesenpotenzial, wenn man es nur zusammenbringt. Ich glaube, es ist ganz wichtig – jetzt komme ich zu den politischen Rahmenseetzungen –, dass wir die existierenden Strukturen nutzen. Dort ist unheimlich viel ungenutztes Potenzial vorhanden, bei dem man mit relativ wenig Erweiterungsaufwand – es geht sicher nicht ohne Erweiterungen – großen Nutzen ziehen kann. Das heißt nicht, dass man nicht auch ganz Neues machen kann und soll. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, eine solche Investition auf der grünen Wiese birgt hohes Risiko und wird erst in mehr als zehn Jahren wirksam

werden. Es geht also darum, an dem anzudocken, was vorhanden ist, aber durchaus einen weiteren Blick einzunehmen.

Für Jülich kann ich klar sagen, wir stellen uns der Aufgabe und wir sehen es durchaus auch als strategierelevant für die weitere Entwicklung des Forschungszentrums, das sich auch als Spieler in der Region und für die Region versteht.

Nun die Frage, was die Politik ganz konkret tun kann. Dazu habe ich mir zwei Bereiche überlegt. Das eine ist der gesamte Bereich Regulatorisches. Ich bin der Meinung, dass die Förderbedingungen, die Förderinstrumente hochgradig flexibel sein müssen. Wir brauchen Förderinstrumente, die sozusagen barrierefrei sind, die die verschiedenen Akteure zusammenbringen. Wir haben ein Bund-Länder-Thema wir haben die Kommunen dabei. Das ist hochgradig komplex. Wenn wir dabei mit der üblichen Regulatorik herangehen, die wir uns immer so geben, dann wird es genauso wie beim Planen von Autobahnkreuzen werden. Wir kommen da mit Projekten irgendwie nicht weiter.

Wir brauchen definitiv auch im Bereich IP einen flexibleren Umgang, auch mehr Barrierefreiheit. Es muss alles getan werden, um für Köpfe attraktiv zu sein, die wir hierher bringen wollen. Dazu gehört alles, ein gutes Umfeld, attraktive Wohngebiete, Bildungseinrichtungen, die sich durchaus auch an nicht Deutsch sprechende Menschen richten sollten, also beispielsweise bilinguale Schulen. Ferner brauchen wir ganz schnell zuverlässig einschätzbare Prozesse und daran angedockt Strukturen, die machen, die nicht nur beraten. Wir haben viele Gremien, die beraten. Wir brauchen Gremien, die das ins Doing übersetzen. Da müssen die Akteure, die es am Ende machen können und machen müssen, mit an den Tisch, um die Machbarkeit gleich eingebaut zu haben.

Den zweiten Bereich habe ich Scharniere zwischen Wissenschaft und Wirtschaft genannt. Ich glaube, da kann die Förderpolitik noch viel tun. Was meine ich mit Scharnieren zwischen Wissenschaft und Wirtschaft? Wenn ich sage, wissenschaftsbasierter Strukturwandel, beide müssen zusammenwirken, das tun sie nicht von allein. Dazwischen muss ich irgendwie ein Scharnier bauen.

Was meine ich mit den Scharnieren? Eine Gruppe von Scharnieren sind alle Maßnahmen, die die zwei Welten zusammenbringen, Wissenschaft und Wirtschaft. Beispiele: Demonstratoren, in unserem Fall eine Bioraffinerie, die von uns als Infrastruktur gebaut wird, wo aber Unternehmen ihre Bauteile, Konzepte und Produktionsprozesse ausprobieren können. Dabei handelt es sich nicht um Demonstratoren im Sinne von zeigen, wie es geht, sondern im Sinne von mitmachen. Den Begriff Demonstrator benutze ich, weil es irgendetwas Großes ist, eine Anlage, die auch Investitionen kostet.

Ein ähnliches Beispiel sind Maker Spaces, Garagen – in Anführungszeichen –, wo Wissenschaft und Entrepreneure zusammenkommen und versuchen, etwas Neues zu machen. Das ist ein ganz anderes Setting, aber im Grunde dieselbe Idee: Räume, Arbeitsräume, wo Wirtschaft und Wissenschaft wirklich zusammenkommen.

Dann fand ich diesen Punkt interessant, den Sie, Herr Lauster, angesprochen haben, ein virtuelles Institut. Das steht bei mir auch. Ich habe es Cluster genannt. Das ist

genau dasselbe. Wir brauchen Strukturen, wo verschiedene Akteure mit ihrer je spezifischen Expertise und thematisch orientiert – jemand sprach von thematischen Taskforces – zusammenkommen.

Ein allerletzter Punkt bei diesem Maßnahmenbündel: Gründungsoffensiven, das Sensibilisieren für Unternehmertum und Unternehmensgründung. Das beginnt im Kindergarten und führt über die Universitäten in die Wirtschaft. In dieser Hinsicht ist im Lande einiges getan worden, gerade auch jüngst. Aber das ist ein Thema, bei dem wir, glaube ich, noch viel, viel mehr tun müssen, um diese Aufbruchsstimmung zu den Menschen zu bringen, die als Unternehmer tätig werden müssen und das auf den Weg bringen müssen.

**Ralf Sterck, Zukunftsagentur Rheinisches Revier:** Ich versuche mich kurz zu fassen. Herr Middeldorf hatte nach den Instrumenten, den Werkzeugen gefragt. Zu den Planungsfragen habe ich schon etwas gesagt.

Eine ganz wichtige Sache ist ganz schnöde das Geld. Wir sind in die Verhandlungen in der Kommission mit einer Wunschzahl hineingegangen, die aus den Wertschöpfungsverlusten entwickelt worden ist, die wir durch einen früheren Ausstieg im Rheinischen Revier zu erwarten haben. Diese Wunschzahl lag bei 15 Milliarden Euro, und die sind es nachher auch geworden.

Ich glaube, das wird uns schon helfen, viele Dinge entsprechend umzusetzen, Dinge, die bisher vielleicht auf einer etwas längeren Zeitschiene lagen, entsprechend zu beschleunigen, auch mit den Planungsbeschleunigungen, von denen ich vorhin gesprochen habe, aber auch Dinge, die sonst vielleicht gar nicht gekommen wären. Herr Professor Marquardt hat Forschungsfragen und energiepolitische Fragen angesprochen, die wir dadurch anstoßen und im Rheinischen Revier verorten können.

Als drittes Werkzeug möchte ich ein Stichwort aufgreifen, von dem eben die Herren Bröker und Molitor gesprochen haben. Herr Molitor hat davon gesprochen, dass alle mithelfen, also dass gerade die Zusammenarbeit im Rheinischen Revier von Bedeutung ist; das klang bei Professor Marquardt eben auch an.

Die verschiedenen Akteure sind im letzten Jahr schon sehr eng zusammengerückt. Wir haben unseren Auftritt bei der Kommission in Berlin als Teamleistung verstanden, die Regionalmanagements, die Tagebauumfeldinitiativen, die kommunalen Verbände, die sich mit den Kreisen, Städten und Gemeinden gebildet haben, aber auch vonseiten der Landesregierung das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie oder die Bezirksregierung in Köln.

Man ist in dieser Zusammenarbeit auch als Team bei der Kommission in Berlin aufgetreten. Ich glaube, das hat uns sehr geholfen. Das konnten die anderen Reviere, wo teilweise noch die Landesgrenzen hindurchgehen, in dieser Form nicht bieten. Sie haben auch nicht in dieser Eintracht gesprochen. Ich glaube, das ist eine große Stärke, die wir im vergangenen Jahr entwickelt haben und die während der weiteren Prozesse im Rheinischen Revier nicht verloren gehen darf.

Ich halte auch die Zukunftsagentur für ein sehr wichtiges Instrument, das wir hier haben. Sie kann als Klammer über den verschiedenen Organisationen stehen. Das war



wegweisend für andere Reviere. Das Bundeswirtschaftsministerium hat immer gesagt, gut dass es die Zukunftsagentur im Rheinischen Revier gibt; so etwas müsste es für die anderen Reviere auch geben. Also haben wir schon ein paar Jahre Vorsprung. Diesen Vorsprung können wir gerade jetzt in dem Prozess entsprechend nutzen. Diese Zusammenarbeit sollten wir uns erhalten.

**Dirk Jansen, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND):** Bevor wir uns Gedanken darüber machen, wie die Zukunft gestaltet wird und wie auch das ehemalige Braunkohlerevier zu einer Zukunftsregion weiterentwickelt wird, sollte man sich ein paar Gedanken darüber machen, wie man das gute Alte erhalten kann. Deswegen noch einmal mein Petitum: Wenn wir über Strukturentwicklung im Revier nachdenken, sollten wir auch darüber nachdenken, wie wir ganz schnell die noch verbliebenen Reste an Natur, die noch nicht umgesiedelten dörflichen Strukturen erhalten.

Dafür bietet der Bericht der Kohlekommission die Steilvorlage; denn die Empfehlung läuft letztlich darauf hinaus, dass bis zum Ende des Jahres 2022 die Braunkohleförderung in den Tagebauen Garzweiler und Hambach halbiert wird. Das ist der ganz klare Auftrag an die Landesregierung – damit bin ich beim Tempo dieser ganzen Sache –, schnell und sofort dafür zu sorgen, dass der Hambacher Wald dauerhaft gesichert wird und dass die Bewohner der Dörfer nicht weiter gegen ihren Willen umgesiedelt werden, das auch bewusst, um die Kerne für die weitere Entwicklung im Revier zu bilden.

Deswegen schlagen wir vor, ganz schnell dafür Sorge zu tragen, dass der Hambacher Wald in die öffentliche Hand oder in die kommunale Hand oder in Stiftungshand übertragen wird, um quasi den Nukleus für ein Biotopverbundsystem im Rheinischen Revier zu bilden, von dem hier in den ganzen Strukturentwicklungsvorschlägen bislang überhaupt nicht die Rede war, was wir aber für besonders wichtig erachten.

Die Frage zur Planungsbeschleunigung. Da läuten bei uns als Umweltverband immer Alarmglocken, weil Planungsbeschleunigung in der Regel damit einhergeht, Umweltrechte auszuhebeln oder auch die Bürgerbeteiligung zurückzuschrauben. Wir brauchen kein Zurückschrauben von Umweltrechten und wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung. Ich denke, das ist in einigen Ausführungen der Vorredner klar geworden. Gerade die Zivilgesellschaft ist bei der Entwicklung des Rheinischen Reviers schon mit sehr vielen guten Ideen am Start. Die gilt es einzubinden und dafür gilt es die Strukturen zu schaffen.

An die Adresse von Herrn Sterck sei gesagt, das, was bislang unter dem Label Innovationsregion Rheinisches Revier oder Zukunftsagentur Rheinisches Revier gelaufen ist, hat sicherlich noch einige Fehlstellen, wenn es darum geht, die Zivilgesellschaft und das dort vorhandene Know-how einzubeziehen. Da wünsche ich mir deutliche Verbesserungen.

Was ich mir nicht wünsche, ist, dass im Rheinischen Braunkohlerevier ökonomisches Wildwest ausbricht, dass Sonderwirtschaftszonen geschaffen werden, wo auf Teufel komm raus Projekte durchgezogen werden, deren Sinnhaftigkeit fraglich ist. Nicht umsonst hat die Kohlekommission gesagt, dass die entsprechenden Strukturentwicklungsmaßnahmen an die SDGs, die Sustainable Development Goals, geknüpft werden

sollen, das heißt an die Nachhaltigkeitsziele. Es gilt alle Projekte darauf abzuklopfen. Gestatten Sie mir die Bemerkung: Einige Vorschläge der Fraktionen haben mit der Einhaltung der SDGs herzlich wenig zu tun, wenn ich zum Beispiel an fragwürdige Autobahnprojekte durch die Eifel denke oder Reinquerungen südlich von Köln, wo die Nachhaltigkeit weit hinten ansteht.

Von daher ist die Forderung: keine Aushebelung der Umweltrechte, massive Beteiligung der Bevölkerung. Die Frage ist, wo Beschleunigungspotenziale liegen. Ich frage mich, warum die notwendigen Änderungen der Braunkohlepläne, die jetzt zwangsläufig kommen müssen, acht Jahre in Anspruch nehmen sollen. Das verstehe ich nicht. Da könnte man sicherlich noch einige Beschleunigungspotenziale heben.

Die zweite Frage von Frau Brems zielte darauf ab: Was ist denn mit den Ewigkeitslasten? – Es ist sicherlich richtig, dass es keinen größeren Eingriff in Natur, Landschaft und den Gewässerhaushalt gibt als einen Braunkohletagebau. Deswegen vorweggeschickt: Je schneller wir den Braunkohletagebau geregelt beenden, umso günstiger ist es, was die Bewältigung der Langzeitfolgen angeht.

Klar ist aber auch, das bisherige System der Rückstellungen, dieses rollierende System, wo vor allen Dingen die laufenden Kosten der Rekultivierung quasi aus den Betriebsergebnissen des laufenden Tagebaus erwirtschaftet werden, ist nicht mehr zielführend. Von daher brauchen wir eine grundlegend neue Struktur. Ich fände es nicht angemessen, wenn der Verursacher dieser Ewigkeitsschäden völlig aus der Verantwortung entlassen würde.

Was wir als Erstes brauchen, ist eine ökologische Gesamtbilanz des rheinischen Braunkohlebergbaus, denn eine solche fehlt bislang. Bei vielen Dingen wissen wir gar nicht, wie sie sich auch langfristig auswirken werden. Wir brauchen also ein unabhängiges Gutachten, das alle Ewigkeitsfolgen auflistet, das auch bemisst, welche Kosten auf uns zukommen. Wir brauchen endlich einen entsprechenden Ewigkeitslastenfonds in öffentlich-rechtlicher Hand. Denn letztlich läuft es sowieso darauf hinaus, dass die langfristigen Folgekosten von der Allgemeinheit getragen werden sollen.

Auf dem Weg dahin, denke ich, ist es wichtig – den Weg hat die Kohlekommission aufgezeigt –, dass alle jetzt anstehenden bergrechtlichen Zulassungen, zum Beispiel jede Hauptbetriebsplanzulassung, an eine entsprechende Sicherheitsleistung geknüpft werden, die vom Bergbautreibenden zu erheben ist. Ich denke, das ist der Beitrag, den RWE jetzt noch erbringen muss, statt sich heimlich, still und leise buchstäblich vom Acker zu machen und sämtliche Folgekosten des Braunkohlebergbaus der Allgemeinheit aufzulasten. – Das zu den zwei Fragen in aller Kürze.

**Prof. Dr. Jens Südekum, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE):**

Ich versuche es wirklich ganz kurz zu halten. Ich wurde nach einer Einschätzung zu erfolgreichen Instrumenten der Regionalpolitik gefragt. Aus vielen Stellungnahmen und Anträgen kristallisiert sich für mich ein Dreiklang heraus: Bildung und Wissenschaft, Infrastruktur und Innovationsförderung.

Sie hatten dezidiert nach der Förderung von Ausgründungen gefragt, die aus meiner Sicht ganz wichtig sind, die aber letztlich nur durch privates Geld wirklich nachhaltig

durchgeführt werden können. Eines der größten Probleme der deutschen Volkswirtschaft ist der Mangel an Venture-Capital. Ob der Bankensektor derjenige ist, der das bereitstellen kann, wage ich zu bezweifeln. Aber es sind typischerweise private Kapitalgeber.

Ich glaube, dieser Dreiklang ist gut und richtig. Im internationalen Kontext gibt es Studien zu Regionen in allen möglichen Ländern, die mit einem ähnlichen, wenn auch nicht so starken Strukturwandelprozess konfrontiert waren. Man kann sagen, dass sich die Instrumente bewährt haben; deshalb ist es auch richtig. Vieles von dem, was eben gesagt wurde, unterschreibe ich auch.

Ich glaube, das, was Herr Lauster gesagt hat, ist ganz wichtig. Es darf nicht ein bunter Blumenstrauß von Fördermaßnahmen sein, sondern es muss eine Strategie dahinter stehen. Sie haben das Stichwort Rheinland 2040 gesagt. Es ist ja einiges passiert, seit die Anträge eingereicht wurden. In der letzten Woche hat Peter Altmaier von der Industriestrategie 2030 gesprochen mit dem großen Thema, dass gerade im internationalen Wettbewerb etwas dafür getan werden muss, dass nachhaltige Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland angesiedelt werden.

Ich würde versuchen zu prüfen, ob man sich da nicht andocken kann. Denn letztlich geht es um dieselbe Frage – das eine ist die gesamtwirtschaftliche Betrachtung, hier geht es ganz dezidiert um das Rheinische Revier –, auf welche Sektoren man setzen soll. Es ist momentan noch nicht klar, was Peter Altmaiers Industrialisierungsstrategie konkret bedeutet, welche Instrumente dort eingesetzt werden sollen. Sicherlich ist ein wichtiges Element der Industriestrategie auch die zielgerichtete Forschung und Entwicklung, eben nicht nur allgemein und Grundlagenforschung, sondern zielgerichtete Forschung in bestimmten Sektoren. Ich glaube, NRW wäre gut beraten, dort mit aufzuspringen.

Sie hatten nach der Förderkulisse und der Beihilfeproblematik gefragt. Bei dem Thema Fusionen wird schon darüber diskutiert, ob die europäischen Richtlinien, was die Fusionskontrolle angeht, aufgeweicht werden sollten. Ich könnte mir vorstellen – weil man automatisch das Beihilfeproblem hat, wenn es um dezidierte Industriepolitik geht –, dass eventuell auch auf diesem Gebiet – das werden wir erleben – Aufweichungen stattfinden werden, sodass die Förderfähigkeit von industriepolitischen Projekten demnächst gegenüber dem heutigen Stand erleichtert wird.

Das Rheinische Revier hat insoweit auch den großen Vorteil der Grenzlage zu den Niederlanden und Belgien, weil typischerweise grenzüberschreitende Projekte, die mehrere Mitgliedstaaten der EU betreffen, leichter gefördert werden können. Nicht umsonst hat Herr Altmaier die Batteriefabrik in der Lausitz ins Gespräch gebracht, weil es dort die Möglichkeit gibt, Polen und Tschechien ins Boot zu holen. Ich glaube, das ist etwas, was die Landesregierung und das Parlament Nordrhein-Westfalens prüfen sollten.

Jenseits dieser prozeduralen Fragen halte ich es für sehr wichtig, eine klare Strategie zu entwickeln und zu verfolgen. Auf die Frage, auf welche konkreten Sektoren sich diese beziehen sollte – darüber kann man diskutieren –, etwa autonomes Fahren, Energiespeicher, möchte ich nicht näher eingehen. Wesentlich ist, dass eine klare

Strategie vorhanden ist. Herr Westphal hat in der ersten Runde gesagt, dass das nicht bedeuten darf, dass quasi mit der Gießkanne Fördergelder über das Rheinische Revier ausgekippt werden. Vielmehr muss eine Konzentration auf Wachstumskerne erfolgen. Dies ist einfach notwendig, wenn es um eine solche Form von Industrialisierungsstrategie geht. – Dabei lasse ich es einmal bewenden.

**Stellv. Vorsitzende Anke Fuchs-Dreisbach:** Wir sind am Ende der Anhörung im Block II angelangt. Ich danke Ihnen für die Beiträge und dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns bei diesem wichtigen Thema zu unterstützen.

(Unterbrechung von 15:35 Uhr bis 15:45 Uhr)

Wir setzen die Anhörung fort mit

**Block III - Strukturwandel im Konkreten, Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, Projekte der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur, Kraftwerksstandorte, Rekultivierungsfragen sowie weitere interessante Projekte, die in den Stellungnahmen aufgeführt worden sind.**

Für die CDU-Fraktion rufe ich als erste Fragestellerin die Kollegin Frau Plonsker auf.

**Romina Plonsker (CDU):** Ich habe eine Frage zum Thema Wissenschaft an Herrn Professor Kuchler und Herrn Professor Hoffschmidt. Meine Frage richtet sich auf die Potenziale für die Ausgründung und für den Wissenstransfer aus Wissensorganisationen wie Hochschulen und Instituten. Mit welchen Projekten und Kernkompetenzen sehen Sie das Zukunftsrevier als Modellregion aufgestellt?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Mielchen und Herrn Eyll-Vetter: Welche Potenziale sehen Sie in der Folgenutzung von Kraftwerksstandorten und Tagebauen, auch der dortigen Infrastruktur? Welche Planungen liegen diesbezüglich vor? Was sind unterstützende Faktoren?

**Stefan Kämmerling (SPD):** Meine erste Frage in dieser Runde möchte ich an Herrn Sterck von der ZRR richten. In den aktuellen Papieren der ZRR, aber auch der Kommission selbst wird bei der Raumbeschreibung zwischen dem Kernraum Rheinisches Revier und dem Wirkungsraum unterschieden. Was die Räume betrifft, hätte ich die Frage an Sie, wie Sie die Qualität der Einbindung in die anstehenden Prozesse rund um den Strukturwandel sehen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in der Antwort auf diese Frage freundlicherweise auf die Abgrenzung der Räume Köln/Bonn und Aachen und insbesondere auf die Einbindung der Stadt Düsseldorf eingehen könnten.

Meine zweite Frage richte ich an die Herren Bürgermeister Dr. Mertens und Solbach. Sie haben in Ihren Stellungnahmen auf die Wichtigkeit eines Grundstücksfonds Bezug genommen. Ich möchte Sie bitten, näher auszuführen, wie Sie sich diesen Grundstücksfonds vorstellen, welches die Vorteile und Nachteile sein würden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in die Antwort die Frage einbeziehen könnten, wie das in Zukunft

zu organisieren ist und welche Rolle Sie dabei für die Kommunen in Abgrenzung zur ZRR sehen, der in diesem Zusammenhang auch eine Rolle zufallen könnte. Beziehen Sie in die Antwort bitte auch die Frage ein, inwieweit Sie sich als Kommunen in Ihrer Arbeit von der ZRR unterstützt fühlen und ob Sie Bedarf sehen, das vonseiten der ZRR noch besser zu machen.

**Ralph Bombis (FDP):** Ich würde gern zunächst die Frage an Herrn Dr. Stückradt richten, welche Potenziale Sie für das Rheinische Revier hinsichtlich der Bildungs- und Forschungslandschaft und welche Potenziale Sie insbesondere für wissenschaftsbaasierte Ausgründungen sehen.

Ich möchte ergänzend Herrn Professor Hoffschmidt mit der Schwerpunktsetzung auf das Thema Speichertechnologie fragen, welche Potenziale und Notwendigkeiten sich insoweit ergeben könnten.

An Herrn Sterck und Herrn Dr. Molitor möchte ich mit Bezug auf den Kommissionsbericht und die hier bereits vorhandenen sehr konkreten Projekte die Frage richten, welche Projekte Sie für besonders wirkungsvoll halten, ob Sie eine Gewichtung vornehmen könnten, was Sie mit Blick auf einen gelingenden Strukturwandel als vorrangige oder besonders wesentliche Projekte ansehen.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Ich habe eine Frage, eine weitere Frage wird der Kollege Klocke stellen.

Meine Frage richtet sich an Herrn Sterzl von ver.di und an Frau Grothus. Welche Rahmenbedingungen muss aus Ihrer Sicht die Landesregierung setzen, damit in der Region Wertschöpfung erhalten bleibt und ein sozialverträglicher Gesamtprozess gelingt? Was sind für Sie insoweit die Voraussetzungen, die die Landesregierung schaffen muss?

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Ich habe eine Frage an Herrn Ebbers von ProBahn. Lieber Lothar Ebbers, wenn ich die Stellungnahme richtig gelesen habe, siehst du einen Sonderverkehrswegeplan, jedenfalls was den ÖPNV angeht, oder ein eigenständiges Mobilitätskonzept für die Region skeptisch. Bezieht sich diese Einschätzung nur auf den ÖPNV oder ist ProBahn der Auffassung, dass es grundsätzlich kein Sonderverkehrskonzept, kein Mobilitätskonzept für die Region geben müsste?

**Christian Loose (AfD):** Der erste Fragenbereich richtet sich an Herrn Eyll-Vetter von DEBRIV. Es geht dabei um die Kraftwerksstandorte und die Flächen. Zunächst interessiert mich, ob die Regierung inzwischen mit den beteiligten Unternehmen, zum Beispiel RWE, Kontakt aufgenommen hat und mal nachgefragt hat, was RWE denn mit diesen Flächen machen will. Was macht RWE mit den Kraftwerksflächen nach dem Schließen? Will RWE diese Flächen selbst weiterentwickeln oder ab wann stehen diese zur Verfügung? Im vorherigen Block wurde von einem Zeitraum von acht Jahren

gesprochen. Steht RWE noch zu der hochwertigen Rekultivierung, die bisher praktiziert worden ist, oder ist zu befürchten, dass das nicht mehr geschehen wird, wenn jetzt der Kohleausstieg kommt?

Ein zweiter Fragenbereich geht an Herrn Solbach von der Stadt Bedburg. Sie haben in Ihrer Stadt einen Windpark aufgebaut, einen Bürgerwindpark. In Ihrem Gutachten sprechen Sie einschließlich der indirekten Arbeitsplätze von 3.000 Beschäftigten in Ihrer Stadt, deren Arbeitsplätze mit den anstehenden Umbrüchen aufgrund des Braunkohleausstiegs im Risiko stehen. Sie schreiben selbst: Der soziale Frieden ist bedroht. – Nun geht es um diese 3.000 Arbeitsplätze. Mich würde interessieren, wie viele Arbeitsplätze durch Ihren Windpark dauerhaft in Bedburg geschaffen wurden.

**Volker Mielchen, Zweckverband Tagebaufolge(n)landschaft Garzweiler:** Die Tagebaue sind die Bereiche im Revier, an denen man am ehesten die Betroffenheit vieler Menschen erleben konnte. Das Gleiche gilt in der Zukunft für die Kraftwerksstandorte, an denen Kraftwerke abgeschaltet werden sollen oder neue Kraftwerke entstehen sollen.

Alle diese Flächen sind die Flächen, die sich auch hervorragend eignen, um die Zukunft zu gestalten; denn sie werden wirklich von vornherein neu beplant. Deshalb denke ich, dass sie sehr vielfältige Potenziale bieten. Man muss natürlich innerhalb der Region und innerhalb der Tagebaubereiche schauen, welches Potenzial an welcher Stelle am sinnvollsten zu heben ist.

Aber ich denke, es ist eine Pflichtaufgabe, im Rahmen dieses Strukturwandels und teilweise vielleicht auch unabhängig von hochinnovativen Projekten diese Räume wieder in das regionale Umfeld zu integrieren, die gekappte Infrastruktur wiederherzustellen, die Gemeinden, die voneinander getrennt wurden, durch diese neuen Räume wieder zu verbinden.

Es ist auch eine große Chance, wenn man einmal dieses Stichwort Reallabor, das heute noch nicht gefallen ist, wählt, neue Dinge auszuprobieren. Ich kann mir vorstellen, dass vieles von dem, was heute angeklungen ist, Demonstrationsprojekte, innovative Projekte, gerade in diesen Räumen sehr gut aufgehoben wäre. Die Symbolik, die damit verbunden ist, ist natürlich von besonderer Stärke. Denn hier ist etwas verschwunden und wird etwas Neues geschaffen. Hier müssen auch die positiven Zeichen für die Bürger gesetzt werden und sicherlich auch kurzfristige Maßnahmen wirksam werden, damit man merkt, dass man nicht nur an Hochschulstandorten im Hightech-Bereich, wo es auch sehr wichtig ist, tätig ist, sondern auch dort, wo die Bürger über viele Jahre durch die Nutzung der Braunkohle betroffen waren.

Wir, die Tagebauumfeldinitiativen, sind mit Konzepten, denke ich, ganz gut aufgestellt, teilweise weiter, teilweise weniger weit. Daran muss man jetzt konkret weiterarbeiten. Das wird in den nächsten Jahren nach meinem Dafürhalten auch viel mit Konzepten und Planung zu tun haben. Nichtsdestotrotz ist es wichtig. Wir werden uns hier nicht in einen zeitlichen Wettbewerb in der Weise begeben, wer am schnellsten aus der

Hüfte schießt. Vielmehr werden wir unsere Arbeit systematisch fortsetzen. Die Kommunen im Umfeld gehören dazu. Dazu gibt es viele Bezüge. Auch dort sind gute Projektideen vorhanden.

Was wir für die Umsetzung dieses Prozesses brauchen, sind stabile Rahmenbedingungen, sind Planungsprozesse, die Zeit brauchen, die Stabilität brauchen. Wir brauchen Flächenverfügbarkeit, nicht nur physisch, sondern auch rechtlich, und wir brauchen stabile und flexibel einsetzbare Fördermittel. Andersherum formuliert: Was wir nicht brauchen, ist in jeder Legislaturperiode eine neue Leitentscheidung, in jeder Legislaturperiode eine neue Rekultivierungsplanung oder in jeder Legislaturperiode ganz andere Förderbedingungen. Denn dann kann man diese Projekte, die sich über Jahre erstrecken, nur ganz schwer effektiv voranbringen.

**Prof. Dr. Rüdiger Küchler, TH Köln:** Das Thema sind Ausgründungen, Wissenstransfer.

Ich beginne einmal mit dem Thema Ausgründungen, das in den Hochschulen in den letzten Jahren vorangetrieben wird. Das beginnt nicht damit, dass jemand eine Existenz gründet, wenn er sein Studium abgeschlossen hat. Vielmehr ist es ganz wichtig, das Thema Gründung in die Lehre, in die Studiengänge zu integrieren, nicht als Sonderveranstaltung, sondern als in den jeweiligen Studiengang integriertes fachspezifisches Angebot in Seminaren, in gemeinsamen Workshops, in gemeinsamen Projekten mit Akteuren aus der Wirtschaft.

Das Zweite ist, wir müssen denjenigen, die eine Existenz gründen wollen, in der Hochschule die Möglichkeit geben, das in Form kleiner Startups zu tun. Das heißt, wir brauchen Räumlichkeiten, wo das geschehen kann, wir brauchen bestimmte technische Ausstattungen, wo das geschehen kann, wir brauchen Beratung und Betreuung. All das müssen wir in den nächsten Jahren aufbauen. Wir brauchen zum Teil gemeinsame Plattformen mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft, aus der Industrie, aber auch ein Stück weit aus der öffentlichen Verwaltung, um hier gemeinsam Produkte zu entwickeln.

Das Thema Wissenstransfer ist ein bisschen vielschichtiger. Wir sprechen gern vom Ideen-, Wissens- und Technologietransfer. Es ist nicht die Einbahnstraße, die Hochschule entwickelt etwas und gibt ihr Wissen in ein Unternehmen weiter. Vielmehr sehen wir heute viele Bereiche, in denen wir in Kooperation mit der Wirtschaft, aber auch mit öffentlichen Auftraggebern, aber auch mit den Bürgern Ideen für neue Produkte, für neue Formate entwickeln können. Das bedeutet, sich in der Hochschule zu öffnen, das bedeutet aber auch, vor Ort präsent zu sein. Das kann man sehr gut machen, wenn man wie wir eine Hochschule mit Außenstandorten ist. Dort hat man einen wesentlich engeren Kontakt insbesondere zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen, um hier gemeinsam Projekte voranzutreiben.

Wenn Sie fragen, auf welchen Gebieten wir das Thema Existenzgründung im Moment haben, dann betreffen 80 % irgendetwas plus IT. Es kann Versicherungswesen plus IT sein, es kann eine Produktentwicklung plus IT sein. Das durchdringt alle Bereiche,

alle Fachdisziplinen von den Sprachen bis zu den Informatik- und Ingenieurwissenschaften. Darin sehen wir auch die Zukunft in der Entwicklung, diese Synergien, von denen wir schon gehört haben, und die Zusammengehörigkeit zwischen Digitalisierung und Fachnähe voranzutreiben.

Ein anderer Bereich, den wir verstärkt sehen, ist das Kooperieren in Projekten und Programmen unter Beteiligung von Planern, von Kolleginnen und Kollegen aus der sozialen Arbeit, aber auch von Unternehmen, die Produkte entwickeln. Auch hier handelt es sich also um ein Fachdisziplinen übergreifendes Agieren.

Das, denke ich, ist auch die Zukunft für das Rheinische Revier, dass wir die Themen Digitalisierung, Infrastruktur, aber auch die Frage nach den Formen der Bürgerbeteiligung, des Bürgerdialogs in den nächsten Jahren voranbringen.

**Prof. Dr. Bernhard Hoffschmidt, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Institut für Solarforschung:** Die Frage bezog sich, ähnlich wie bei meinem Vorredner, darauf, wie wir Potenziale für Ausgründungen finden und wo diese liegen sollen.

Ich will den Fokus auf das Rheinische Revier lenken. Dort sind wir heute stark in der Forschung im sehr breiten Energiebereich. Die Arbeitsplätze, die wir heute aufgrund der Braunkohlenutzung vorfinden, befinden sich im Energiebereich. Das heißt, wenn wir mit Gründungen ansetzen wollen, werden diese auch dort den Schwerpunkt haben. Das sollen sie auch, damit Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir hatten heute im Block II wiederholt die Frage, was ist der richtige Weg, Wasserstoff, Batterien oder andere Dinge? Wir sollten einmal 30, 40 Jahre zurückschauen. Ich bin damals zur Schule gegangen. Mein Vater war Physiker. Alle haben geglaubt, Nuklearenergie ist die Zukunft. Dann habe ich selbst Maschinenbau in Aachen studiert, Kraftwerkstechnik. Ich habe gedacht, Kraftwerke auf der Grundlage von Braunkohle sind schon der richtige Weg. Dann habe ich im Bereich der Solartechnik promoviert, Hochtemperatursolartechnik. Im Rahmen dieser Technik sind zum Beispiel Speicher entstanden. Ich habe vor 20 Jahren einen Wasserkollektor auf das Dach gebaut; da habe ich gedacht, das ist das Richtige. Heute würde ich Photovoltaik aufs Dach bringen.

Kurzum: Wenn wir heute darüber nachdenken, welche Schwerpunkte wir setzen sollen, sprich, welches Bild wir entwerfen, dann sollten wir dieses nicht an Technologien orientieren. Unser Bild sollte sein, wie wir Innovation als Ganzes adressieren. Wie schaffe ich ein Klima, in dem Innovation – meinetwegen im Energiebereich, aber natürlich auch darüber hinausgehend – stattfinden kann. Es geht also um die Voraussetzungen für Innovation.

Davon sind ein Teil die Ausgründungen. In der letzten Woche habe ich mein sechstes Unternehmen gegründet. Es gibt sie noch alle und sie alle betrafen den Energiebereich. Was ist charakteristisch? Sie müssen die Hochschule, das Forschungszentrum verlassen, um zu gründen. Sie brauchen einen Schubs, um rauszukommen, Sie brauchen Support aus der Industrie, vom Kapitalmarkt, von der Politik. Das ist allerdings



sehr schwierig, weil man Gründungen aufgrund der Förderbedingungen fast nicht fördern kann. Daran arbeitet man, aber bisher hat man noch kein gutes Instrument gefunden.

Diese Gründungen sind ein kreativer Quell, die neuesten Märkte zu ergründen. Wir können nicht vorhersagen, wohin es geht. Aber wir müssen ein Klima schaffen, in dem junge Gründer neue Wege finden.

Ein Ansatz, den es im Rheinischen Revier gibt, ist zum Beispiel der Brainergy Park. Dort wird mit dem Forschungszentrum Jülich, mit der RWTH Aachen, mit der Fachhochschule Aachen, mit dem DLR und auch Industrieunternehmen so ein Ansatz gemacht. Aber es ist eine große Herausforderung. Wir sind nicht in Köln.

Ein Beispiel. Meine Partner, die letzte Woche mit mir gegründet haben, gehen jetzt nach Köln. Sie haben die Technik entwickelt. Das heißt, die Herausforderung ist, wie bekomme ich in einer solchen Region einen Hub, einen Accellerator hin, damit die Gründer, die dort eigentlich das Know-how bekommen haben und auf den Weg geschickt worden sind, dort bleiben. Das ist ein noch ungelöstes Problem. Wir würden in der Gemeinschaft der Forschungseinrichtungen in Jülich im Brainergy Park probieren, die richtigen Voraussetzungen zu finden. Das allein ist ein Projekt.

Ich möchte nicht sagen, dass wir nur gründen müssen. Ich habe gesagt, wir brauchen Leuchttürme, bestimmte Technologien vielleicht. Aber wir sollten nicht nur auf eine setzen. Das wollte ich im Wesentlichen herüberbringen.

Dann gab es noch eine Frage nach den Speichertechnologien. Ich selbst habe das Thema große Speicher an Braunkohlekraftwerken eingeführt und mit RWE und mit Unterstützung des Landes an den Start gebracht. Was sind das für Speicher? Das sind Speicher für eine, ich sage mal, mittelfristige Speicherung. Wenn Sie Energie kurzfristig speichern wollen, nutzen Sie Batterien. Wenn Sie Energie etwas länger speichern wollen, sind es unter Umständen Wärmespeicher, die man an jetzige Braunkohlekraftwerke anflanschen kann.

Das heißt, man nutzt Überschussstrom, den es heute noch nicht wirklich gibt. Diesen Überschussstrom brauchen wir in der Zukunft. Wir müssen also zubauen, wenn wir Speicher bauen. Die nutzen einen Gutteil der heutigen Kraftwerke und natürlich auch des Personals und des Know-hows. Sie können dann auch den Braunkohlekessel eine Zeit lang weiterbetreiben, das heißt, Sie bekommen einen gleitenden Übergang. Aber Sie müssen es heute ausprobieren, damit diese Technik in zehn Jahren in die Breite gehen kann.

Gerade das DLR hat sicherlich sehr viel Vorarbeit bei solchen Speichern geleistet. Aber diese an ein Braunkohlekraftwerk anzuschließen braucht noch einiges an Entwicklung und Erprobung.

Solche Speicher sind heute noch nicht rentabel. Ja, das stimmt. Speicher sind heute nicht rentabel. Wir alle gehen davon aus, dass wir Speicher brauchen werden, wenn wir den Anteil der regenerativen Energien hochfahren. Aber wir müssen heute beginnen, das zu tun. Der Vorteil für das Rheinische Revier ist, wir basieren auf Technik, die wir heute schon zu einem Gutteil beherrschen, bei der wir das Know-how haben,

und entwickeln diese weiter. Wir können damit die Standorte unter Umständen erhalten.

Insofern denke ich, dass die Speicher wichtig sind. Das heißt nicht, dass wir nicht auch regenerative Brennstoffe erzeugen sollen. Deren Verwendung sehen wir als DLR aber zunächst in der Mobilität, weil sie noch einmal teurer sind. Mobilität kann ich mit einem Wärmespeicher kaum hinbekommen. Ein großer Tank auf dem Auto, das sieht nicht aus. Das Auto fährt damit auch nicht vernünftig, weil es zu schwer ist. Dort brauche ich die Brennstoffe. Regenerative Brennstoffe für die Kraftwerkstechnik brauche ich vielleicht, wenn ich bei mehr als 90 % regenerativer Energie in Deutschland angekommen bin; dann kann ich das damit auch noch machen.

**Sascha Solbach, Bürgermeister der Stadt Bedburg:** Ich darf seit heute Morgen dieser Anhörung beiwohnen. Ich muss sagen, es ist ein spannendes Spektrum, das sich aufgetan hat und das auch zeigt, dass die Debatte wirklich breit geführt werden muss. Es sind drei Fragen an mich gerichtet worden, die ich zu beantworten versuchen möchte.

Ich bin Bürgermeister einer Stadt mitten im Kernrevier. Wir haben die höchste Quote an RWE-Beschäftigten und auch die höchste Quote an Folgebeschäftigten in der Braunkohle. Ja, bei uns wird diese Debatte sehr emotional geführt; das ist die letzte Frage, die ich zuerst aufgreifen möchte. Es muss uns aber gelingen – das möchte ich klarstellen –, dass ein gesellschaftlicher Konsens zwischen erneuerbarer Energie und Braunkohle hergestellt wird.

Ich werde der plumpen Versuchung nicht erliegen, Ihnen aufzuzeigen, wie viele Arbeitsplätze ein Windpark schafft – auf den ersten Blick sehr wenige, die nur mit der Wartung zu tun haben. Das ist keine Frage. Aber die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, welche Wertschöpfung dieser Windpark erzeugt. Er wird in Zukunft, gerade seit letzter Woche, deutlich mehr Wertschöpfung dadurch erfahren, dass wir erstmalig einen Windpark mit dem Bau einer Ressourcenschutzsiedlung verbinden werden, wo sich Menschen an 365 Tagen im Jahr autark mit Energie versorgen werden.

Ich finde es gut, dass im Block III erstmalig zwei Kommunen befragt werden. Das ist im Gesamtprozess bisher nicht geschehen, nur mittelbar über die Zukunftsagentur. Dazu möchte ich nicht weiter ausführen. Aber ich möchte Sie eindringlich darauf hinweisen, dass im weiteren Verfahren die Beteiligung der Kommunen essenziell sein wird. Denn in den Kommunen wird sich entscheiden, ob das, was wir uns hier ausdenken und wie wir uns Wandel vorstellen, tatsächlich umgesetzt werden kann.

Das Thema Flächen ist dabei von entscheidender Bedeutung. Wir vor Ort sprechen uns für einen Flächenpool aus, weil er uns dabei helfen soll, Verhandlungen vor Ort zu führen, die für die Kommunen nur noch sehr schwer zu führen sind. Denn mit dem Ergebnis der Kommission sind auch die Preise für den Landerwerb deutlich nach oben geschossen, sodass das Land bei uns im wahrsten Sinne des Wortes ein noch knapperes Gut geworden ist. Wir haben verschiedene Interessen zu berücksichtigen, Ausgleichsflächen, die geschaffen werden müssen, wenn wir an anderer Stelle versuchen,

unsere Leitindustrie – das ist bei uns im Kernrevier ganz klar die Braunkohle – in mehreren Schritten zu ersetzen.

Die Bürgermeister vor Ort sind sich einig darin, dass ein solcher Pool dabei helfen kann, die Kommunen in diesen Verhandlungen auch ein bisschen aus der Schusslinie zu nehmen und dafür zu sorgen, dass es eine revierweite Strategie gibt. Das ist auch etwas, was ich in vielen Stellungnahmen gelesen habe. Wenn jede Kommune anfängt, Maximalforderungen für sich zu stellen, werden wir am Ende kein maximales Ergebnis, sondern eine Zergliederung haben. Wir haben jetzt die Chance, ein Revier von vorn nach hinten neu zu strukturieren.

Bei der Frage nach Flächen ist aber auch entscheidend, wo diese Flächen entwickelt werden dürfen. Wir haben nur sehr wenige Flächen, die in Zukunft friktionsfrei, das heißt ohne zu erwartende Bürgerproteste, entwickelt werden können, weil wir nur wenige Flächen haben, die nicht direkten Einfluss auf einen bestehenden Siedlungskörper haben. Es ist bei uns so, dass wir eigentlich nur an bestehende Siedlungskörper oder Industriegebiete anschließen können. Das wird so wahrscheinlich in Zukunft nicht funktionieren, wenn wir das, was wir heute an Wertschöpfung in der Region haben, in irgendeiner Form ersetzen wollen. Deswegen plädieren wir sehr stark für diesen Flächenfonds.

Dann bin ich gefragt worden zum Thema Abgrenzung zwischen Kommunen und ZRR. Ich glaube, das, was in den Kommunen stattfindet, ist sehr konkret, ist das Tagesgeschäft, ist die Abwicklung von Prozessen, die im Moment übergeordnet entwickelt werden, bei denen die Kommunen in Zukunft aber auch besser an den Abstimmungen beteiligt werden sollten. Wir sind leider seit einiger Zeit – ich kann es konkret nur aus der Sicht der Stadt Bedburg sagen, spreche an dieser Stelle aber auch für die Kreisstadt Bergheim – nicht mehr echter Bestandteil der ZRR. Das ist einfach dadurch passiert, dass sich dort Dinge verschoben haben. Das haben wir als sehr, sehr ärgerlich empfunden.

Ich hoffe, dass es in Zukunft – Herr Sterck hat es in der vorherigen Runde zugesichert – dort eine andere Beteiligung der Kommunen geben wird. Die ZRR sollte in Zukunft das machen, was Herr Professor Marquardt eben sehr treffend angeführt hat, nämlich ein Scharnier werden zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen. Sie sollte nicht eine rein politisch geprägte Institution sein; vielmehr müssen dort die Ideen und das Potenzial, das in der Region ist, zusammengeführt werden. Es müssen dort Verabredungen darüber getroffen werden, wo wir welche Schwerpunkte in der Region setzen wollen.

Ich weiß nicht, welche operative Rolle eine ZRR insoweit spielen kann. Das ist mir im Moment nicht klar. Im Moment sehe ich es so, dass die ZRR auch Fördermittelverteiler werden soll. Ich kann mir nicht so recht vorstellen, wie das in der jetzigen Struktur gelingen kann. Ich glaube, sie ist das Dach – ich glaube, das hat Reimar Molitor vorhin auch gesagt –, das unser Revier zusammenhalten muss. Sie sollte Lobbyist für unsere Region sein und letztlich die Stärken, die wir haben, vermarkten.

**Dr. Martin Mertens, Bürgermeister der Stadt Rommerskirchen:** Der Kollege Solbach hat gerade schon gesagt, dass es etwas ganz Besonderes ist, dass die Kommunen jetzt auch eingebunden werden. Das begrüßen wir sehr. Wir hätten uns das vorab einmal gewünscht. Denn aus kommunaler Perspektive bestand bisher immer der Eindruck, es wird auf anderen Ebenen sehr viel gesprochen, es wird auch viel entschieden, aber diejenigen, die sehr vieles davon umsetzen müssen, sind nicht so stark eingebunden gewesen. Ich komme gleich noch einmal darauf. Denn die Frage ging auch dahin, was man im Hinblick auf die ZRR verbessern kann.

Die andere Frage betraf aber zunächst die Flächen. Rommerskirchen ist Standortkommune eines Kraftwerks, und zwar nicht irgendeines Kraftwerks, sondern des modernsten Braunkohlekraftwerks BoA 2 und 3 Neurath, welches das RWE noch betreibt. Im Umfeld des Kraftwerks gibt es diverse Kraftwerkserweiterungsflächen und Potenzialflächen, die in der Theorie und auch landesplanerisch zur Verfügung stehen könnten.

Aber auch dort erleben wir, dass sich der Erwerb bestimmter Flächen nicht mehr so einfach gestaltet. Das ist etwas, was wir, wie der Kollege Solbach eben schon sagte, grundsätzlich im Rheinischen Revier erleben. Die Preise für Land steigen, wenn es denn überhaupt noch verfügbar ist.

Wir erleben oft genug, dass Landwirte, die sich theoretisch verkaufsbereit zeigen würden, sagen, wir müssen Erlöse wieder reinvestieren, sonst müssen wir sie sehr hoch besteuern und wir müssen in unserem Betrieb reinvestieren; wir wollen Tauschland haben. Dann kommen wir ganz schnell in die Situation, dass wir als Kommune erst einmal auf den Markt gehen und versuchen müssen, Tauschland zu erwerben, also an anderer Stelle Ackerland zu erwerben, um dieses gegen Flächen des Landwirts vor Ort zu tauschen, um diese Flächen wiederum zu entwickeln. Dabei geht sehr viel Zeit drauf, es geht Geld drauf. Natürlich ist auch nicht immer sichergestellt, dass man am Ende die Flächen erhält.

Wenn wir über einen vom Land aus gesteuerten Flächenpool reden, so könnte dies eine Möglichkeit sein, uns unterstützend unter die Arme zu greifen. Es gibt beispielsweise ein Modell der kooperativen Baulandentwicklung, das wir mit NRW.Urban zusammen auch in Rommerskirchen erfolgreich durchführen. Dort funktioniert es, dass das Land eine Bürgschaft übernimmt und man Bauland entwickeln kann. Ein solches Modell könnte es auch für Gewerbeflächen im Rheinischen Revier geben. Das wäre eine denkbare Möglichkeit, die wir uns vorstellen können.

Vielleicht noch einmal zur ZRR. Ich habe es eben schon kritisch angemerkt. Bisher hatten wir als Kommunen immer den Eindruck, dass wir bestenfalls in einmal jährlich stattfindenden großen Runden darüber informiert werden, was so vor sich geht. Mir hat neulich noch mein Landrat gesagt, wir könnten ja die Protokolle des Kreis Ausschusses lesen, wenn wir über die Position des Kreises zum Strukturwandel informiert werden wollten. Das ist natürlich nicht unbedingt der Umgang, den man sich als Standortkommune und als Kommune im Rheinischen Revier wünscht, die unmittelbar betroffen ist.

Unser Appell – dabei spreche ich für den Kollegen Solbach und für die anderen mit – geht dahin, dass wir in der ZRR direkt beteiligt werden, dass wir auch als Kommunen

einbezogen werden, dass wir auch im operativen Arbeitskreis mitwirken können. Denn letztlich sind wir es, die sich darum kümmern müssen, dass der Strukturwandel auch vor Ort gelingt.

**Lothar Ebbers, ProBahn NRW:** Zu der Frage von Herrn Klocke möchte ich sagen, beim Lesen des Antrags – in diesem Fall der SPD – und der Liste, die dabei war, sind mir gewisse Zweifel gekommen, ob ein Sonderverkehrswegeplan im Sinne einer Abwicklung und Finanzierung das Richtige ist.

Es gibt Projekte, die eindeutig die Standorte betreffen und einen unmittelbaren Bezug dazu haben. Dann gibt es Projekte, die räumlich benachbart sind, aber nur einen geringen oder keinen Bezug zu den Standorten aufweisen. Dann gibt es Projekte, die räumlich relativ weit entfernt sind, aber doch einen engen mittelbaren Bezug zu den Standorten haben. Ich nenne beispielsweise die S-Bahn-Stammstrecke in Köln; ohne den Ausbau dieser Strecke ist eine Umstellung der Strecke nach Mönchengladbach auf eine S 6 nicht möglich. Ohne die Ertüchtigung der Stadtbahnstrecke Ost–West braucht man gar nicht darüber nachzudenken, auf die Linien 1 und 7 noch irgendwelche Verkehre draufzusetzen. Dann wird das schon etwas schwierig abzugrenzen.

Deshalb ist mein Votum, auf jeden Fall im ÖPNV zu sagen, wir nehmen die normalen Förderprogramme, was nicht heißt, dass wir nicht ein Sonderverkehrskonzept im Sinne einer übergeordneten Planung entwickeln, die auch koordiniert werden muss. Denn wir haben ganz unterschiedliche Zuständigkeiten. Wir haben die kommunale Zuständigkeit für den Stadtbahn- und Busverkehr, wir haben die Zuständigkeit des NVR und des VRR in ihren Gebieten für den SPNV. Wenn in dem Antrag das dritte Gleis zwischen Düren und Aachen erwähnt wird, so ist auch die Zuständigkeit des Bundes betroffen. So etwas sollte koordiniert werden.

Aber wenn Sie ein Sonderprogramm machen, werden sich sehr schnell viele Trittbrettfahrer finden, die irgendeinen Weg suchen, um auch noch in dieses Programm hineinzukommen. Man sollte besser über das normale Programm vorgehen. Wir begrüßen es, dass die Verbesserung des ÖPNV als Hilfe zum Strukturwandel aufgefasst wird. Dass dafür Mittel bereitgestellt werden müssen, ist beim Strukturwandel im Ruhrgebiet nicht ausreichend oder zum Teil überhaupt nicht berücksichtigt worden. Das soll jetzt besser werden. Das muss im Ruhrgebiet nachgeholt werden.

Der SPD-Antrag, dessen Beratung auf der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses vertagt worden ist, zeigt ja, dass die Standortkommunen für den Strukturwandel ihren SPNV-Anschluss bekommen wollen. Insofern plädieren wir dafür, dass im Rahmen der Verhandlungen über den ÖPNV-Bedarfsplan der Strukturwandel bei der Bewertung dieser Maßnahmen eingesetzt wird.

Wir gehen davon aus, dass Infrastrukturmittel des Bundes für die Verkehrsinfrastruktur in angemessenen Teilen im Rahmen des Landeshaushalts zweckgebunden im ÖPNV-Topf landen. Davon gehe ich ganz fest aus. Das hat es teilweise schon im Rahmen des Bonn-Berlin-Gesetzes gegeben, dass man das über den Fachhaushalt abwickelt, aber natürlich nur für Projekte, die diesen räumlichen Bezug haben. Insofern hoffe ich, dass der bald zu erwartende ÖPNV-Bedarfsplan auch diese Möglichkeiten aufnimmt

und dass gegebenenfalls Nachmeldungen für diesen Bedarfsplan – die Meldefrist ist ja schon vor zwei oder drei Jahren abgelaufen – im Hinblick auf den Strukturwandel noch möglich sein werden.

**Ralf Sterck, Zukunftsagentur Rheinisches Revier:** Zunächst ging es um die Frage, wie in unserem Eckpunktepapier der Kernraum und der Wirkungsraum abgegrenzt sind. Der Kernraum ist dort mit der ursprünglichen Innovationsregion Rheinisches Revier definiert. Das betrifft die vier Gebietskörperschaften und die vier Kommunen im Aachener Raum und geht bis nach Euskirchen hinunter. Die Stadt Mönchengladbach ist im letzten Jahr der Zukunftsagentur beigetreten, was auch vollkommen richtig ist, weil sie vom Tagebau in Garzweiler direkt betroffen ist.

Wir haben immer gesagt, wenn es nachher um Projekte geht, dann strahlen diese natürlich in die Region aus. Das ist der Wirkungsraum. Sie haben zum Beispiel auch die Stadt Köln angesprochen. Die Stadt Köln ist Sitz der RWE und von daher schon betroffen. Wir hatten am Montag die Bahnkonferenz für den Bahnknoten Köln – Herr Reinkober von der NVR sitzt ja auch hier –, bei der man sehen konnte, wie stark gerade die ÖPNV-Verbindungen aus den Städten Köln und Aachen ins Rheinische Revier wirken und notwendig sind, um dort die entsprechende Mobilität sicherzustellen. Sie sehen, dass die Dinge natürlich in den entsprechenden Raum wirken. Der Kreis Viersen hat jetzt die Fühler ausgestreckt und für eine Mitgliedschaft in der Zukunftsagentur angefragt. Das sind Prozesse, die jetzt laufen. Sicherlich kann man den Wirkungsraum des Rheinischen Reviers und der entsprechenden Arbeitsplätze dann auch bis nach Belgien und in die Niederlande sehen.

Sie haben nach der Einbindung gefragt. Es ist richtig, was die Herren Bürgermeister hier gesagt haben. Ich habe in der vorherigen Runde schon gesagt, dass es gilt, die 20 Kommunen, die den unmittelbaren Tagebaubezug haben oder Kraftwerksstandort sind, in besonderer Weise einzubinden. Die Einbindung muss stärker sein als bei anderen Kommunen; der Kreis Euskirchen ist ja von den Tagebauen schon sehr weit weg. Deswegen wollen wir ein Format finden. Insoweit bin ich – das habe ich eben schon angedeutet – für Ideen dankbar. Der operationelle Arbeitskreis ist hier genannt worden; aber daran 20 Bürgermeister mitarbeiten zu lassen ist im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit keine geeignete Lösung. Deshalb müssen wir uns ein Format überlegen, wie wir damit umgehen.

Es ist dann nach den Städten gefragt worden. Die Städtereion Aachen ist in unseren Gremien und auch in der Innovationsregion immer drin. Was den Bereich Köln/Bonn angeht, so strahlt dieser natürlich sehr stark in das Rheinische Revier hinein. Er spielt natürlich auch durch die Mitglieder eine Rolle, die im Köln/Bonn e. V. deckungsgleich sind mit den Gesellschaftern in der Zukunftsagentur. Was die Stadt Düsseldorf angeht, so gibt es zur Stadt selbst im Moment keinen Draht. Die Region Düsseldorf ist durch den Rhein-Neuss-Kreis entsprechend vertreten.

Insgesamt muss man sagen, wir werden – das wird auch eine Aufgabe der Zukunftsagentur sein – bei den Qualifizierungsverfahren für die Projekte den entsprechenden Bezug zum Strukturwandel herzustellen haben. Die Kommission hat ja Kriterien festgelegt, nach denen Projekte bewertet werden sollen. Es wird sicherlich, wenn

das Geld vonseiten des Bundes fließt, eine Auflage sein, den Bezug zum Strukturwandel herzustellen. Diesen Bezug kann auch ein Projekt aufweisen, das in Düsseldorf oder im Kreis Viersen verortet ist. Aber man muss dann halt darstellen, welchen Beitrag das einzelne Projekt zu dem Strukturwandel im Rheinischen Revier leistet. Dann wird es ein Punktesystem geben. Dann wird es ein Projekt, das in Bedburg oder in Rommerskirchen verortet ist, möglicherweise leichter haben als ein Projekt, das in Düsseldorf oder Köln verortet ist, weil der Bezug sicherlich etwas schwerer darzustellen ist.

Herr Bombis hat nach Projekten gefragt. Herr Bröker vom indeland hat in der vorherigen Runde schon gesagt, natürlich kann jeder auf Knopfdruck Projekte nennen, die ihm besonders am Herzen liegen. Der Brainergy Park und die Teststrecke in Aldenhoven sind schon genannt worden.

Wir haben jetzt folgendes Verfahren. Wir haben Starterprojekte, die in Absprache mit dem Regionalmanagement vom Landeswirtschaftsministerium identifiziert worden sind, wo wir sagen, die haben die Chance, dass möglichst schnell etwas passiert, dass etwas sichtbar wird, dass auch entsprechende Mittel fließen können. Das sind 30 Projekte, die schon beim Bund angemeldet worden sind. Es gibt dann eine Reihe von Nachrückern für den Fall, dass nicht alle zu realisieren sind, damit wir beim Strukturwandel möglichst schnell die PS auf die Straße bekommen.

Sie kennen aus dem Anhang zum Kommissionsbericht den Projektspeicher. Das sind mehr als 150 Projekte, die dort genannt worden sind. Aber der Projektspeicher, der bei uns gepflegt wird, wächst noch. Er wird sicherlich in einigen Monaten 200 und in ein paar Jahren 250 oder noch mehr Projekte umfassen. Das ist auch richtig so.

Diese Projekte werden wir dann in ganz normale Qualifizierungsverfahren bringen. Das heißt, sie werden sich um die entsprechenden Mittel bewerben. Dafür muss es Verfahren geben, für die einzelnen Zukunftsfelder muss es Fachbeiräte geben, die dann entsprechende Empfehlungen im Hinblick auf die Förderwürdigkeit aussprechen. Nach einem Punktesystem wird entschieden werden, was früher, was später und was gar nicht gefördert wird. Es wird eine Aufgabe sein, die die Zukunftsagentur in den kommenden Jahren haben wird, diese Prozesse aufzusetzen.

Auf die Frage nach den wirkungsvollsten Dingen kann man meines Erachtens schon sagen, dass die Schieneninfrastruktur eine enorme Bedeutung für das Rheinische Revier hat, weil das Dinge sind, die sonst kein anderer leisten kann. Das sind Aufgaben des Bundes, die dort bewältigt werden können. Es geht aber noch weiter. Die NVR – Herr Reinkober kann das besser erklären als ich – ist im Grunde als Mobilitätsdienstleister für viel mehr als nur die Schiene zuständig.

Ich glaube, dass von diesen Projekten die größte Wirkung im Rheinischen Revier ausgehen wird, bis hin zu der Idee, Betriebsstrecken, die heute noch von RWE genutzt werden, in ein öffentliches Personennahverkehrs- oder Güterverkehrssystem zu integrieren. Dazu gibt es bisher nur Überlegungen, weil RWE diese Strecken zurzeit noch selbst nutzt. Man wird zu der Frage kommen, wie man diese Strecken für den sonstigen Personen- und Güterverkehr im Rheinischen Revier aktivieren kann. Ich glaube,

dass von diesen Projekten die größte Wirkung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier ausgehen wird.

**Dr. Michael Stückradt, Universität zu Köln:** Mir wurden zwei Fragen gestellt, zum einen die Frage nach dem generellen Potenzial von Wissenschaft und Forschung für eine Nachnutzung im Rheinischen Revier und zum Zweiten die Frage nach dem konkreten Potenzial von Ausgründungen.

Zur ersten Frage kann ich an vieles anknüpfen, was ich heute Nachmittag im Block II gehört habe. Lassen Sie mich versuchen, das noch einmal ganz prägnant auf einen Nenner zu bringen. Wir haben derzeit zwischen Aachen, Köln, Bonn und Düsseldorf, in der, wie ich es einmal nennen darf, rheinischen Wissenschaftsregion die beste und dichteste Wissenschaftsregion in Deutschland. Aus der Sicht der Universitäten wird dies durch das Abschneiden der vier dortigen Universitäten beim bisherigen Exzellenzwettbewerb belegt.

Was kann uns das nützen? – Wir haben gerade in den technisch geprägten Hochschulen in diesem Bereich und in den Forschungseinrichtungen sehr viel Technikforschung, die dafür prädestiniert wäre, sich mit einer Nachnutzung im Rheinischen Revier zu beschäftigen. Ich darf Ihren Blick aber auch darauf lenken, dass an den nichttechnischen Universitäten und Hochschulen in diesem Bereich, wie ich es einmal nennen darf, Begleitforschung für die Energienutzung stattfindet, zum Beispiel an unserer Universität im energiewirtschaftlichen Institut über Fragen der Energiewirtschaft, des Energiehandels, des Energierechts, aber auch über Fragen geradezu soziologischer Art, wie man mit Energiethemen umgehen kann. Ich glaube, wenn es gelänge, das noch mehr mit der direkten Energieforschung zu verknüpfen, sei es zunächst in einer virtuellen Zusammenarbeit, aber vielleicht auch in einer ganz konkreten Zusammenarbeit, die dann im Rheinischen Revier stattfindet, könnte das ein sehr sinnvoller Ansatz sein.

Lassen Sie mich zu diesem Punkt noch eine letzte Bemerkung machen, weil ich im Block II bei manchen Antworten herausgehört habe, dass Kollegen hier sagten, Wissenschaft ist schön und gut, aber wir brauchen zunächst etwas Handfesteres. Das kann ich verstehen. Aber ich möchte Sie bitten, mit mir einmal einen Blick auf die niederländischen Nachbarn zu werfen.

Wenn Sie feststellen, wie gut die niederländische Provinz Limburg heute dasteht, so hängt das auch mit den beherzten Investitionen in Wissenschaft und Forschung zusammen. Heute würde das kein Mensch mehr in eine direkte Verbindung mit dem Strukturwandel bringen, aber schauen Sie, welche Strahlkraft zum Beispiel die Universität Maastricht oder die Hochschule in Heerlen hat und was das der Region gebracht hat. Ich glaube, es ist gut, wenn man sagt, klar, wir brauchen jetzt Projekte, die schnell umzusetzen sind, aber wir können auch über Wissensinvestitionen die Region langfristig verbessern.

Zu der Frage, was Ausgründungen leisten können und auf welche Weise die Hochschulen dazu beitragen könnten. Alle Hochschulen in diesem Bereich, den ich eben genannt habe, setzen im Moment stark auf Ausgründungen. Die RWTH Aachen und



die Universität zu Köln haben das in den letzten Wochen zum Beispiel dadurch unter Beweis gestellt, dass wir im Exzellenz-Startup-Wettbewerb der Landesregierung erfolgreich waren und darüber jetzt unter anderem die Möglichkeit haben, wesentlich mehr Mittel in das Thema Ausgründungen zu investieren.

Was können Ausgründungen, die an diesen Hochschulen laufen – darüber ist eben auch schon mehrfach gesprochen worden –, dem Rheinischen Revier nützen? Lassen Sie mich das an unserem Konzept der Ausgründungen erläutern. Wir setzen bei Ausgründungen hauptsächlich auf Studierende. Davon gibt es in Köln insgesamt über 100.000. Wir sind der Ansicht, darin steckt ein riesiges Potenzial für Ausgründungen. Kollege Küchler hat das eben auch schon einmal dargestellt.

Nach allem, was wir wissen, gehen gerade junge Leute, die eine Gründung vornehmen, in der ersten Phase lieber in Großstädte, weil das ihrem Lebensgefühl entspricht. Ich könnte mir aber sehr gut vorstellen, dass man mit gezielten Maßnahmen für eine zweite Phase dieser Ausgründungen die Gründer dafür motivieren oder geradezu begeistern kann, in Bereiche zu gehen, die in der Nähe von Großstädten liegen, die aber vielleicht den Vorteil haben, dass sie zum Beispiel im Vergleich zu Köln etwas preiswerter in allen Lebenshaltungskosten sind.

Was wäre dazu notwendig? Dazu notwendig wäre eine entsprechende Infrastruktur – das ist eben auch schon erwähnt worden –, Verkehrswege, Digitalisierung, aber gerade für Ausgründer natürlich auch Gebäude, in denen sie ihre Unternehmen betreiben, aber auch gut und relativ preiswert wohnen können.

Lassen Sie mich noch einen Vorschlag zum Verfahren machen. Hier erschiene es mir sinnvoll zu sein, wenn man sich zunutze macht, dass es mittlerweile eine große Menge von Zusammenschlüssen von Entrepreneuren gibt. Man könnte mit diesen einmal in einem eintägigen Workshop diskutieren, was man tun könnte, um sie dafür zu begeistern, vielleicht auch in einer ersten Phase der Gründung ins Rheinische Revier zu gehen.

Ich glaube, es war Herr Marquardt, der eben von der Scharnierfunktion sprach. Es wurde vorhin aber auch schon von einer Gründungsoffensive gesprochen. Vielleicht kann man das kombinieren und sagen: Gründungsoffensive Rheinisches Revier und dann noch einmal konkret mit den Hochschulen sprechen, die auf diesem Gebiet unterwegs sind, oder mit denjenigen, die in dem Startup-Wettbewerb erfolgreich waren, wie man das zusammenbringen kann und welchen direkten Nutzen für das Rheinische Revier man hieraus möglicherweise ziehen könnte.

**Dr. Reimar Molitor, Region Köln/Bonn e. V.:** Herr Bombis hat mit Blick auf die Projektliste nach der Wirksamkeit einer ersten Tranche von Starterprojekten gefragt. Ich glaube, es gibt drei Kategorien, die man berücksichtigen muss.

Das eine ist, wie wir in Block II gehört haben, dass diese Projekte diese thematischen Entwicklungspfade treffen müssen. Wenn man beispielsweise ein Siedlungsprojekt hat, muss man erkennen können, dass es sich um neue Siedlungsbereiche handelt, die aber besonders gut gemacht sind. Es geht um multifunktionale grüne Infrastrukturu-

ren, neue Landschaftsfunktionen, Verkehrsinfrastruktur, Mobilität. Diese Projekte müssen so etwas wie Indikatorpflanzen sein, damit die Leute an diesen Projekten erkennen, in welche Richtung es gehen soll. Da geht es also hin, auch bei den Wissenschaftsprojekten, bei den Ausgründungen, bei der Schaffung von Gewerbeflächen, bei der Durchführung von Ansiedlungen. Das müssen Indikatorpflanzen sein, die man dann als Blumenstrauß zusammenbindet und sagt, das ist der erste Strauß, den wir binden; in diese Richtung soll das gehen. Die thematische Zusammenschau ist ganz wichtig.

Das Zweite ist, ich finde, wir brauchen einen Blick auf die territoriale Ausgewogenheit. Wenn man von oben auf diesen Raum schaut und sieht Neues loslaufen, dann kann es nicht sein, dass Teile des Reviers sozusagen nicht loslaufen. Wir brauchen eine Ausgewogenheit auf der Landkarte, um zu sehen, dort ist der Strukturwandel.

Diese letzte Kategorie muss dringend mit der Frage der Betroffenheit korreliert werden. Ich will mir nicht vorstellen, wie es ist, wenn wir in die hauptsächlich betroffenen Bereiche kommen und dort ist in der ersten Runde keine relevante Anzahl von Zukunftsprojekten, die diesen thematischen Blumenstrauß mit sich bringen. Das geht nicht.

Wir müssen darauf achten, dass wir diese drei Faktoren wie in einem Zieldreieck in der ersten Phase verwirklichen. Dann müssen wir parallel dazu das Bild und die Ambition kreieren. Diese Projekte werden wir anschieben müssen, ohne dass wir dieses Bild haben. Wir müssen also parallel das Zielbild erarbeiten, nach dem neue Projektwellen in geregelten Auswahlverfahren darauf einzahlen. Man könnte es mit Kontostellen vergleichen, die sich dann hochbuchen. Im Block II haben wir sehr genau gehört, in welche Entwicklungsrichtung das geht. Unter diesen Gesichtspunkten würde ich mir im Augenblick die Liste anschauen. Ich möchte es mir verkneifen, eine persönliche Einschätzung zu Einzelprojekten zu geben; das wäre dann, glaube ich, falsch.

**Markus Sterzl, ver.di Landesbezirk NRW:** Die Frage von Frau Brems war: Was kann die Landesregierung tun, um Wertschöpfung in der Region zu erhalten und Sozialverträglichkeit im Gesamtprozess zu gewährleisten? Ich möchte aber mit einem anderen Thema beginnen, weil mir das auch sehr wichtig ist.

Ich glaube, primär ist erst einmal Ruhe in die Unternehmen und in die Belegschaften zu bringen. Wir haben nicht nur die Ergebnisse der Kohlekommission mit den Folgen auch für die Beschäftigung, sondern wir haben parallel auch noch die Zerschlagung der Innogy, wo 42.000 Kolleginnen und Kollegen den Arbeitgeber wechseln, verbunden mit vielen Unsicherheiten und Unklarheiten, beispielsweise auch am Standort Köln, wo 400 Kolleginnen und Kollegen, die bei ver.di organisiert sind, beschäftigt sind. Auch das müssen wir in einem ruhigen Prozess und in einem ruhigen Fahrwasser abarbeiten. Diese Kolleginnen und Kollegen, die jetzt bei RWE und Innogy betroffen sind, arbeiten gemeinsam in einem Konzern.

Das heißt, wir befinden uns in einer sehr schwierigen Gemengelage und Phase. Deshalb appelliere ich ausdrücklich an die Landesregierung, die nun gefundenen Kompromissergebnisse der sogenannten Kohlekommission im Verhältnis 1 : 1 umzusetzen, um endlich Planungssicherheit für die Unternehmen sowie für die Beschäftigten und

ihre Familien herzustellen. Ich glaube, die Landesregierung kann ihren Teil auch im Gesetzgebungsprozess dazu beitragen.

Für uns als Gewerkschaft ver.di, aber auch für unsere Schwestergewerkschaft IG BCE und den DGB insgesamt war wichtig, dass neben der Sozialverträglichkeit auch Klimaschutz, Finanzierbarkeit und Versorgungssicherheit im Fokus stehen. Wir glauben, dass wir im Abschlussbericht der Kohlekommission ein gutes Ergebnis erzielt haben.

Besonders wichtig ist für uns auch das Thema Monitoring, damit wir immer wieder nachprüfen können, an welchem Punkt der Energiewende und des Umsetzungspfades wir uns derzeit befinden. So haben wir die Möglichkeit, gegebenenfalls nachsteuern zu können.

Für uns als Gewerkschaft ver.di ist wichtig, dass wir den Ausbau der Netze brauchen, des Übertragungsnetzes, des Verteilnetzes, aber auch den Ausbau von erneuerbaren Energien und gesicherter Energie, Gaskraftwerke, auch mit grünem Gas betrieben, und das hier bei uns in der Region. Denn hier waren wir stark von der Energiewirtschaft abhängig, sind wir von der Energiewirtschaft abhängig, auch mit den Industrien und Dienstleistungen, die daran hängen. Das wollen wir natürlich beibehalten. Wir wollen hier auch in Zukunft einen Energiecluster haben. So sieht für uns ein guter Strukturwandel aus.

Wir brauchen dafür aber auch Planungs- und Investitionssicherheit. Das heißt – das klang auch in den anderen Blöcken schon an –, wir benötigen regierungsunabhängige Zusagen für Unternehmen und Beschäftigte. Hierzu gehört für uns auch – wir bitten die Landesregierung, in dieser Hinsicht tätig zu werden – die Verlängerung der Gas-KWK-Förderung von 2025 auf 2030. Das ist nicht nur für Investoren entscheidend, die Interesse haben, ein Gaskraftwerk zu bauen, und in diesem Prozess Sicherheit brauchen, sondern auch für die Stadtwerke in unseren Kommunen und in der Region.

Neue Gaskraftwerke – auch das klang schon an – können theoretisch auch unter den gerade genannten Bedingungen an alten Braunkohlestandorten gebaut werden. Aber dazu brauchen wir – auch das klang an – schnelle Genehmigungsverfahren, wesentlich schnellere, als wir sie bisher gehabt haben, um so langfristige Planungssicherheit für Investoren herstellen zu können. Auch andere Ideen, die an Kraftwerksstandorten umgesetzt werden könnten, brauchen genau diese Sicherheit im weiteren Prozess.

Der Strukturwandel kann aus unserer Sicht nur gelingen, wenn wir so viele tariflich und mitbestimmungsrechtlich abgesicherte Arbeitsplätze schaffen, wie in den Bereichen wegfallen, die jetzt den Ergebnissen der Kohlekommission zum Opfer fallen; ich glaube, das kann man ohne Umschweife so nennen. Diese neuen Arbeitsplätze können natürlich im Industriebereich entstehen, aber auch im Dienstleistungsbereich aufgebaut werden.

Ich habe vorhin das Thema Netzausbau angesprochen. Für uns ist wichtig, dass sich die Landesregierung dafür einsetzt. Wir haben im Rahmen der Anreizregulierung ein System, welches beeinflussbare und nicht beeinflussbare Faktoren für die Preisermittlung und für die Effizienz- und Produktivitätsermittlung der Netzbetreiber in den Vor-

dergrund stellt, um das Ganze berechnen zu können und die Grundlage für die Preisgestaltung der Bundesnetzagentur zu melden. Personalkosten und Personalzusatzkosten sind aber ausgenommen.

Das führt dazu, dass wir ein Ungleichgewicht in der Preisgestaltung haben, das zulasten der Beschäftigten gehen könnte oder auch zu einem Investitionsstau bei den Netzbetreibern führen könnte. Wir erhoffen uns, dass der sogenannte Xgen-Faktor revidiert wird, vielleicht sogar abgeschafft wird, damit wir Beschäftigung in den Netzbetreiber-gesellschaften schaffen können. Dort brauchen wir für die Energiewende Beschäftigung, dort müssen wir Beschäftigung aufbauen. Da haben wir in unserer Region, ob Amprion, Westnetz oder Stadtwerke, sehr viele Netzbetreiber.

Zu den Branchen, die eng mit der Energiewirtschaft verbunden sind, haben wir auch in unseren Papieren, die wir gemeinsam mit dem DGB erstellt haben, darauf verwiesen, dass wir uns den Erhalt und die Weiterentwicklung der industriellen Strukturen, aber auch der Dienstleistungsstrukturen in unserer Region, im Rheinischen Revier wünschen.

Wir erwarten auch, dass sich die Landesregierung dafür einsetzt, dass die Wettbewerber, wenn sie sich als Betreiber von Steinkohlekraftwerken an Ausschreibungsprozessen beteiligen, bereits im Vorfeld – das ist eine Erwartungshaltung der Gewerkschaften – Tarifverträge zur Sozialverträglichkeit mit uns abgeschlossen haben. Das ist in öffentlichen Ausschreibungen – das wissen Sie – ein schwieriges Thema. Es ist im Bericht der Kohlekommission so niedergeschrieben. Wir erhoffen uns auch hier die Umsetzung im Verhältnis 1 : 1 und erwarten, dass im Vorfeld von Bewerbungsverfahren die Bewerber mit uns Tarifverträge abgeschlossen haben. – Das sind für uns Punkte, die die Landesregierung gern bearbeiten darf.

**Antje Grothus, Buirer für Buir e. V.:** Ich freue mich, dass ich als Tagebaubetroffene ebenfalls sprechen kann. Ich lebe seit 24 Jahren im Herzen des Rheinischen Braunkohlereviers am Tagebau Hambach, bin auch betroffen durch die Entwicklung am Hambacher Wald. Ich bin aufgrund meiner Rolle in dem Verein Buirer für Buir in die Kommission berufen worden, sehe mich aber nicht als Kirchturmpolitikerin, sondern war in dem ganzen Prozess seit Juni und davor in sehr engem Kontakt mit den Tagebaubetroffenen am Tagebau Garzweiler.

Ich bin berufen worden, um einen Interessenausgleich herzustellen, zum einen was die Klimafrage und zum anderen was die Sozialverträglichkeit angeht, also die Interessen und die Anliegen der Betroffenen zu vertreten. Dabei ist mir daran gelegen, die Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen, auf der einen Seite die Beschäftigten der Unternehmen, auf der anderen Seite aber auch die Menschen, die vom Tagebau betroffen sind.

Sie wissen alle, vielen Menschen in dieser Region wurden sehr große Opfer abverlangt. Wir haben mehr als 40.000 Umsiedlungen im Rheinischen Revier hinter uns. Es gibt weitere Zehntausende, die an den Tagebaurändern leben und daher als Tagebaubetroffene zu bezeichnen sind. Wirtschaftliche Verluste, gesundheitliche Einschränkungen und vieles mehr sind die Folgen.

Diese ganzen Aspekte, die Tagebau und Kohleverstromung für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner mit sich bringen, finden sich auch im Bericht der Kohlekommission wieder. Mir ist es ein besonderes Anliegen gewesen, dass diese Gesichtspunkte dort vertreten sind.

In der Einleitung finden Sie den Geist des Einsetzungsbeschlusses: Gleichwertige Lebensverhältnisse, den vom Tagebau betroffenen Gemeinden – damit bin ich bei Herrn Mielchen – sollen Perspektiven eröffnet werden, eine ausgewogene Verteilung der Lasten soll sichergestellt werden und der soziale Zusammenhalt in den von den Konflikten sehr stark geprägten Regionen soll sichergestellt werden. Deswegen müssen unsere Vorschläge das Ergebnis einer ausgewogenen Abwägung darstellen. Nicht nur die Betroffenen unter den Beschäftigten verdienen Solidarität, sondern auch die Tagebauanwohnerinnen und -anwohner.

Deswegen sehe ich akut Handlungsbedarf. Umsiedlungen sind und waren noch nie sozialverträglich. Es gibt Landtagsdokumente, in denen man das nachlesen kann. Ministerpräsident Laschet hat schon ein Gespräch mit Betroffenen vor Ort geführt. Sie können das der von mir eingereichten schriftlichen Stellungnahme entnehmen. Es gibt auch Unterlagen, die die Betroffenen vor Ort vorgetragen und eingereicht haben.

Ein wichtiges Thema dabei ist, Ruhe zu bekommen. Die Menschen in den Revieren wollen Ruhe auf allen Seiten. Deswegen finde ich es extrem wichtig, beim Faktenschaffen durch den Tagebaubetreiber einen Stopp herbeizuführen. Es werden weiterhin Flächen vernichtet, es wird Infrastruktur zerstört, Wohnraum wird zerstört. Es kann nicht im Sinne der Nachhaltigkeit sein, wenn weitere Flächen devastiert werden.

Ganz dringend ist die Aufnahme des Dialogs mit den Betroffenen an den Umsiedlungsstandorten. Diese Forderung hat die Kommission übrigens direkt an die Landesregierung adressiert. Da muss nicht der Umweg über die Bundesregierung gegangen werden. Man muss auch nicht diesen langen Prozess noch abwarten. Damit ist Betroffenen auf allen Seiten nicht gedient. Ich glaube, die Landesregierung hat auch schon entsprechende Möglichkeiten zu handeln.

Wir sprechen hier viel von Arbeitsplätzen. Wenn viele Menschen in diese Region kommen wollen, um hier zu arbeiten, dann möchten die Menschen gute Arbeit, aber sie möchten auch ein gutes Leben führen, Stichwort Lebensqualität. Sie möchten Natur haben, sie möchten eine gute Infrastruktur haben, sie möchten ÖPNV, Kindergärten und Schulen haben. Das ist gerade für Familien sehr wichtig. Deswegen brauchen wir, glaube ich, ein Vorrangprogramm für Bestandsflächen. Wir haben die große Flächenknappheit. Vertreter der Kommunen haben das auch angesprochen. Das heißt, wir brauchen viel mehr Naturraum und Biotopverbünde, die auch für die Lebensqualität wichtig sind.

Damit bin ich beim Thema Hambacher Wald. Auch das ist mir ein Herzensanliegen. In diesem Zusammenhang möchte ich den Appell an die Landesregierung richten: Was wir jetzt nicht brauchen können, ist eine Rhetorik, die den Wald gegen die Dörfer ausspielt. Das trägt nicht zum sozialen Frieden in der Region bei.

Sie wissen, ich habe den Kompromiss mitgetragen. Ich habe das deswegen getan, weil wir diese Reduzierung um 3,1 GW in der Region vereinbart haben – mit den Rahmenbedingungen: Dialog aufnehmen mit den Betroffenen und Rettung des Hambacher Waldes. Wir wissen, diese Reduzierung führt zu einer massiven Verkleinerung der Tagebaue. Deswegen ist es sehr wichtig, jetzt in den Kontakt mit den Menschen vor Ort zu treten, auch mit dem Hinweis, dass Umsiedlungen und weitere Devastierungen verhindert werden müssen.

Ich persönlich habe im Vertrauen auf die Landesregierung gehandelt, weil sich auch die Tonalität im Rahmen der Arbeit der Kohlekommission sehr verändert hat von einer Blockadehaltung beim Kohleausstieg hin zu der Haltung, dass man mehr auf die Chancen des Kohleausstieg fokussiert, was ich auch sehr begrüße.

Was für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner auch wichtig ist, ist einfach ein qualitätvoller Beteiligungsprozess. Es wird demnächst neue Flächen geben, die zur Verfügung stehen. Ich finde es extrem wichtig – auch das ist im Kommissionsbericht verankert –, dass man bei den anstehenden Prozessen die Betroffenen vor Ort einfach mitnimmt, Stichwort Beteiligung der Zivilgesellschaft. Wir haben auch einen unheimlichen Fundus an Schwarmintelligenz in der Region. Ich möchte Sie dazu einladen, dass dieses Potenzial gehoben wird. Wir wissen alle, dass mit solchen Beteiligungsprozessen und der Erhöhung der Transparenz auch die Akzeptanz bei den Menschen vor Ort, auf die sehr viel zukommt, steigen wird.

Deswegen finde ich es sehr wichtig, dass auch bei einem Leitbildprozess für das Rheinische Revier eine enge Verzahnung mit der Zivilgesellschaft herbeigeführt wird. Wir haben schon diverse Strategien in Nordrhein-Westfalen, Stichwort Nachhaltigkeitsstrategie NRW. Ich fände es wichtig, eine Strukturwandelstrategie in Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie aufzusetzen. Die Kommission hat Bewertungsmaßstäbe und Kriterien aufgestellt, anhand deren man Leitlinien entwickeln kann. Man kann auch eigene Leitlinien, die wichtig sind, hinzunehmen. Die Kommunen und Kreise, finde ich, brauchen bei diesen zu entwickelnden Leitbildern Arbeitsstrukturen, aber auch Ressourcen, die notwendige Fachexpertise, die ihnen an die Hand gegeben werden müsste, damit sie in diesen Prozess gehen könnten.

Auch was die Zukunftsagentur Rheinisches Revier angeht, wünsche ich mir, ebenso wie die Kommunen, mehr Beteiligung und Einbindung der Zivilgesellschaft. Da ist sicherlich eine Umstrukturierung und Reorganisation notwendig, damit sie sich an die neuen Erfordernisse anpassen können, Stichwort Kapazitäten. Auch insoweit haben wir aus unserer Sicht zum Teil Intransparenz erlebt. Wie wurden welche Projekte gefördert? Da würde ich mir wünschen, dass wir in Zukunft Leitlinien oder ein Bewertungsschema für einzelne Projekte entwickeln, um Transparenz zu schaffen, warum es welche Projekte gibt. Dann sind sie der Bevölkerung viel besser vermittelbar.

Wenn wir all diese Punkte berücksichtigen, denke ich, kann das eine gute Entwicklung werden im Sinne der Transformation hin zum CO<sub>2</sub>-freien Wirtschaften. Ich sehe darin eine große Chance, dass wir zur Modellregion werden. Ich fände es wichtig – das ist auch ein Appell an Sie hier –, dass Sie den Gestaltungsprozess im Strukturwandel parteiübergreifend als Gemeinschaftsaufgabe sehen. In allen vorliegenden Anträgen

gibt es sehr gute Ansätze. Wenn man das zusammenbringt und die Zivilgesellschaft und betroffene Menschen mit einbindet, kann das ein gut gelingender Prozess werden.

**Michael Eyll-Vetter, DEBRIV – Bundesverband Braunkohle:** Ich werde versuchen, die von Frau Plonsker und Herrn Loose an mich gerichteten Fragen thematisch sortiert zu beantworten. Zunächst einmal kann ich für alle Braunkohleunternehmen sprechen, wenn ich sage, dass eine hochwertige Wiedernutzbarmachung unabhängig von dem jetzigen Ergebnis der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung nach wie vor ein wesentliches Ziel ist, auch ein Markenkern der deutschen Braunkohle.

Insbesondere im Rheinischen Revier sind wir dabei, die Wiedernutzbarmachungsqualität permanent weiterzuentwickeln. Wir haben hierfür eine Forschungsstelle Rekultivierung, die zahlreiche Themen bearbeitet, zum Beispiel das Thema Biodiversitätssteigerung auf rekultivierten Flächen. Wir haben im Übrigen hochmotivierte Mitarbeiter, die auf dem Gebiet der Wiedernutzbarmachung arbeiten, und ein Netzwerk, das auch den ehrenamtlichen Naturschutz intensiv mit einbezieht.

Der Aufwand für die Wiedernutzbarmachung – damit möchte ich an einer Aussage von Herrn Jansen in Block II anknüpfen – wird ausschließlich vom Unternehmen getragen. So wie die genehmigten Braunkohlepläne und Rahmenbetriebspläne dies vorgeben, sind wir dazu verpflichtet, den Aufwand einschließlich der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen zu tragen. Ewigkeitslasten gibt es in diesem Zusammenhang nicht.

Das ist in der letzten Legislaturperiode im Wirtschaftsausschuss eingehend beraten worden. Dazu sind Gutachten vorgestellt und erläutert worden mit dem Prüfbericht eines Wirtschaftsprüfers, der dargelegt hat, dass die Verpflichtungen zur Wiedernutzbarmachung durch die Rückstellungen des Unternehmens auskömmlich abgedeckt sind. Im Übrigen ist RWE Power nach wie vor in den Konzernverbund eingebunden. Damit haftet natürlich der Konzern mit seinem ganzen Vermögen auch für die Verpflichtungen aus der Wiedernutzbarmachung, die ansonsten das Unternehmen RWE Power selbstverständlich aus sich heraus abdeckt.

Die Flächenwiederherstellung orientiert sich an den gültigen Genehmigungen. Sollte sich hieran etwas durch die Kommissionsempfehlungen ändern, werden hier Mehraufwendungen entstehen; davon ist auszugehen. Das wird dann Bestandteil der Verhandlungen mit der Bundesregierung sein, die angekündigt sind. Hier wird beispielsweise bezogen auf die Wasserwirtschaft oder auch auf die Wiedernutzbarmachung zu prüfen sein, ob durch die Mehraufwendungen entschädigungspflichtige Tatbestände geschaffen werden. Hierüber sind wir zu Gesprächen bereit. Das haben wir auch in unserer Pressemitteilung zum Ausdruck gebracht. Die Gespräche sind noch nicht offiziell angelaufen, aber selbstverständlich befindet sich RWE Power beispielsweise auch mit der Landesregierung in einem regelmäßigen Austausch. Dieser bezieht sich somit auch auf die Begleitung der Kommission.

Die Kraftwerksflächen sind angesprochen worden. Hier sind heute auch schon einige Beispiele diskutiert worden. Ich möchte natürlich jetzt nicht auf einzelne Projekte eingehen. Aber wir sehen bei den verschiedenen Kraftwerksstandorten Potenziale zur Weiterentwicklung. So haben wir zu unserem Kraftwerk Frimmersdorf, das sich derzeit

noch in der Sicherheitsbereitschaft befindet und in einigen Jahren herausgenommen wird, jetzt schon ein Projekt in der Planung. Wir befinden uns selbstverständlich mit den Kommunen, in diesem Fall mit der Stadt Grevenbroich und dem Rhein-Kreis Neuss, in einem engen Austausch und wollen diesen Standort einvernehmlich von einem Kraftwerksstandort zu einem Industriestandort weiterentwickeln.

Ein anderes Beispiel ist der Kraftwerksstandort Weisweiler in der Nähe von Aachen. Von hier aus wird Aachen mit Fernwärme versorgt. Hier gibt es eine Müllverbrennungsanlage. Wir sehen Potenzial, diesen Standort langfristig als Energiestandort weiterzuentwickeln. Dort liegt eine Gasleitung. Wir betreiben dort auch zwei Vorschaltgasturbinen. Wir sehen durchaus Potenzial, hier längerfristig entweder eine offene Gasturbine oder ein GuD-Kraftwerk zu betreiben.

Wir sind jetzt noch früh im Projekt. Das Kraftwerk hat noch eine Laufzeit von mehr als zehn Jahren, aber wir machen uns frühzeitig dazu Gedanken und wollen diesen Standort in Folgenutzungen einbringen. Im Übrigen sehen wir an diesem Standort auch Möglichkeiten für alternative Energien; beispielsweise werden wir hier auch das Thema Geothermie untersuchen.

Frau Plonsker, Sie hatten gefragt, was sind unterstützende Faktoren. Einmal ist es die Zeit, die zur Verfügung steht. Es ist sicherlich gut, frühzeitig mit Planungen zu beginnen. Das Know-how am Standort und in der Region ist wichtig. Wir haben hierzu – Herr Professor Hoffschmidt hat es angedeutet – auch in unserem Unternehmen Forschungs- und Ingenieurkompetenz, die wir hier einbringen. Das wollen wir auch in Zukunft tun. Dadurch wollen wir neue Technologien voranbringen.

Ein begünstigender Faktor ist natürlich auch Geld. Wenn man etwas schnell zurückbauen will, kostet es unter Umständen mehr, als wenn man es langsam macht. In dieser Hinsicht ist aus den Förderprogrammen heraus eine Beschleunigung möglich. Wir sehen aber insbesondere auch die Möglichkeit, beim großflächigen Rückbau von Kraftwerken zu prüfen, inwieweit man den dabei anfallenden Rohstoff, nämlich hochwertige Betonfraktionen, wieder verwerten kann. Es ist ein mit hohem Energieeinsatz hergestellter Wertstoff. Wir beschäftigen uns schon jetzt mit der Frage, im Übrigen auch gemeinsam mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier und Forschungspartnern, ob wir hier mehr machen können und ob man dies stärker ausbauen kann. Wir sind jetzt schon beim Kraftwerk Mülheim-Kärlich dabei, den Kühlturm zurückzubauen und den Rohstoff zu nutzen. Wir wollen dies auch im Rheinischen Braunkohlerevier machen.

Flächen sind natürlich ein begünstigender Faktor. Bei den Kraftwerken sprechen wir über Flächen jeweils in der Größenordnung von 80, 100 und teilweise mehr Hektar. Die kann man herrichten und nutzen. Insbesondere sind es Flächen, die bisher für einen Betrieb rund um die Uhr genutzt worden sind, sodass man aus unserer Sicht so etwas hier auch in Zukunft machen kann, machen sollte. Das ist natürlich immer auch eine Frage an die Interessenten, die man für eine Produktion an solchen Standorten gewinnen kann.



Das Bahnnetz ist schon angesprochen worden. Auch das ist ein begünstigender Faktor. Wir haben unsere Standorte an der Nord-Süd-Bahn durch ein Schienennetz miteinander verbunden. Dieses wird derzeit noch betrieblich benötigt. Wir fahren unsere Kohle nicht nach Fahrplan. Wir fahren im Übrigen auch Abraum zur Wiedernutzbarmachung beim Tagebau Hambach. Solange wir diese Gleise nutzen, können sie nicht für andere Zwecke verwendet werden, aber danach wird dieses Netz sicherlich für eine Folgenutzung bereitstehen. Wir haben bisher keine Planungen entwickelt, die Gleise zurückzubauen, und sehen durchaus die heute schon angesprochenen Potenziale.

Wir wollen das Ganze, wie wir das in den vergangenen Jahren gemacht haben, angefangen bei indeland, wo wir uns seit zehn Jahren in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit befinden, auch in den regionalen Verbänden machen. Gemeinsam mit dem Zweckverband Garzweiler, mit SixPack, mit der Tagebauumfeldinitiative Hambach und anderen kann man überall dort, wo sich Projekte aus unseren Betrieben heraus ergeben, dies machen. Das unterstützen wir, natürlich am liebsten unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, die wir in der Bündelungsfunktion als sinnvoll und notwendig ansehen.

Es ist eine ganze Reihe von Projekten auch im Abschlussbericht der Kommission angelegt. Bei vielen sehen wir Anknüpfungspunkte für eine Beteiligung unsererseits, bei einigen möglicherweise federführend, bei anderen unterstützend.

Ich möchte, weil es mit der Wiedernutzbarmachung zusammenhängt, auf den von Frau Grothus angesprochenen Aspekt der Umsiedlung eingehen. Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass eine Wiedernutzbarmachung ordentlich funktioniert, ist natürlich, dass die Tagebaue plangemäß weitergeführt werden können. Dazu gehört, dass der Tagebau Garzweiler vollständig, so wie er genehmigt ist bzw. wie er jetzt nach der Leitentscheidung im Braunkohlenplanverfahren ist, durchgeführt wird.

Im Übrigen sind bei den Umsiedlern die Gespräche schon in mehr als 60 % der Fälle zum Abschluss gekommen. Mit fast 60 % der Betroffenen sind die Notarverträge abgeschlossen worden, 170 Häuser am neuen Standort sind in der konkreten Planung, im Bau oder bereits bezogen. Mehr als 20 Baukrane stehen dort. Diesen Prozess jetzt zu unterbrechen würden wir für unverantwortlich halten.

Die Kohle wird dort in den 2020er-Jahren gebraucht, sodass der Betrieb planmäßig weitergeführt werden soll. Ansonsten ist selbst die nach den Empfehlungen reduzierte Kohleförderung überhaupt nicht darstellbar.

Die 3,1 GW, die hier genannt worden sind, entfallen nicht auf das Rheinische Revier. Wir gehen davon aus, dass wir zwar einen wesentlichen Anteil leisten werden, aber nicht Reduzierungen der Kraftwerkskapazität im Rheinischen Revier in dieser Größenordnung sehen werden.

**Vorsitzender Georg Fortmeier:** Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der zwischen den Fraktionen verabredeten Zeit für die heutige Anhörung. Wenn es weitere Fragen gibt, kann ich diese nur zulassen, wenn sich die Fraktionen darauf verständigen, die Befragung fortzusetzen. Es geht mir um ein einvernehmliches Votum. Wie sieht es aus? Sollen wir weitermachen? – Ich höre, es wird gewünscht, dass

wir eine weitere Fragerunde beginnen. – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Rehbaum das Wort.

**Henning Rehbaum (CDU):** Ich habe Fragen zum Verkehrssektor, zwei Fragen an Herrn Dr. Reinkober und an Herrn Schirowski. Welche neuen Projekte der Verkehrsinfrastruktur zur Anbindung an die Metropolregion oder zur kommunalen Grundversorgung sind sinnvoll? Das können Projekte im ÖPNV, aber auch in Bezug auf den sonstigen Verkehr sein. Welche rechtlichen und organisatorischen Hindernisse müssen beseitigt werden, um diese Projekte überhaupt oder schneller realisieren zu können?

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Ich habe eine Frage an Herrn Professor Küchler und Herrn Professor Hoffschmidt. Benötigt die rheinische Wissenschaftsregion mit der großen Dichte an Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen noch ergänzend eine weitere Forschungseinrichtung oder Hochschule, um Impulse für den Strukturwandel setzen zu können? Wenn ja, welche Schwerpunkte dieser zusätzlichen Einrichtung können die bereits vorhandenen Institutionen sinnvoll ergänzen?

**Bodo Middeldorf (FDP):** Ich möchte die Fragen zum Block Verkehr, die von der CDU-Fraktion an Herrn Dr. Reinkober und Herrn Schirowski gestellt worden sind, gern erweitern. Wir sprechen viel über die Frage der Herausbildung einer Modellregion. Gibt es auch Möglichkeiten, im Zusammenhang mit der Frage Zukunft der Mobilität das Rheinische Revier zu einer Modellregion auszubauen? Welche Ansatzpunkte sehen Sie dafür?

Eine Frage an Herrn Dr. Molitor. Worüber wir heute noch nicht gesprochen haben, ist das Thema Internationale Bauausstellung. Welche Chancen sehen Sie in diesem Format, Herr Dr. Molitor?

**Horst Becker (GRÜNE):** Ich habe auch noch eine Frage an Herrn Dr. Reinkober. Welche Maßnahme ist aus Ihrer Sicht am wichtigsten und ist auch realitätstauglich, um der Region im öffentlichen Personennahverkehr zu helfen? Es gibt ja auch Maßnahmen, die in absehbarer Zeit nicht zu realisieren sind.

An Lothar Ebberts würde ich fast die gleiche Frage richten, nämlich: Was ist aus deiner Sicht die Maßnahme, auf die auf keinen Fall verzichtet werden kann, oder die Infrastruktur, die auf jeden Fall in irgendeiner Weise gestärkt werden muss, damit die Region im ÖV weiterkommt. Was siehst du sozusagen auf die Region zukommen, positiv wie negativ?

**Nic Peter Vogel (AfD):** Meine beiden Fragen aus demselben Komplex drehen sich um die Schiene. Dementsprechend möchte ich gern Herrn Elbers und gegebenenfalls Herrn Dr. Reinkober fragen.

Aufbauend auf dem SPD-Antrag und bezogen auf die Reaktivierung oder eventuell den Neubau von Schienennetzen sind wir einmal die Listen akribisch durchgegangen, Bahnhof für Bahnhof, Kilometer für Kilometer. Wir haben die Vorhaben nur unter dem

Aspekt der technischen Machbarkeit betrachtet, nicht unter Wirtschaftlichkeits- und Bedarfsaspekten. Bei Teilstrecken sind wir sehr schnell an die Grenzen gekommen; sehr oft liegen nur einspurige Strecken vor. Deshalb meine konkrete Frage: Gibt es in diesen Ballungsräumen überhaupt noch eine Möglichkeit zum Ausbau der Schieneninfrastruktur oder werden wir dabei schnell an unsere Grenzen kommen?

Eine zweite Frage dazu. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Sonderposition in ganz Europa, was die Verkehrsdichte angeht. Es ist zu erwarten, dass der Lkw-Verkehr, der in den letzten Jahren schon stark zugenommen hat, weiterhin stark zunehmen wird. Um einem drohenden Verkehrsinfarkt vorzubeugen, ist auch die Prämisse, Güter vom Lkw auf die Schiene zu bringen, für mich immer hochinteressant. Bei vielen dieser Teilstrecken oder bei Bahnhöfen habe ich gesehen, dass der Schienenpersonenverkehr in Konkurrenz zum Güterverkehr treten kann. Sehen Sie insoweit eine ähnliche Bedrohung? Macht es überhaupt Sinn, die Leute zu motivieren, im Personenverkehr mehr auf die Schiene zu gehen, um den Straßenverkehr zu entlasten, wenn wir Güter nachher wieder auf dem Lkw haben?

**Vorsitzender Georg Fortmeier:** Weil Herr Dr. Reinkober bei fast allen Fragen zum Verkehrsbereich angesprochen worden ist, möchte ich ihm noch etwas Zeit zum Überlegen geben und mit Herrn Dr. Molitor beginnen, an den nur eine Frage gerichtet worden ist.

**Dr. Reimar Molitor, Region Köln/Bonn e. V.:** Zur Internationalen Bauausstellung hatte ich in Block II kurz etwas gesagt. Es gibt nicht viele Formate, die als Rahmenformat über einen langen Zeitraum taugen. Wir werden sicherlich keine Weltausstellung machen. Wir sprechen über andere Formate, die wir im Land schon aus der IBA Emischer Park heraus entwickelt haben; die sind dafür nicht geeignet, die sind zu klein.

Insofern erscheint die Erweiterung des eingeführten Formats einer Internationalen Bauausstellung um den Bereich Technologie ein gutes Format zu sein, um das Ganze zusammen zu halten. Die Frage des Zusammenhaltens hat bei der Internationalen Bauausstellung auch etwas mit einer Selbstversicherung nach innen und nach außen zu tun. So ein Format hat Ambition. Dadurch, dass es international ist, muss man sich in bestimmten Zeitintervallen nach außen präsentieren. Das ist dann eine kleine Expo, die im Zeitraum von fünf und zehn Jahren dazu dient, dass man nach innen der Bevölkerung anzeigt, wir machen Strukturwandel, hier geht was, wir sind ambitioniert, aber gleichzeitig den Markteffekt mitnimmt und das gerade in der Grenzregion innerhalb Nordrhein-Westfalens am Markt positioniert, um zu zeigen, was das Ganze kann. Insofern halten wir das für einen geeigneten Rahmen, um das, was wir heute diskutiert haben und was heute ansteht, und auch das Geld in eine kluge Zukunft zu lenken.

**Lothar Ebberts, ProBahn NRW:** An mich ist zunächst die Frage zu den wichtigsten Projekten gestellt worden. Die unabdingbaren Vorhaben – allerdings nur mittelbar betroffen – sind die Stammstrecken. Das betrifft in Köln die Stadtbahn und die S-Bahn.

Zum Zweiten haben wir Ähnliches im Bereich Düsseldorf, nämlich die Strecke Neuss–Düsseldorf. Sie hat zwar noch Kapazitäten. Wir kennen es aus dem SPNV-Beirat. Sie

hat eine S-Bahn-Strecke, von der man auf einer Strecke von 12 km nicht auf die benachbarten Ferngleise wechseln kann. Da fehlt es an der Verbindung untereinander. Das betrifft natürlich auch die ganzen Möglichkeiten, die es gibt, um Richtung Grevenbroich Verkehre zu lichten.

Des Weiteren halten wir es für zwingend notwendig, die Ausbauten vorzunehmen, die zum Teil im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans vorgesehen sind, beispielsweise auf der Achse von Venlo nach Köln die Eingleisigkeit aufzuheben. Das ist absolut vordringlich, damit wir überhaupt, sage ich mal, einen regulären Fahrplan aufstellen können. Wir machen heute einen ITF, der von den Engpässen ausgeht. Bei der S 6 hat man mit dem Fahrplan begonnen, weil dort vier Eingleisigkeiten bestehen. Darauf baut sich dann der ITF für den gesamten S-Bahn-Bereich Rhein-Ruhr und Köln auf. Daran merken Sie, wie wichtig der Ausbau solcher Engpässe sein wird.

Uns sind die Konzepte im Bereich des NVR, vorsichtig gesagt, ein bisschen zu S-Bahn-lastig. Je weiter man aus der Kernmetropole herauskommt, desto weniger ist die S-Bahn das geeignete Verkehrsmittel. Bis zur Nachbarstadt von Köln ist es eine angemessene Entfernung, vielleicht auch noch eine Stadt weiter. Wenn man aber bei über 30 oder über 50 Minuten Fahrzeit ist, ist die S-Bahn nicht mehr das Richtige. Deshalb sind auch Ausbauten vordringlich, die einen Mischverkehr von S-Bahn und schnellerem Konzept und das schnellere Konzept ein bisschen häufiger als nur einmal stündlich vorsehen.

Von Köln nach Bonn gibt es heute nur eine schnelle Verbindung – das ist der RE 5 – und etwa 15 langsame Verbindungen inklusive Vorgebirgsbahn, Rheinuferbahn, S 13 und was da alles noch ist. Das ist nicht ganz ausgewogen. Als Gegenbeispiel: Zwischen Duisburg und Düsseldorf gibt es drei S-Bahnen in der Stunde und 7 RE und in der Spitze noch einmal einige zusätzliche RE. Das ist der Verkehrsstruktur auf solchen Achsen etwas angemessener. Deshalb achten wir auch immer darauf, wie flexibel das Angebot zwischen den einzelnen Verkehrsträgern ist.

An dieser Stelle kann ich auf Ihre Frage, Herr Vogel, übergehen, auf das Thema der Kapazitäten und der Konkurrenz zwischen Personenverkehr und Güterverkehr. Wir haben Mischstrecken mit Personen- und Güterverkehr, auf denen es schwierig wird. Dazu sind im geltenden Bundesverkehrswegeplan ganz neue Prioritäten gesetzt worden. Man hat nämlich sowohl die sogenannte Rheydter Kurve als auch den dreigleisigen Ausbau Düren–Aachen herausgenommen und setzt jetzt auf das neue Projekt 3 RX, also einen „Eisernen Rhein“ von Antwerpen über Roermond, Venlo, Mönchengladbach Richtung Köln bzw. Viersener Kurve Richtung Duisburg. Ich habe ein bisschen die Vermutung, dass an dieser Stelle zwei Gäste die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Das ist nämlich ein Projekt von deutscher und vor allem von flämischer Seite; aber dazwischen sitzt noch ein Wirt in den Niederlanden. Die wissen noch gar nicht so richtig von ihrem Glück, dass dort zwei Verbindungskurven gebaut werden müssen, eine eingleisige Strecke zweigleisig ausgebaut würde usw. usf.

Davon hängen die Belastungen auf der Achse Venlo–Köln, auf der Achse Aachen–Köln und auf der Achse Aachen–Mönchengladbach ab. Genau auf diesen drei Strecken ist die große Konkurrenz zwischen dem SPNV, vor allem auch dem RE-Verkehr und dem Güterverkehr. Wir haben auch durch die Eingleisigkeit der ab Düren parallel

liegenden S-Bahn nicht die Möglichkeit, den Güterverkehr auf die S-Bahn-Gleise zu legen. Der superschnelle Personenverkehr dort – der Abschnitt Düren–Köln ist auf Tempo 250 ausgebaut – ist nicht gerade geeignet, eine besonders hohe Kapazität dieser Strecke herbeizuführen. Je unterschiedlicher die Geschwindigkeit, desto geringer die Kapazität.

Dort sehen wir die größten Abstimmungsschwierigkeiten, ein Konzept hinzubekommen, das die Bedürfnisse aller dieser Verkehrsmittel berücksichtigt. Ich möchte wirklich für die Bevorzugung dieses 3R-Korridors einen internationalen Vertrag haben wie damals für die Betuwe-Route den Vertrag von Warnemünde. Bevor das nicht so ist, dürfen diese anderen Projekte, die da im Gespräch waren, Rheydter Kurve und dreigleisiger Ausbau nach Aachen, auf keinen Fall in der Versenkung verschwinden. Die müssen als Ersatzprojekte gegebenenfalls jederzeit aktiviert werden können, damit man nicht nachher sagt, wir kriegen es nicht hin, aber wir wissen einen Schuldigen. An dieser Stelle setzt man sehr stark auf eine einzelne Karte. Da hakt es in diesem gesamten Dreieck zwischen Düsseldorf oder Duisburg, Aachen und Köln, weil der große Hafenhinterlandverkehr von Antwerpen und zum Teil auch von Rotterdam in Richtung Rheinschiene und Oberrheinkorridor darüber läuft.

**Prof. Dr. Bernhard Hoffschmidt, Deutsches Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR), Institut für Solarforschung:** Es ist keine einfache Frage, jetzt mal eben zu sagen, welche Hochschule die richtige wäre. Ich werde das folgendermaßen zu beantworten versuchen: Was fehlt uns generell? Wo das dann stattfindet, müssen, glaube ich, andere entscheiden.

Wir haben im Forschungszentrum sicherlich eine große Kapazität, was die Informatik angeht. Wir haben einen Schwerpunkt an der Fachhochschule Aachen mit Sitz in Jülich in dieser Hinsicht. Aber das Thema KI ist in der Region meiner Meinung nach generell noch zu schwach im Hinblick auf die Absolventenzahl, die wir eigentlich brauchten, insbesondere um unsere sämtlichen Techniken, die in Richtung Digitalisierung gehen, zu stärken. Insofern würde ich sagen, Ausbildung im Bereich KI.

Die Großforschung tut sich ein bisschen schwerer. Wir haben als DLR mehrere Institute in dieser Richtung aufgebaut, nicht in der Region. Das Problem ist, dass ein guter Absolvent im Bereich KI ein Anfangsgehalt von 250.000 € aufwärts hat, was keine Großforschungseinrichtung überhaupt stemmen kann. Das zeigt aber, wie attraktiv eine Ausbildung in diesem Bereich wäre.

**Prof. Dr. Rüdiger Küchler, TH Köln:** Die Frage nach zusätzlicher Hochschulkapazität möchte ich wie folgt beantworten: Alle Prognosen zeigen uns, dass wir bis weit in die 2040er-Jahre eine hohe Nachfrage nach Studienplätzen haben werden. Die Prognosen beziehen sich meistens auf einen Landesmittelwert. Wir haben in der vorherigen Runde gesehen, mit welchem Bevölkerungswachstum wir in der Region rechnen. Wir brauchen und müssen zusätzliche Studienplätze aufbauen, die wir im Moment teilweise nur temporär haben. Zum Beispiel die TH Köln ist in der Zeit von 2007 bis jetzt von 16.000 auf 26.000 Studierende angewachsen.

Es stellt sich die Frage, wo bauen wir diese neuen Studienplätze auf, weiterhin in Köln, oder nutzen wir die Chance, wie wir das mit unseren Standorten Leverkusen und Gummersbach getan haben, in die Region, in den Rhein-Erft-Kreis hineinzugehen. Es hat Vorteile für uns, dass wir dort näher an den Akteuren im mittelständischen Bereich sind, aber auch näher an allem, was mit dem Strukturwandel zu tun hat. Wir sehen, es hat große Vorteile, in Leverkusen und Gummersbach einen Standort in der Erreichbarkeit zu haben. Dort ist die Hemmschwelle, zur Hochschule zu kommen, niedriger, als wenn man nach Köln fahren muss.

Wir können diese Chance nutzen, auch vom Studierendenprofil, von den Studiengängen her etwas anzubieten, wo wir heute einen riesigen Bedarf haben. Das sind die Planungsingenieure im Infrastrukturbereich, das ist das Thema des Infrastrukturmanagements, also Projektentwickler, Projektsteuerer, die wir brauchen. Das ist das Thema IT, ob es KI ist, Geoinformatik. All das, was mit dem Thema Entwicklung der Infrastruktur zu tun hat, wird heute von Digitalisierung begleitet. Das möchten wir nutzen.

Wir haben heute einen Fachkräftemangel im Bereich Planungsingenieure, ob es um Bauen, Energiesysteme, Wasser, digitale Netze oder Freiraum- und Landschaftsplanung geht. Wir haben heute im Block II gelernt, das hängt alles irgendwo miteinander zusammen. Wir brauchen nicht mehr nur den Verkehringenieur, sondern wir hatten das Beispiel, in dem Verkehr und Energie in Gesamtkonzepte für die Region entwickelt werden müssen. Der Ansatz ist, in den Bereich der Systemplanung und weg von der Objektplanung zu kommen, dass wir Leute ausbilden, die eine gemeinsame Sprache sprechen und auch gemeinsam Projekte bearbeiten.

Wir stellen im Moment ein erhebliches Defizit an Fachkräften für den gehobenen Dienst in den Kommunen, in den Kreisen und in den Verwaltungen fest. Hierbei geht es um Bachelor-Abschlüsse, die berufsqualifizierend sind. Dort finden Sie kaum Nachwuchs. Selbst unsere schlechtesten Absolventen in diesem Bereich haben innerhalb von zehn Tagen einen Arbeitsplatz. Das ist im Moment so, und es zeigt den Bedarf, den wir haben.

Wir nutzen die Chance einer zunehmenden Studierendennachfrage in der Region, den Ausbau der Kapazitäten nicht nur in Köln zu betreiben mit den zusätzlichen Problemen, die wir dort beim studentischen Wohnen und bei der Erreichbarkeit haben; wir nutzen die Chance, an einem neuen Standort im Rhein-Erft-Kreis die Studienplätze aufzubauen, um auch ergänzende Nutzungen an einem solchen Standort unterzubringen. Die Erfahrungen aus Gummersbach und Leverkusen zeigen, dass sich die Standorte dynamisch entwickeln mit dem Kontakt zu anderen Unternehmen, mit Startups, aber auch mit ganz traditionellen Unternehmen, die dann eine Nähe zur Hochschule haben. Also keine neue Hochschule, sondern der Ausbau einer bestehenden Hochschule an einem ganz vernünftigen und zukunftsfähigen Standort mit einem zukunftsfähigen Profil.

**Ulrich Schirowski, Wirtschaftsförderung des Kreises Heinsberg:** Ich bin als Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Heinsberg kein ausgewiesener Verkehrsexperte und kann das in erster Linie nur aus dem Blickwinkel des

Kreises Heinsberg als der Gebietskörperschaft betrachten, die mit den Auswirkungen des Tagebaus Garzweiler II sehr viel zu tun hat. Herr Mielchen und ich sind hier quasi die Vertreter dieses Teils der Region.

Die Frage ging in die Richtung: herausragende Projekte und insbesondere die Einbindung in die Metropolregion; das war der erste Teil der Frage. Das Thema Metropolregion ist heute noch nicht explizit aufgegriffen worden. Ich interpretiere das mal in die Zukunftsregion rheinisches Revier hinein.

Gerade aus unserer Ecke heraus, die so ein bisschen hinter dem Tagebau Garzweiler II liegt und dadurch ein Stück weit von den Entwicklungen abgeschnitten ist, die sich hier ergeben, brauchen wir zumindest in den Bereich Köln und teilweise in den Bereich Düsseldorf hinein natürlich diese entsprechenden Infrastrukturprojekte. Ich bin mir sicher, Herr Dr. Reinkober wird gleich einiges dazu sagen können. Ich glaube, hier im Raum gibt es diesbezüglich keinen besseren Experten als ihn, der das gleich ausführen kann.

Wichtig ist mir aber, an dieser Stelle deutlich zu machen, dass wir, um eine gesamte Region, um eine Zukunftsregion zu bilden, auch diese Infrastrukturanbindungen brauchen. Denn diese sind Moment abgeschnitten.

Aus unserer Sicht wird sehr stark auch der Gedanke gespielt, um etwas besser angebunden zu sein, auch die Infrastruktur des Tagebaubetreibers zu nutzen; Herr Eyll-Vetter hat darauf angesprochen. Es wird nach dem Verlauf des Tagebaus und vor dem Hintergrund der Frage, inwieweit die Infrastruktur noch von dem Tagebaubetreiber selbst genutzt werden muss, wahrscheinlich noch sehr lange brauchen, eine anderweitige Nutzung herbeizuführen und die Strecken beispielsweise in ein normales ÖPNV-Netz einzubringen. Das ist sicherlich noch ein bisschen weit hin.

Nichtsdestotrotz brauchen wir etwas. Denn wir brauchen die Zusammenarbeit in der Region. Die wird gerade über die Infrastruktur entsprechend hergestellt. Das bezieht sich, wenn ich über Infrastrukturen rede, natürlich auf den ÖPNV, nach wie vor aber auch auf Straßenanbindungen innerhalb der Region, aber auch darüber hinaus.

Ein Teil der Frage bezog sich auch auf rechtliche und organisatorische Hindernisse. Darüber haben wir im Verlauf dieses Tages sehr viel gehört. Das gilt für Gewerbegebiete, das gilt aber selbstverständlich auch für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen. Die größten Hindernisse sind die lang laufenden Planungsprozesse, die wir in diesem Bereich haben. Das hat wiederum etwas damit zu tun, dass nicht die entsprechenden Fachleute an der entsprechenden Stelle sind. Da muss, glaube ich, im Rahmen dieses Prozesses, den wir jetzt anstoßen, deutlich nachgelegt werden, damit wir die PS, die wir zur Verfügung haben, die für die Entwicklung dieses Raums wichtig sind, auch auf die Straße bringen können. Was rechtliche und organisatorische Hindernisse angeht, sind sicherlich die lang laufenden Planungsprozesse das Hauptproblem, die in irgendeiner Form unter Berücksichtigung aller Erfordernisse, die vorhanden sind – das ist ganz klar –, verkürzt werden müssen. Auch dazu ist heute sehr viel gesagt worden.

Eine Frage ging auch in Richtung Modellregion für die Mobilität der Zukunft. In diesem Zusammenhang würde ich tatsächlich nicht nur auf meinen Teil der Region ansprechen, sondern insgesamt auf das Gebiet der Innovationsregion Rheinisches Revier bzw. jetzt noch des Rheinischen Braunkohlereviers.

Ein Stichwort fiel heute, glaube ich, noch nicht. Es ist mir zumindest nicht aufgefallen, nämlich 5 G, also die entsprechende Anbindung. Damit es wenigstens an einer Stelle gesagt wurde, sage ich es. Das ist natürlich gerade für das Thema Mobilität sehr wichtig. Wir haben heute im Laufe des Tages sehr viel über das Forschungspotenzial in dieser Triangel der Universitäten Düsseldorf, Köln und vor allen Dingen auch Aachen und Jülich in der Mitte gehört. Diese Institutionen haben ein sehr hohes Potenzial. Selbstverständlich bietet es sich an, dass man vor diesem Hintergrund – auch das ist ein Teil des Kommissionsberichts – eine Modellregion 5 G macht. Dort bestehen natürlich sehr gute Möglichkeiten, Themen wie autonomes Fahren und anderes nach vorn zu bringen.

Damit wären wir wieder bei diesem Zukunftsmodell der Region, die sicherlich nicht nur bei dem Thema Mobilität, sondern auch für andere Bereiche eine tolle Modellregion werden kann, in der Zukunft gestaltet wird. Ich glaube, das Rheinische Revier, das über Jahrzehnte zu der Energieversorgung für unsere Volkswirtschaft beigetragen hat und auch ein Stück weit dafür gelitten hat, auch die Menschen, die hier leben, hätte genau das verdient, was in den nächsten 20 Jahren hier passieren soll.

**Dr. Norbert Reinkober, Nahverkehr Rheinland NVR GmbH:** Vielen Dank für die Lorbeeren, die ich in einzelnen Wortbeiträgen bekommen habe. Das bin nicht ich, sondern das ist die gesamte Region, die sich mittlerweile sehr gut aufgestellt hat.

Wenn wir heute so intensiv über Verkehr und Mobilität reden, dann ist das letztlich nur die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung. Aber es ist natürlich eine der wesentlichen Voraussetzungen, über die wir hier reden. Es ist Mittel zum Zweck und wir sollten es nicht zu hoch hängen, weil alle anderen Bereiche, die heute schon angesprochen worden sind, noch viel wichtiger sind. Im Moment ist aber das Thema Verkehr allgegenwärtig. Dieselfahrverbote und Co. machen es mehr als deutlich.

Ich glaube, wir haben das Glück des Tüchtigen von Aachen/Heinsberg mit der Städteregion bis hin in den Kölner, aber auch in den Neusser Raum, dass wir planerisch sehr gut aufgestellt sind und uns erst gar nicht auf den Weg machen müssen, neue Konzepte zu erarbeiten. Die liegen zum größten Teil schon vor. Man findet sie auch schon in dem Kommissionsbericht.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Verkehrsprojekte, die Mobilitätsprojekte einen so großen Umfang einnehmen gegenüber den Projekten unserer Kollegen aus Ostdeutschland. Diese haben mich bewundernd gefragt, wie wir es denn geschafft hätten, in so kurzer Zeit so viele neue Projekte zu kreieren. Ich habe gesagt, das sind keine neuen Projekte, das sind die Projekte, die in der Region bereits erarbeitet worden sind. Sie sind einfach nur hereingebracht worden. Wir wollen die Möglichkeit der Finanzierung nutzen, um sie noch schneller und konkreter umzusetzen.



Wir haben das Glück, dass wir in der Region über die Mobilitätsverbände sehr gut aufgestellt sind, dass wir in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium, mit Straßen.NRW und den anderen Akteuren wie dem Zukunftsnetzwerk Mobilität diese Programme erarbeitet haben und dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht nur Aufgabenträger, sondern neben der Bezirksregierung gleichzeitig Förderbehörde sind, sodass wir die Chance haben, sehr schnell zu agieren und sehr schnell neue Projekte in Förderrecht umzusetzen.

Ich gehe es am besten anhand der einzelnen Fragen durch. Es sind zu viele Fragen gewesen, die den Themenbereich Verkehr betrafen. Ich fange mit den neuen Projekten an. Wenn wir über neue Projekte reden, dann reden wir über alle mittelfristig und lang laufenden Infrastrukturprojekte. Es sind zahlreiche, auf die ich jetzt gar nicht eingehen will, außer dass mir vielleicht die Erft-S-Bahn oder die Regiobahn in Aachen zuerst einfallen. Es sind zahlreiche Projekte in der Region zu nennen. Ich würde auch keine Priorität setzen, welches hervorzuheben ist.

Bei den Starterprojekten – das sind vielleicht die ersten Projekte, die wir sichtbar machen können – würde ich fünf hervorheben. Das klingt erst einmal altbacken, aber wir müssen die traditionellen Verkehrsformen mit den zukünftigen neuen Verkehrsformen, die sich entwickeln und die man jetzt noch nicht absehen kann, verbinden. Wir sind froh, dass wir im Herbst dieses Jahres das Konzept für 460 Mobilstationen aufgesetzt haben, die wir im Rheinischen Revier jetzt sehr schnell in jeder Kommune, in jeder Gemeinde ausrollen können und anhand deren wir alle bestehenden Mobilitätsformen bis hin zum Carsharing, aber auch alle neuen Mobilitätsformen wie On-Demand-Verkehre, wie autonomes Fahren, wie Shuttlebusverkehre dort einbringen können.

Als Zweites Projekt nenne ich die digitale Schiene, die digitale Straße. Das ist eines der Starterprojekte, mit denen wir beginnen sollten, die wir sehr schnell in Machbarkeitsstudien ausrollen können und für die wir anschließend sehr viel Geld brauchen, mit denen der Bund aber sehr schnell starten kann und mit denen wir Zeichen setzen können und schnell sind im Konkurrenzkampf mit den anderen Kohlerevieren. Machen wir uns nichts vor, wir müssen gut aufgestellt sein. Diese Projekte sind die Basis dafür, um anschließend die digitale Infrastruktur aufbauen zu können, die wir brauchen, um die neuen Mobilitätsformen in der Realität wirken lassen zu können.

Als Drittes nenne ich multimodale Mobilitätsdaten. Es geht darum, dass wir in diesem Dreieck von Aachen bis Köln und Neuss sehr schnell in allen Kommunen flächendeckend alle Mobilitätsdaten erfassen, um sie anschließend über die Forschungseinrichtungen und die Apps dem Bürger zur Verfügung zu stellen – der Bürger ist das wichtigste Glied, über das wir hier reden – und damit neue Dienstleistungen und Serviceleistungen anbieten zu können.

Viertens nenne ich die Planungsbeschleunigung. Ich bin froh, dass im Rahmen dieser Projekte nicht nur über Infrastruktur, sondern auch über Planungsmittel und Planungs-kapazitäten gesprochen wurde und dass wir über die Projekte, wenn sie realisiert werden, viel Personal bereitgestellt bekommen. Das brauchen wir auch, wenn wir anschließend mit den Städten, mit den Gemeinden in die Umsetzung gehen und dort Hilfestellung leisten müssen. In jeder Kommune einen eigenen Stamm aufzubauen,

das kann man machen, muss man aber nicht machen. Man muss letztlich das Expertenwissen, das man hat, vor Ort bringen und es in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden umsetzen. Dafür ist dieses Personal gedacht. Es ist dafür gedacht, die Infrastrukturmaßnahmen möglichst schnell aufzugleisen. Es ist immer ein langer Prozess. Wir wissen, wie lange wir für Infrastrukturmaßnahmen brauchen; da ist jede Beschleunigung im Planungsprozess eine sinnvolle Maßnahme. Das bringt uns einige Jahre, die wir dort sparen können und die wir gewinnen können.

Schließlich nenne ich das digitale Ticketing. Wenn wir all diese Dienstleistungs- und Servicemaßnahmen aufsetzen, dann müssen wir sie nachher auch verkaufen, aber nicht verkaufen, um möglichst hohe Preise zu erzielen, sondern wir müssen sie an die Bürger, an die Kunden heranbringen. Dafür brauchen wir neue Systeme. Wir brauchen nicht nur eine App. Eine App zu entwickeln ist das Leichteste der Welt. Aber die Hintergrundsysteme und all das aufzubauen, was dahinter an Verteilmechanismen stattfinden muss, ist keine einfache Sache.

Google und Co., alle werden in die Region strömen, um ein Geschäft zu machen. Das darf nachher nicht zulasten der Volkswirtschaft gehen, das darf nicht zulasten der öffentlichen Hand gehen, dass dort nur Gewinne abgezogen werden und die öffentliche Hand auf den Kosten sitzen bleibt. Da muss es verteilte Systeme geben. Alle sind herzlich willkommen, aber es muss eben ein ausgewogener Prozess sein. – Das einmal zu den fünf Starterprojekten.

Welche rechtlichen Hindernisse bestehen, wie können wir schneller werden? Ich habe gerade schon einen Teil davon genannt: Personal, Personal, Personal und noch mal Personal. All diese Projekte umzusetzen ist nicht nur die reine Realisierung des Baus einer Straße oder einer Schienenstrecke oder einer P+R-Station, sondern das sind vor allem die Konzepte, das sind die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit, die zwischen den Kommunalverwaltungen, den Firmen, der Industrie und den Forschungseinrichtungen organisiert werden müssen. Das ist aufwendig. Da muss man richtig viel Geist hineinsetzen, da muss man richtig viele Kapazitäten hineinbringen, um die verschiedenen Akteure zusammenzubringen, um das, was in der Wissenschaft ausgearbeitet wird, nachher nicht in Dubai, sondern hier bei uns fliegen zu lassen.

Das haben wir bis jetzt nicht. Wir entwickeln tolle Systeme in Aachen, in Köln, in Eindhoven, in Jülich, aber sie werden hier nicht zur Anwendung gebracht. Die kommunale Seite mit der Wissenschaft zusammenzubringen ist eine Herausforderung. Wenn wir dann noch die Wirtschaft einbeziehen, dann wissen wir, wie wir schneller werden können.

Wir müssen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur und Mobilität zusammen denken. Mit Reimar Molitor sitzen wir eng zusammen, um alle Aspekte zu betrachten, natürlich auch mit dem Zweckverband Regio Aachen und Herrn Sterck. Das muss selbstverständlich sein, sodass wir nicht nur vom Verkehr reden, sondern von einem Planungsprozess, der all diese Dinge mit betrachtet.

Wenn wir von Infrastrukturmaßnahmen reden, so müssen wir schnell starten. Das könnten wir jetzt. Wir sollten in Vorleistung gehen. Wir sollten Vorratsplanungen ma-

chen. Die Bayern machen uns das überall vor. Gut, die haben auch einen Bundesverkehrsminister, der aus Bayern kommt. Da müssen wir Geld in die Hand nehmen, um die Projekte, wenn sie auf der Bundesebene und auf der Landesebene in entsprechenden Förderprogrammen drin sind, schnell zu realisieren.

Zum Thema Bewertungsverfahren. Wenn wir mit den bisherigen Bewertungsverfahren in die Diskussion und in den Wettbewerb gehen, werden viele der genannten Projekte bei uns nicht überleben, weil wir den volkswirtschaftlichen Nutzen nicht nachgewiesen bekommen. Aber unsere Projekte sind vom volkswirtschaftlichen Nutzen nach unserer Einschätzung immer noch erheblich besser als die Projekte in Ostdeutschland.

Deshalb ist die dortige Vorgehensweise auch eine sehr clevere gewesen zu sagen, wir brauchen neue Bewertungen, sollten möglicherweise die Bewertungskriterien ganz außer Acht lassen. Das würde ich für falsch halten; denn wir sollten schon die Kosten und den Nutzen in ein einigermaßen gutes Verhältnis setzen. Kompletten den bisherigen Bewertungskriterien zu folgen halte ich auch nicht für richtig. Dann würden wir hier im Rheinischen Revier kurzfristig nicht so großen Nutzen nachweisen können, langfristigen schon, aber das fließt dann nicht mehr in die Bewertung ein.

Auf das Sonderfinanzierungsprogramm gehe ich im Moment nicht ein. – Das Thema Bewertung hatte ich.

Leuchtturmprojekte, die einen zusätzlichen Drive hineinbringen – ja, das sollten wir probieren. Mir fallen im Augenblick wenige ein, die wir direkt ins Gebiet bringen können, mit denen wir direkten Nutzen erzielen können. Wenn wir von Forschungsintegration sprechen, dann sollten wir es über Wettbewerbsverfahren machen.

Wir sollten möglichst schnell arbeitsfähig sein. Deswegen werden wir in zwei Wochen in unseren Gremien Beschlüsse fassen, dass wir in Vorleistung treten, dass wir nicht abwarten, bis die Gesetze auf der Bundesebene entstehen. Wir werden quasi eine imaginäre Geschäftsstelle gründen. Wir werden dies in Zusammenarbeit mit Herrn Sterck organisieren, um die verschiedenen Themenfelder, die wir hier überall beackern, miteinander zu verzahnen.

Ich möchte aber davor warnen: Passen Sie bitte auf, dass keine Doppelstrukturen entstehen, dass keine Doppelarbeit entsteht. Wir haben gut funktionierende Mechanismen auf der Landesebene, wir haben gut funktionierende Programme. Das sollte dort zusammenlaufen. Ansonsten werden wir in den Konflikt zwischen dieser Region und anderen Regionen kommen; ich glaube, das brauchen wir nicht.

Wir sollten in die stringente Abarbeitung gehen, versuchen, förderrechtlich sehr schnell zu sein. Das geht. Wir sollten sehr konkret sein und wir sollten mit Projekten starten, die draußen sehr schnell sichtbar werden, sodass wir auch der Bevölkerung zeigen können, dass wir nicht an einem Milliardenvorhaben über 20 oder mehr Jahre arbeiten und draußen sieht man nichts. Deshalb müssen wir sichtbar werden. Das ist sicherlich eine der größten Herausforderungen, aber es ist, glaube ich, möglich.

Sie haben die Modellregionen angesprochen. Ja, so etwas haben wir im Verkehrsreich kreierte. Wir nennen das Mobilitätsrevier der Zukunft. All die Projekte, die ich eben

geschildert habe, fließen in dieses ein. Es sind noch zahlreiche weitere Zukunftsthemen in der Überlegung. Wir sind mit dem Verkehrsministerium, mit Straßen.NRW, mit den eben genannten Akteuren auf dem Weg, so etwas zu kreieren.

Herr Becker hat gefragt, welche Maßnahmen ich priorisieren würde. – Knoten Aachen und Knoten Köln. Das ist Spaß. Ich würde keine einzelne Maßnahme herausziehen, sondern die Gesamtheit der Region von der Aachener Region bis zur Kölner Region mit den verschiedenen Teilmaßnahmen wird hierbei betrachtet. Ich weiß, was der mögliche Hintergrund Ihrer Fragestellung ist. Alle Maßnahmen, die wir in der Abfolge in der ersten Priorität für notwendig erachten, sind am Montag in der Knoten-Köln-Konferenz schon unterschrieben worden. Es macht uns froh, dass sowohl die alte Landesregierung als auch die neue Landesregierung, dass wir alle einzahlen auf dieses Maßnahmenspektrum. Genauso sieht es in der Aachener Region aus.

Wenn ich aber zwei Maßnahmen hervorheben soll, so sind das sicherlich die Erft-S-Bahn, die S-Bahn Richtung Mönchengladbach und im Aachener Raum die Regiobahn bzw. die Ausweitung der Euregio-Bahn. Da reden wir aber nur von der Schiene.

Herr Ebbers, ich widerspreche Ihnen ausdrücklich darin, dass wir hier ein S-Bahn-Konzept zusätzlich zu einem Regionalbahnkonzept erarbeitet haben. Ich würde gern mehr Regionalbahnen und Regionalexpresszüge fahren lassen. Das funktioniert so im Augenblick nicht, weil wir jetzt schon an der Kapazitätsgrenze sind.

Deshalb sind diese Starterprojekte wie der Knoten Köln – Starterprojekt ist gut; das wird in der Realisierung ein Marathon werden – der richtige Weg, um überhaupt zu Kapazitätssteigerungen zu kommen. Deshalb müssen wir nicht nur in Bezug auf die Schiene denken, sondern auch an den ÖPNV in der Fläche denken. Dabei können natürlich On-Demand-Verkehre dazu dienen, zu einer Flächenabdeckung zu kommen, mit der wir es schaffen, dass die Menschen nicht in die Ballungszentren ziehen müssen, wenn sie hier möglicherweise ihren Arbeitsplatz verlieren, sondern in der Region bleiben können, dort eine gute Grundversorgung vorfinden. Es geht darum, dass wir es schaffen, mit den anderen Akteuren vor Ort ein Netz zur Verfügung zu stellen, um ein lebenswertes Revier auf Dauer zu schaffen.

Herr Vogel sprach auf Grenzen der Belastung an. Ja, wir haben Grenzen der Belastung. Darum brauchen wir gar nicht herumzureden. Deshalb bin ich froh, dass alle Akteure über alle Fraktionen den Weg gehen, den wir hier im Rheinland von Aachen bis Gummersbach eingeschlagen haben. Es macht mich stolz, dass es einen solchen fraktionsübergreifenden Konsens gibt. Das macht uns auch im Augenblick stark im Verhältnis zu den anderen Bundesländern.

Vielleicht noch eine Anmerkung: Ich würde nie vom dritten Gleis reden, sondern wir reden immer von einem Maßnahmenspektrum, das wie ein drittes Gleis wirkt. Ich weiß, diese Begrifflichkeit kriege ich aus den Köpfen nicht mehr heraus. Aber das soll an dieser Stelle noch einmal gesagt sein.

Es ist noch ein langer Weg. Ich glaube, wir können draußen sehr schnell sichtbar werden. Das sollten wir auch tun. Unser Verband und unsere Organisationen – es sind

immer die gesamten Organisationen vom VRR bis zum AVV – stehen bereit und werden auch jetzt schon starten.

Noch eine Ergänzung, wenn wir immer von Straße und Schiene reden. Natürlich rede ich auch von der Luft. Wir haben mit dem Forschungsflugplatz Merzbrück ein Element in der Hand, mit dem wir aktiv werden können. Wir haben die Gespräche mit den Forschungsclustern in Jülich und Aachen schon aufgenommen. Auch die Kölner Kollegen sind herzlich eingeladen. Dort sollten wir noch tätig werden. Also es ist das allumfassende Mobilitätsgeschehen, dem wir uns widmen.

**Vorsitzender Georg Fortmeier:** Vielen Dank für diese Antwort. Ich glaube es war richtig, dass ich Sie in dieser zweiten Runde zuletzt habe antworten lassen.

Meine Damen und Herren, verehrte Abgeordnete, jetzt sind wir am Schluss der heutigen Anhörung und der Befragung der Sachverständigen. Jetzt gilt es das Protokoll auszuwerten, das uns hinterher zur Verfügung gestellt werden wird.

Ich will zweimal Dankeschön sagen, einmal Dank an Sie, die Sachverständigen, dass Sie sich heute fast alle über den ganzen Tag Zeit genommen haben, uns Abgeordnete bei dem schwierigen und umfänglichen Thema zu beraten und Anregungen und Hinweise für die weitere Beratung zu geben. Herzlichen Dank dafür, dass Sie hier im Düsseldorfer Landtag gewesen sind. Mein zweites Dankeschön geht an die Landtagsverwaltung, die die Sitzung vorbereitet hat, begleitet hat und auch nachbereiten wird, und insbesondere an den Schriftführer, der uns den ganzen Tag begleitet hat. – Damit schließe ich die Sitzung.

gez. Georg Fortmeier  
Vorsitzender

gez. Anke Fuchs-Dreisbach  
stellv. Vorsitzende

### **Anlage**

27.02.2019/11.03.2019

66



Stand: 13.02.2019

**Anhörung „Rheinisches Revier“**  
des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

**Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/3811

**Lebenswert, innovativ und klimafreundlich: Zukunftsfähige Entwicklung des Rheinischen Reviers strategisch gestalten**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/4104

**Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/4117

Entschließungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 17/4609

**Neue Flächen für Wohnraum-, Gewerbe- und Industrieentwicklung im Rheinischen Revier ausweisen**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/4118

**Mit Sonderverkehrswegeplan den Strukturwandel im Rheinischen Revier unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/4292

**Das Rheinische Revier hat alle Chancen und verdient jede Unterstützung – Strukturwandel mit den Akteuren vor Ort zum Erfolg bringen**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/4446

am Mittwoch, dem 13. Februar 2019,  
11.00 Uhr – 17.00 Uhr, Plenarsaal

## Tableau

| eingeladen   | Redner/in<br>Weitere Teilnehmer/-innen | Stellungnahme  |
|--|--|----------------|
| <b>Block I</b>   |  |                |
| Rhein-Kreis Neuss<br>Landrat Hans-Jürgen Petrauschke<br>Neuss                | <b>Hans-Jürgen Petrauschke</b>         | <b>17/1155</b> |
| SME Management GmbH<br>Forum Heppendorf<br>Kurt Vetten<br>Elsdorf-Heppendorf | <b>Kurt Vetten</b>                     | <b>17/1185</b> |
| RWE Power Aktiengesellschaft<br>Dr. Lars Kulik<br>Köln                       | <b>Dr. Lars Kulik</b>                  | <b>17/1172</b> |
| RWTH<br>Professor Dr. Michael Gramm<br>Jülich                                | <b>Prof. Dr. Michael Gramm</b>         | <b>17/1177</b> |

| <b>eingeladen</b>   | <b>Redner/in</b><br>Weitere Teilnehmer/-innen | <b>Stellungnahme</b>              |
|---|---|-----------------------------------|
| IHK Mittlerer Niederrhein<br>Dr. Ron Brinitzer<br>Neuss   | <b>Dr. Ron Brinitzer</b>                      | <b>17/1200</b>                    |
| DGB Nordrhein-Westfalen<br>Anja Weber<br>Düsseldorf   | <b>Achim Vanselow</b>                         | <b>17/1180</b>                    |
| Deutscher Gewerkschaftsbund<br>Stefan Körzell<br>Berlin   | <b>Frederik Moch</b>                          | <b>17/1160</b>                    |
| Wirtschaftsförderung Dortmund<br>Thomas Westphal<br>Dortmund  | <b>Thomas Westphal</b>                        | ----                              |
| Hydro Aluminium Deutschland GmbH<br>Volker Backs<br>Grevenbroich  | <b>Thomas Mock</b>                            | <b>17/1147</b><br><b>Neudruck</b> |
| IG BCE / Landesbezirk Nordrhein<br>Frank Löllgen<br>Düsseldorf  | <b>Frank Löllgen</b>                          | ----                              |
| Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion<br>Nordrhein-Westfalen<br>Christiane Schönefeld<br>Düsseldorf | <b>Christiane Schönefeld</b>                  | <b>17/1157</b>                    |
| BDEW Bundesverband der Energie- und<br>Wasserwirtschaft e.V.<br>Stefan Kapferer<br>Berlin                 | <b>Stefan Kapferer</b>                        | <b>17/1143</b><br><b>Neudruck</b> |
| Landesverband Erneuerbare Energien e.V.<br>Reiner Priggen<br>Düsseldorf                                   | <b>Reiner Priggen</b>                         | <b>17/1174</b>                    |
| Öko-Institut e.V.<br>Dr. Felix Christian Matthes<br>Berlin  | <b>Dr. Felix Christian Matthes</b>            | <b>17/1199</b>                    |
| DEBRIV – Bundesverband Braunkohle<br>c/o RWE Power AG<br>Michael Eyll-Vetter<br>Köln                      | <b>Michael Eyll-Vetter</b>                    | <b>17/1158</b>                    |



|   |                                       |                |
|---|---------------------------------------|----------------|
| <b>Block II</b>   |                                       |                |
| Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH<br>Jens Bröker<br>Düren  | <b>Jens Bröker</b>                    | <b>17/1175</b> |
| Region Köln/Bonn e.V.<br>Dr. Reimar Molitor<br>Köln   | <b>Dr. Reimar Molitor</b>             | <b>17/1170</b> |
| Rhein-Erft-Kreis<br>Landrat Michael Kreuzberg<br>Kreisverwaltung Rhein-Erft-Kreis<br>Bergheim                                     | <b>Michael Kreuzberg</b>              | <b>17/1187</b> |
| Prognos AG<br>Oliver Lühr<br>Düsseldorf   | <b>Oliver Lühr</b>                    | ----           |
| Region Aachen - Zweckverband<br>Professorin Dr. Christine Vaeßen<br>Aachen  | <b>Prof. Dr. Christiane Vaeßen</b>    | <b>17/1171</b> |
| Forschungszentrum Jülich<br>Professor Dr. Wolfgang Marquardt<br>Forschungszentrum Jülich<br>Jülich                                | <b>Prof. Dr. Wolfgang Marquardt</b>   | <b>17/1181</b> |
| Stadt Grevenbroich<br>Florian Herpel<br>Grevenbroich  | <b>Florian Herpel</b>                 | <b>17/1159</b> |
| Stadt Kerpen<br>Joachim Schwister<br>Kerpen   | <b>Joachim Schwister</b>              | <b>17/1179</b> |
| Zukunftsagentur Rheinisches Revier<br>Ralph Sterck<br>Jülich  | <b>Ralph Sterck</b>                   | <b>17/1206</b> |
| Fraunhofer Institut für Naturwissenschaftlich-<br>Technische Trendanalysen INT<br>Professor Dr. Dr. Michael Lauster<br>Euskirchen | <b>Prof. Dr. Dr. Michael Lauster</b>  | ----           |
| Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt<br>(DLR), Institut für Solarforschung<br>Professor Dr. Bernhard Hoffschmidt<br>Köln     | <b>Prof. Dr. Bernhard Hoffschmidt</b> | ----           |
| Bund für Umwelt und Naturschutz Deutsch-<br>land e.V. (BUND)<br>Dirk Jansen<br>Düsseldorf   | <b>Dirk Jansen</b>                    | <b>17/1189</b> |

|  |                                       |                             |
|--|---------------------------------------|-----------------------------|
| Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE)<br>Heinrich-Heine Universität Düsseldorf<br>Professor Dr. Jens Südekum<br>Düsseldorf | <b>Prof. Dr. Jens Südekum</b>         | ----                        |
| <b>Block III</b>   |                                       |                             |
| Zweckverband Tagebaufolge(n)landschaft<br>Garzweiler<br>Volker Mielchen<br>Erkelenz-Kuckum   | <b>Volker Mielchen</b>                | <b>17/1193<br/>Neudruck</b> |
| Nahverkehr Rheinland NVR GmbH<br>Dr. Norbert Reinkober<br>Köln   | <b>Dr. Norbert Reinkober</b>          | ----                        |
| Wirtschaftsförderung des Kreises Heinsberg<br>Ulrich Schirowski<br>Heinsberg   | <b>Ulrich Schirowski</b>              | <b>17/1191</b>              |
| TH Köln<br>Professor Rüdiger Kuchler<br>Campus Südstadt<br>Köln  | <b>Prof. Dr. Rüdiger Kuchler</b>      | <b>17/1176</b>              |
| Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Institut für Solarforschung<br>Professor Dr. Bernhard Hoffschmidt<br>Köln                 | <b>Prof. Dr. Bernhard Hoffschmidt</b> | ----                        |
| Stadt Bedburg<br>Bürgermeister Sascha Solbach<br>Bedburg   | <b>Sascha Solbach</b>                 | <b>17/1192</b>              |
| Stadt Rommerskirchen<br>Bürgermeister Dr. Martin Mertens<br>Rommerskirchen   | <b>Dr. Martin Mertens</b>             | <b>17/1169</b>              |
| ProBahn NRW<br>Lothar Ebbers<br>Oberhausen   | <b>Lothar Ebbers</b>                  | <b>17/1173</b>              |
| Hydro Aluminium Deutschland GmbH<br>Volker Backs<br>Grevenbroich   | <b>Thomas Mock</b>                    | <b>17/1147<br/>Neudruck</b> |

|  |                              |                      |
|--|------------------------------|----------------------|
| Zukunftsagentur Rheinisches Revier<br>Ralph Sterck<br>Jülich                         | <b>Ralph Sterck</b>          | <b>17/1206</b>       |
| Universität zu Köln<br>Dr. Michael Stückradt<br>Köln                                 | <b>Dr. Michael Stückradt</b> | <b>17/1182</b>       |
| Region Köln/Bonn e.V.<br>Dr. Reimer Molitor<br>Köln                                  | <b>Dr. Reimar Molitor</b>    | <b>17/1170</b>       |
| ver.di Landesbezirk NRW<br>Düsseldorf  | <b>Markus Sterzl</b>         | <b>siehe 17/1180</b> |
| Buirer für Buir e.V.<br>Antje Grothus<br>Kerpen                                      | <b>Antje Grothus</b>         | <b>17/1204</b>       |
| DEBRIV – Bundesverband Braunkohle<br>c/o RWE Power AG<br>Michael Eyll-Vetter<br>Köln | <b>Michael Eyll-Vetter</b>   | <b>17/1158</b>       |

\* \* \*